D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 37
Oktober '72 DM 1,20

Collage: Holtfreter

„ – alle unsere Pferde liegen gut im Rennen . . . !"

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Edgar Weick: SPD vor der Wahl 3

Peggy Duff: Mord an Bord der PanAm 4

Buro/Vack: München und der internationale Befreiungskampf 5

Arno Klönne: „Die nationale Schande" 5

W. Müller-Jentsch: Streiks in Großbritannien 6

Europa

Andreas Buro: EWG-Großmacht 7

International

Günter Dill: Französische Linke 11

Bassam Tibi: Ägypten und Sowjetunion 14

Ökonomie

Paul M. Sweezy: Was ist Sozialismus? 17

Modelle

Cabora-Bassa-Gruppe: Radio für befreite Gebiete 10

Organisationen

Portugal-Tribunal 20

Organisierung sozialistischer Lehrer 20

Gewerkschaftsjugend 21

Info Arbeiterbildung 21

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 2956 80

Informationen

Sklavenhandel

Als „augenblicklich schlimmstes Problem" auf dem Arbeitsmarkt hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, das Verhalten sogenannter Leiharbeiterfirmen bezeichnet, die einen schwunghaften Sklavenhandel mit ausländischen Arbeitern betreiben. Nach Stingl ist die Zahl dieser Leihfirmen seit Ende 1968 um über 700 Prozent auf mehr als 1000 angewachsen. In vielen Fällen unter Hinterziehung von Löhnen, Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen vermitteln diese Firmen Arbeitskräfte mit Gewinn an andere Firmen. Stingl berichtete von dem Fall einer Essener Leihfirma, die ein Rollkommando von fünf Bewaffneten einsetzte, um „Unstimmigkeiten" mit den von ihr verliehenen, illegal in die Bundesrepublik gebrachten ausländischen Arbeitern zu „schlichten".

Monopole contra Kuba

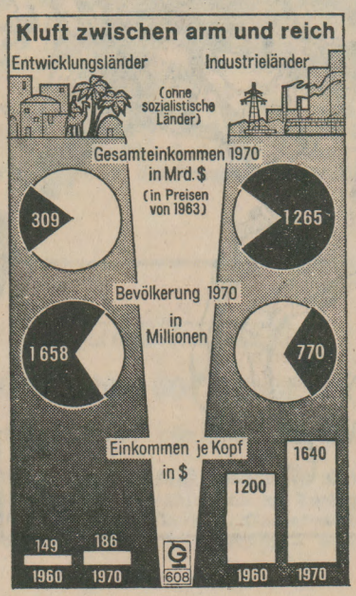
Der „Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft", der von der westdeutschen Großindustrie eingerichtet worden ist, hat im Rahmen einer Anzeigenaktion die Ergebnisse der kubanischen Wirtschaftsplanung als „kubanische Katastrophe" bezeichnet. Heute, so heißt es in den Anzeigen, darf jeder Kubaner im Monat nur acht Steaks kaufen; vor 1959, das wird verschwiegen, konnten nach Angaben der „Nationalen Katholiken-Vereinigung Kubas 96 % der Bevölkerung sich überhaupt nie Fleisch als Nahrungsmittel kaufen. Die Monatsration von sechs Pfund Reis wird aufgezählt; „vergessen" wird, daß der gesamte kubanische Reisbedarf heute aus eigener Produktion gedeckt wird, während vor 1959 für den Reisimport allein jährlich 40 Millionen US-Dollar ausgegeben werden mußten. Während vor 1959 von insgesamt 6 Millionen Kubanern über 1 Million arbeitslos waren, herrscht heute bei einer Bevölkerung von über 8 Millionen Arbeitskräftemangel. Die vollständige Beseitigung des Analphabetentums innerhalb von 4 Jahren, die Steigerung (nach Statistiken der Weltgesundheitsorganisation) des Krankenhauspersonals von 3000 auf 13 000 innerhalb von 6 Jahren sind Beispiele für die Erfolge, die neben der Verbesserung des Konsumgüterangebots erzielt worden sind. Diese Fortschritte sind erreicht worden, obwohl ein neu errichtetes Kraftwerk zweimal durch Bombenabwurf aus Flugzeugen von Exilkubanern, die in Miami starten und landen, außer Betrieb gesetzt worden ist, obwohl die USA nach jahrelangem Bemühen die Aktienmehrheit des britischen Leyland-Werkes erwarben und die Ersatzteillieferungen für die Verkehrsbusse von La Habana einstellten, obwohl die USA nachweislich speziell für Kuba fehlerhafte Ersatzteile für Großindustrieanlagen herstellten, obwohl Hunderte ähnlicher Aktionen Kuba in die Katastrophe treiben sollten.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung der Landbevölkerung in den mittelamerikanischen Ländern nimmt nach Untersuchungen des Mittelamerikanischen Sekretariats für Wirtschaftliche Integration (SICA) alarmierende Ausmaße an. Nach Angaben von SICA sind in El Salvador 58 Prozent, in Guatemala 52, in Honduras 42, in Nicaragua 22 und in Costa Rica etwas über 15 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung auf dem Lande arbeitslos.

Truppenabzug auf amerikanisch

Die amerikanische Truppenstärke in Südostasien und benachbarten Gebieten ist nach Angaben des US-Nachrichtenmagazins „Time" seit Beginn der nordvietnamesischen Frühlingsoffensive um mehr als 50 000 Mann gestiegen und hat damit den amerikanischen Truppenabzug aus Vietnam im selben Zeitraum mehr als wettgemacht. Die Zahl der auf Schiffen stationierten US-Soldaten in vietnamesischen Gewässern sei in den letzten Monaten von 18 000 auf 42 000 angewachsen. In Thailand von 32 000 auf 45 000 und um 15 000 auf den Nachschublinien für Vietnam, also in Japan, den Philippinen, auf Guam und Okinawa.



Öl-Profite

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin ermittelte, daß amerikanische Konzerne in Ländern der armen Welt sehr viel höhere Gewinne erzielen als in den USA selbst. Spitzenverdiener unter den Amerikanern sind die Ölkonzerne, auf die etwa 40 % aller Direktinvestitionen in Entwicklungsländern entfallen. Mit einer Durchschnittsrendite von 26,9 Prozent erbrachten die Ölinvestitionen den Amerikanern eine Verzinsung, die im letzten Jahrzehnt mehr als neunmal so hoch war wie die für die Investitionen der US-Ölwirtschaft in den Industrieländern. Insgesamt werden durch die hohen, in die Industriestaaten zurückfließenden Gewinne und die relativ geringen neuen Direktinvestitionen die Leistungsbilanzen der Entwicklungsländer erheblich belastet. Das vorliegende Zahlenmaterial lasse den Schluß zu, daß die Erträge ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern zur Zeit ungefähr doppelt so hoch seien wie der Neuzugang an ausländischen Anlagen.

Kirchliche Konsequenzen

Mit dem Beschluß zu einem wirtschaftlichen und finanziellen Boykott Südafrikas und anderer afrikanischer Länder, in denen Rassendiskriminierung herrscht, ist in Utrecht die Tagung des Zentralausschusses des Weltkirchenrates zu Ende gegangen. In einer mit großer Stimmenmehrheit verabschiedeten Resolution wird die Finanzabteilung dieser Organisation von 254 nichtrömisch-katholischen Kirchen angewiesen, sofort die eigenen Aktien aus denjenigen Firmen zurückzuziehen, die mit Südafrika und Rhodesien sowie mit den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik Handel treiben, beziehungsweise an Kapitalanlagen in diesen Ländern direkt beteiligt sind. Überdies sollen alle Verbindungen zu Banken abgebrochen werden, die mit den genannten Ländern direkte Geschäftsverbindungen unterhalten. Gleichzeitig hat der Weltkirchenrat alle Mitgliedskirchen und einzelne Christen aufgerufen, ihren Einfluß geltend zu machen, um Wirtschaftsunternehmen zu zwingen, ihre Investierungen aus dem südlichen Afrika zurückzuziehen und die Handelsbeziehungen abzubrechen. Der Zentralausschuß hat ferner fast einstimmig beschlossen, den Fonds für die Bekämpfung des Rassismus von 500 000 Dollar (1,6 Millionen Mark) auf eine Million Dollar zu erhöhen.

Dänen helfen Angola-Komitee

Mit 25 000 Dänenkronen will die dänische Regierung den Informationsdienst „Facts and Reports" des holländischen Angola-Komitees unterstützen und damit einen Beitrag zur besseren Öffentlichkeitsarbeit der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika leisten.

kommentare

SPD vor der Wahl

Die SPD an der Regierung, das war und ist auch noch der Traum von Millionen deutschen Arbeitern. Die SPD hatte es mit einer hauchdünnen parlamentarischen Mehrheit und einem liberalen Koalitionspartner 1969 geschafft. Sie übernahm die Regierung zu einer Zeit, in der Korrekturen der bisherigen Innen- und Außenpolitik notwendig geworden waren und in der die bis dahin regierende CDU sich als unfähig erwiesen hatte, das staatliche Steuerungs- und Krisenmanagement jenen Ansprüchen anzupassen, die die herrschenden Kapitalfraktionen an den Staat stellten. Mit einer Politik der Reformen sollte ein Modernitätsrückstand aufgeholt werden, der bereits zu einer bedrohlichen Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche geführt hatte. Außenpolitische Frontbegradigungen sollten dem deutschen Kapital Märkte eröffnen, auf die nicht länger verzichtet werden konnte.

Die bis 1969 regierende CDU, die über zwanzig Jahre schon die politische und ideologische Stabilität garantierte, hatte sich so sehr in die Legitimation des bisher Bestehenden verstrickt, daß es ihr unmöglich war, sich an die veränderten Bedingungen und Anforderungen nach der Restaurationsphase sofort und reibungslos anzupassen.

Die katastrophalen Verhältnisse an Schulen und Universitäten, in den Krankenhäusern, auf dem Wohnungsmarkt, die ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung, die fortschreitende Verarmung der Städte und Gemeinden und die damit verbundene sprunghafte Verteuerung kommunaler Dienstleistungen, die Zerstörung der Lebensbedingungen durch eine anarchische kapitalistische Produktion schienen nur mit dem sozialdemokratischen Programm gesellschaftlicher Reformen überwindbar. Noch vor dem offenen Aufbrechen einer das gesamte System erschütternden Krise erhielt die SPD 1969 eine Chance und zugleich die Aufgabe, jene Schäden zu reparieren, die in der Phase der Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus entstanden waren.

Die SPD sollte die politischen Entscheidungen durchsetzen, durch die das Aufholen des Rückstandes der Produktivkräfte unterstützt und die an einigen Stellen brüchig gewordenen Massenloyalität wieder gesichert werden sollte.

Es kann nicht übersehen werden, daß der allergrößte Teil der westdeutschen Arbeiterklasse diesen Wahlerfolg und die Bildung der Regierung Brandt/Scheel auch als ihren politischen Erfolg angesehen hatte. Wer daran Zweifel hegte, mußte sich spätestens durch die spontanen Aktionen in den Tagen des von der CDU/CSU geplanten kalten Staatsstreichs auf dem Wege des konstruktiven Mißtrauensvotums eines Besseren belehren lassen. Für diese Regierung wurden bei jeder Tarifauseinandersetzung Opfer gebracht, die Ostpolitik dieser Regierung fand in der Arbeiterschaft Unterstützung, die persönliche Integrität des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers ermöglichte wieder eine Identifikation mit der Partei-Führung.

Selbst wenn diese Regierung nicht an korrumpierten und korrumpierbaren Abgeordneten gescheitert wäre, hätte sie die Unmöglichkeit, ihre Versprechungen einlösen zu können, eingestehen müssen. Die bescheidenen Ansätze einer Steuerreform und Reform des Bodenrechts stießen auf so massive Widerstände, daß letztlich nur noch dort reformiert werden konnte, wo alles beim Alten blieb. Die Arbeiterschaft konnte mit dieser sozialdemokratischen Reformpolitik am Beispiel des geänderten Betriebsverfassungsgesetzes ihre eigenen Erfahrungen machen. Sogar Forderungen der Gewerkschaften, die selbst noch nicht einmal Grenzen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse im Betrieb überschritten, blieben bei dieser „Reform der Betriebsverfassung" auf der Strecke. Das neue Gesetz hält ebenso wie das alte von 1952 an der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat und an der betrieblichen Friedenspflicht fest. Die Ausweitung der Rechte des Betriebsrates und der Individualrechte des Arbeiters ändern nichts an den Regeln, unter denen der Interessengegensatz im Betrieb ausgetragen werden kann. An keinem anderen Beispiel läßt sich der Charakter sozialdemokratischer Reformpolitik

Schlecht koordiniert

Kanzleramtsminister Ehmke nannte in Tutzing vor der Evangelischen Akademie den neuen Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Helmut Schmidt, „den besten Mann, um die Ansicht zu bekämpfen, diese Bonner Regierung sei auf dem Wege zum Sozialismus". In wenigen Wochen würde sich erweisen, „daß keine Änderung in der Wirtschaftspolitik eintritt".

Bundeskanzler Brandt sagte in der Gedenkrede für Kurt Schumacher: „... möchte man vergessen machen, daß unser Godesberger Programm den demokratischen Sozialismus zur Grundlage hat, um unter dieser falschen Voraussetzung leichter einen Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten zu konstruieren. Hierauf antworte ich wie Herbert Wehner auf dem letzten Hamburger Landesparteitag: „Wir Sozialdemokraten haben nie geleugnet, daß wir Sozialisten sind."

Unterstützt und fördert die Arbeit des Sozialistischen Büros

Beteiligt euch an der „links"-Aktion Zweitausend neue Abonnenten

Die mit der September-Ausgabe begonnene Aktion, zweitausend neue „links"-Abonnenten bis zum Jahresende zu gewinnen, ist auf gute Resonanz gestoßen. Bereits in den ersten drei Wochen haben wir 251 neue Abo-Bestellungen erhalten, und es wurden rund je 800 Exemplare der Ausgaben September bis Dezember „links" von seitherigen Abonnenten und Förderern zur direkten Weitergabe an potentielle neue Abonnenten angefordert. 32 Genossinnen und Genossen haben ihr Abonnement in eine Fördermitgliedschaft umgewandelt. Zur Begründung der Werbeaktion sei noch einmal angeführt, daß gegenwärtig gute Chancen bestehen, die politischen Aktivitäten und das Wirkungsfeld des Sozialistischen Büros zu stabilisieren und erheblich auszuweiten. Dabei wollen wir durch neue Abonnements und Fördermitgliedschaften auch die finanzielle Basis des Büros sichern und erweitern, so daß ab 1. Januar 1973 ein zweiter Sekretär finanziert werden kann. Für eine forcierte politische und organisatorische Unterstützung sozialistischer Basisgruppen und für die organisierte Arbeit und Publizierung in den verschiedenen Projekt- und Berufsbereichen ist das Sozialistische Büro in seinem heutigen Bestand personell unterbesetzt und technisch noch immer unzureichend ausgerüstet.

Deshalb bitten wir die vielen tausend Leser von „links", die sich bisher an der „links"-Aktion Zweitausend neue Abonnenten noch nicht beteiligen: Unterstützt und fördert die wichtige Arbeit des Sozialistischen Büros für eine neue sozialistische Linke in der BRD! Beteiligt euch an der „links"-Aktion Zweitausend neue Abonnenten! Helft mit Spenden!

Was kann der Einzelne, was können Gruppen tun, um die „links"-Aktion Zweitausend neue Abonnenten wirkungsvoll zu unterstützen?

1. Wir haben keinen Werbefonds wie große Organisationen. Deshalb muß sich die Aktion aus sich selbst finanzieren!
2. Jeder, der selbst keine Werbemöglichkeiten hat, ist deshalb zu einer Zweckspende für die Aktion aufgerufen (einzuzahlen an Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro Offenbach, Postscheck Frankfurt 295 680).
3. Für die persönliche Direktwerbung wurde ein Abo-Sonderpreis festgelegt, der DM 20,– für das restliche Jahr 1972 und für das volle Jahr 1973 beträgt, wobei noch vorrätige Exemplare früherer Ausgaben aus 1972 mitgeliefert werden.
4. Wir bitten, von September bis Dezember monatlich drei, fünf oder zehn „links" zu kaufen und diese gezielt an Kollegen, Bekannte, Freunde usw. zu verteilen mit der Aufforderung, ab Januar 1973 „links" zu abonnieren (wobei ein Prospekt mit Bestellkarte der Dezember-Ausgabe beigelegt wird). Kostenbeteiligung für je drei „links" September – Dezember-Ausgabe DM 5,–, je fünf „links" DM 8,–, je zehn „links" DM 12,–.
5. Oder: Wir schicken an Adressen, die uns mitgeteilt werden, direkt je eine „links" der vier Ausgaben von September bis Dezember. Für jede Adresse beteiligt sich der Werber mit DM 2,– an den Kosten.
6. Für einmalige Werbung bei Veranstaltungen, Konferenzen u. ä. stellen wir größere Mengen „links" auf Anforderung zur Verfügung zum Stückpreis von 20 Pfennig (portofrei ab 50 Stück).
7. Zur Werbung von Sammelabonnements in Gruppen stellen wir je 10 Exemplare der vier Ausgaben September – Dezember für eine Kostenbeteiligung von insgesamt DM 12,– zur Verfügung. (Der reguläre Gruppensonderpreis ist für ein Jahresabonnement DM 72,– für je 10 Exemplare.)
8. Prospekte für die „links"-Aktion Zweitausend neue Abonnenten können vom Sozialistischen Büro angefordert werden. Diese Prospekte enthalten auch eine Bestellkarte und eine Kurzinformation über Zielsetzung und Arbeit des Sozialistischen Büros.

für die Arbeiterschaft so klar erkennen wie an diesem Gesetz. Das langwierige Feilschen um klägliche Änderungen einzelner Paragraphen offenbarte darüberhinaus, wo dieser Politik objektive Grenzen gesetzt sind.

Die SPD konnte der Massenloyalität der Arbeiterschaft sicher sein, so lange sie als Oppositionspartei nur ein scheinbar den Interessen der Arbeiterschaft entsprechendes Programm zu vertreten hatte und dieses Programm für unterschiedliche Interpretationen freien Raum ließ. Sowohl sozialistische Arbeiter als auch jene, die sich mit der bestehenden Wirtschaftsordnung identifizierten, konnten von dieser SPD erwarten, daß durch eine sozialdemokratische Regierung gerade so viel anders werden würde, wie sie für notwendig hielten. Da die Partei darauf angewiesen war, sich für einen Wahlerfolg die Loyalität und die politischen Erwartungen ganz unterschiedlicher politischer Richtungen zu erhalten, konnte ihr nicht daran gelegen sein, Widersprüche des sozialdemokratischen Programms zu klären. Sie mußte sogar daran interessiert sein, „linke" Interpretationen ihrer eigenen Strategie bzw. die Diskussion einer „linken" Strategie auf dem Boden ihres Programms zuzulassen, um auch jene Kräfte noch an die SPD zu binden, die Sozialisten sein wollten, sich aber aus den unterschiedlichsten Gründen zu einer sozialistischen Alternative zur SPD nicht durchringen konnten. Die „Linken" in der SPD erfüllten daher für die SPD eine wichtige Funktion: sie integrierten ein politisches Potential, das auf Möglichkeiten einer sozialistischen Politik wartete und das von diesen „Linken" auf Veränderungen in dieser Partei vertröstet werden konnte. Sich selbst gegenüber rechtfertigte sich diese „Linke" mit der fehlenden Alternative. Daß es ihre Aufgabe war, eine solche auch zu verhindern, mußte von ihr solange geleugnet werden, als ihnen die SPD erlaubte, sich in dieser Partei zu organisieren und in ihr politisch tätig zu werden.

Hat die SPD als Oppositionspartei sich die Massenloyalität der Arbeiterschaft erhalten können und — weil sie selbst darauf angewiesen war — den „Linken" in der SPD zu ihrer politischen Lebenslüge verholfen, so wird das Verhältnis zwischen SPD und der Arbeiterschaft in dem Umfange von irrationalen Bindungen befreit, als sich durch die Erfahrung mit sozialdemokratischer Reformpolitik der objektive Interessengegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und dieser Politik offenbart.

Das bisher blinde Vertrauen, es werde anders, wenn die SPD einmal an der Regierung sei, ist bereits bei einem großen Teil der Arbeiterschaft geschwunden. Der Erfahrung, daß nichts anders werden konnte, wird die Erkenntnis folgen müssen, warum sich durch sozialdemokratische Politik an den kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen nichts ändern kann. Zu dieser Erkenntnis wird die Arbeiterschaft nicht fortschreiten können, wenn die SPD in der Opposition die alten Illusionen wieder aufrechterhalten kann, von denen sie über Jahrzehnte hinweg gelebt hat. Die Arbeiterschaft muß die Möglichkeit haben, aus der Erfahrung mit sozialdemokratischer Politik zu lernen, um Erwartungshaltungen überwinden zu können, die diese Arbeiterschaft in einer irrationalen Abhängigkeit an die SPD gebunden haben. Es hilft einer sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik wenig, wenn in einer theoretischen Diskussion der Charakter der SPD analysiert wird, diese Analysen sich jedoch mit einem politischen Lernprozeß der Arbeiterschaft nicht verbinden lassen.

Der Charakter sozialdemokratischer Politik muß von der Arbeiterschaft in einer von ihr selbst durchgehaltenen Auseinandersetzung mit der SPD erkannt werden. Diese Auseinandersetzung beginnt bereits mit einer politischen Begründung für die Wahl der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen: Wer nicht mehr SPD wählt, weil er sie schon immer gewählt hat und die SPD eben „seine Partei" ist, sondern weil eine Strauß-Barzel-Regierung verhindert werden soll, hat bereits einen ersten Schritt aus dieser irrationalen Abhängigkeit getan. Wer SPD wählen kann, weil das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik ihn dazu zwingt, und wer sich durch seine Wahlentscheidung nicht mehr mit jener Partei identifiziert, die er gewählt hat, der hat zu den bürgerlichen Parteien dieses parlamentarischen Systems bereits ein taktisch begründetes Verhältnis gefunden. Diese Taktik kann aber nur in einer Strategie begründet werden, deren Schwerpunkt in der Reorganisierung der Arbeiterbewegung an den Erfahrungen im Klassenkampf liegt.

EDGAR WEICK

SPD bittet Unternehmer

Der Bundesschatzmeister der SPD, Alfred Nau, hat in einem Schreiben an Unternehmer die Bitte gerichtet, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach den Maßstäben des Leistungsprinzips einen „angemessenen Spendenbeitrag" zukommen zu lassen. In dem Brief heißt es u. a.:

Die BRD spielte ... eine aktive Rolle in den Bemühungen um die Konsolidierung der internationalen währungs- und handelspolitischen Fragen. Die Bundesregierung schuf durch die Freigabe des Wechselkurses die Voraussetzung für die Neuregelung der Währungsparitäten, die zur sicheren Grundlage für unternehmerische Dispositionen wurde und zugleich inflationäre Einflüsse von außen abwehrte. Die von Skeptikern vorausgesagte Rezession findet nicht statt. Das Inlandsgeschäft bietet gute Aussichten, aber auch das Auslandsgeschäft hat sich — bis auf wenige Branchen — wieder gut belebt. Der enge Kontakt zwischen den Tarifpartnern und der Bundesregierung trug dazu bei, daß sich die Tariferhöhungen der letzten Monate in gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen hielten. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Jahren in einem Zustand ständiger Vollbeschäftigung. Sie schuf nicht nur für die eigenen, sondern auch für eine große Zahl ausländischer Arbeitnehmer sichere Arbeitsplätze. Es sollte nicht selbstverständlich sein, daß dies im Unterschied zu anderen Industrieländern ohne soziale Spannungen möglich wurde ...

Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte gehören einer deutschen Regierung erfahrene Männer der Wirtschaft an, die eine Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik garantieren, welche sowohl den öffentlichen Finanzierungsbedarf als auch die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft berücksichtigen.

Es ist der Wunsch meiner politischen Freunde und mein persönliches Anliegen, die Kontinuität dieser Politik und damit die Voraussetzungen für den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes zu sichern.

Ich bitte Sie deshalb, in der bei Unternehmen üblichen Art eine objektive Analyse der Erfolgsbilanz dieser Regierung vorzunehmen und daran auch die Förderung zu messen, die Sie der Sozialdemokratischen Partei als dem wichtigsten Träger dieser Politik zukommen lassen wollen. Beurteilen Sie auch diese Bundesregierung nach dem Leistungsprinzip.

Ich würde es als Ausdruck einer nüchternen, objektiven und leistungsgerechten Einstellung zur Politik ansehen, wenn Sie der Sozialdemokritischen Partei Deutschlands einen angemessenen Spendenbeitrag zukommen ließen.

Mit freundlichen Grüßen

A. NAU

Mord an Bord der PanAm

Brief der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden an den Vorsitzenden der Pan American World Airways W. T. Seawell:

Sehr geehrter Herr!

Wir sind in hohem Maße darüber beunruhigt, daß der vietnamesische Student Nguyen Thai Binh auf einem Flug der Pan American am 1. Juli getötet worden ist. Aus den verschiedenen und manchmal widersprüchlichen Berichten des Vorfalls schälen sich einige Fakten heraus. Nguyen Thai Binh, der vor kurzem seine Prüfungen an der Universität von Washington mit sehr gutem Erfolg absolviert hatte, hat niemals ein Geheimnis aus seiner Opposition gegen den Vietnam-Krieg und das Thieu-Regime gemacht und an einer Reihe von Vietnam-Protesten teilgenommen. Daraufhin wurde sein Visum widerrufen, die Geldüberweisungen an ihn eingestellt und er wurde gegen seinen Willen an Bord eines Pan-American-Flugzeugs nach Saigon gebracht, obwohl bekannt war, daß Gefangenschaft, Folter und oft auch Tod das wahrscheinliche Schicksal der Gegner des Saigon-Regimes sein würden.

Wir befürworten natürlich nicht die Entführung von Flugzeugen, aber ob Nguyen Thai Binh wirklich versucht hat, das Flugzeug nach Hanoi zu entführen, muß sehr bezweifelt werden. Der Beweis hierfür — ein mit Schreibmaschine geschriebener Brief an einen Freund über ganz andere Sachen mit einem handschriftlich eingefügten Satz über die Absicht, ein Flugzeug zu entführen — ist zweifellos äußerst fragwürdig. Viel wahrscheinlicher ist dagegen, daß Nguyen Thai Binh Widerstand geleistet hat, als das Flugzeug in Saigon gelandet war, und man ihn zwingen wollte, auszusteigen. Nach den Darstellungen war seine einzige Waffe zu diesem Zeitpunkt, als er auch überwältigt wurde, ein Messer mit einer 25 cm langen Klinge und zwei in Stanniol-Papier eingewickelte Zitronen. Nach seiner eigenen Darstellung hat der Pilot des Flugzeuges, Gene Vaughn, Nguyen Thai Binh an der Kehle ergriffen und gerufen: „Tötet diesen Hundesohn", worauf ein unidentifizierter Passagier, der vermutlich ein früherer Polizeimann war, auf den festgehaltenen und hilflosen Mann fünfmal mit einer Pistole schoß, die ursprünglich in Aufbewahrung genommen und ihm zum Zeitpunkt der angeblichen Flugzeugentführung zurückgegeben worden war. Vaughn's Schlußbemerkung — anscheinend glaubte er, eine gute Tat vollbracht zu haben — fügte dieser unwürdigen Affaire eine weitere Dimension des Schreckens bei: „Ich packte den Burschen an Nacken und Beinen", sagte er „und schmiß ihn direkt aus dem Flugzeug. Ich hatte das Gefühl, daß es bedrohlich sei, ihn irgendwo in der Nähe des Flugzeuges zu haben". Die folgende Verhaftung und Gefangennahme von Nguyen Thai Binh's Vater, der eine große Familie zu unterhalten hat, weist auf die politische Motivation dieses Vorfalls hin.

Die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden umfaßt eine Gruppe von unabhängigen Organisationen — die meisten davon in Europa und den USA — die sich in verschiedener Weise und in verschiedenen Formen um Abrüstung, Frieden und Gerechtigkeit bemühen. Wir sind zunehmend beunruhigt durch die wachsende Zahl der gesetzwidrigen Handlungen, die im Namen von „Recht und Ordnung" begangen werden. Wenn Nguyen Thai Binh wirklich versucht hätte, das Flugzeug zu entführen, hätte er

nach seiner Überwältigung den dafür zuständigen Gerichtsbehörden übergeben werden müssen und die Einzelheiten aller Zeugen hätten aufgenommen werden müssen. Der Mann jedoch, der Nguyen Thai Binh in diesem hilflosen Zustand erschoß und anschließend noch nicht einmal identifiziert wurde, ist nichts weniger als ein Mörder, und wegen Mordes sollte er und sein Komplize, der Pilot Gene Vaughn, verurteilt werden.

Wir fordern eine sofortige Untersuchung der Ereignisse durch die Pan American Airlines. In der Zwischenzeit werden wir Kopien dieses Briefes an unsere Mitglieder senden, denen, wenn sie es wünschen, Ihre Bemerkungen zu den Vorgängen beigefügt werden können. Wir sind sicher, daß die Mitglieder der uns angeschlossenen Organisationen niemals mehr den Wunsch haben werden, wieder mit der PanAm zu fliegen.

28. Juli 1972
Hochachtungsvoll
PEGGY DUFF
GENERAL SECRETARY

München und der internationale Befreiungskampf

Als David die Herausforderung Goliaths zum Zweikampf aufnahm, konnte er dies nur aufgrund einer neuen Kampftechnik wagen. Die weitreichende Schleuder war der Nahkampfwaffe Schwert überlegen. Das Beispiel wiederholte sich öfter in der Geschichte. Gleich blieb jedoch stets die Ausschaltung des Gegners als Ziel, gleichgültig mit welchen Mitteln es erreicht wurde. Die Bemühungen des Roten Kreuzes und die Genfer Konvention mit ihren späteren Ergänzungen sollten diesen Kampf humanisieren, die Tötungstechniken in erlaubte und unerlaubte einteilen. War dieses Bemühen allein schon zweifelhaft, so hat die moderne Kriegstechnik die „Humanisierung" des Krieges schon längst überholt. Dabei ist das Verbrennen bei lebendigem Leibe durch Napalm nur eine Seite dieser Technik. Die andere Seite besteht in der Aufhebung des Unterschiedes zwischen Soldaten und Zivilisten. Schon im Korea-Krieg kamen auf einen toten Soldaten neun verbrannte, zerrissene und durchlöcherte Zivilisten.

Der moderne Kampf Davids gegen Goliath ist der Kampf der armen und ehemaligen Kolonialvölker um ihre Befreiung von imperialistischer Unterdrückung. In diesem Kampf ist die nationale Befreiung, wenn darunter mehr verstanden wird als die nur formal unabhängige Einrichtung eines Regierungsapparates und wenn der Begriff die tatsächliche Befreiung auch von neokolonialistischer ökonomischer Ausbeutung meint, nicht von der sozialen Revolution zu trennen, die gegen alle die Schichten im eigenen Lande geführt werden muß, deren Privilegien mit der Sicherung imperialistischen Einflusses verbunden sind. Die Guerilla-Taktik ist der adäquate Ausdruck dieses Befreiungskampfes. Er ist nicht allein mehr militärische Aktion, sondern gleichzeitig, ja sogar vorrangig politische Auseinandersetzung und Mobilisierung.

Der Konflikt zwischen den Befreiungsbewegungen in vielen Erdteilen und den imperialistischen Industriestaaten hat längst die nationalen Grenzen überschritten. Angesichts der weltweiten Systemkonkurrenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Gesellschaften haben die kapitalistischen Industriestaaten ihren zwischenstaatlichen imperialistischen Konkurrenzkampf soweit gedämpft, daß sie ihre gemeinsamen Interessen in mehr oder weniger gut konzertierter Aktion verfolgen. Gemeinsames Interesse ist aber gerade, die arme Welt in ihrem Einflußbereich zu halten und ihre Verwandlung in eigenen Interessen entsprechende sozialistische Gesellschaftsformen zu verhindern. Für dieses Ziel wird die geballte Finanz-, Wirtschafts- und Militärmacht der imperialistischen Staaten eingesetzt. Diesem internationalen Gegner ist auf nationaler Ebene kaum noch beizukommen. Dies um so mehr, da die armen Länder kaum noch neue Kriegstechniken entwickeln können, um den Industriestaaten mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten zu können, denn heute sind moderne Kriegstechniken vom industriellen Potential abhängig.

Angesichts der riesigen ökonomischen und damit militärischen Übermacht der kapitalistischen Industriestaaten konnten nur neue Formen der politisch-militärischen Kampfführung, die auf der politischen Massenmobilisierung beruhen, den Befreiungsbewegungen eine Chance zur Durchsetzung ihrer sozialrevolutionären Ziele geben. Mao Tse Tung, Ho Tschi Minh, Che Guevara und viele Revolutionäre in allen Teilen der Welt haben den Versuch unternommen, diese für die jeweils spezifischen Bedingungen zu entwickeln und zu erproben. Dabei haben sie große Erfolge errungen und auch schwere Rückschläge erlitten. Im Rahmen ihrer Bemühungen, aber auch verbunden mit dem Kampf von bürgerrechts- und sozialistischen Bewegungen in den kapitalistischen Industrieländern selbst gewinnt auch der Befreiungskampf zunehmend internationale Dimensionen, wie es sich am deutlichsten in den vielfältigen Aktionen zur Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes in fast allen Ländern der Erde zeigt. Der Front der imperialistischen Mächte gegenüber organisiert sich allmählich eine internationale sozialistische Befreiungsfront.

Die palästinensischen Fedajin nehmen für sich in Anspruch, ihren Kampf im Zusammenhang mit dieser weltweiten sozialrevolutionären Befreiungsbewegung zu führen. Das Kommando-Unternehmen in München und das Massaker von Lod läßt jedoch schwere Zweifel aufkommen, ob solche Aktionen und ihr Hintergrund in einen solchen Zusammenhang gestellt werden können.

Zunächst ist zu fragen, ob die Aktion in München den Volkskrieg fördert, aus der Entscheidung einer breiten Basis entwickelt ist und dieser wiederum neue Perspektiven in ihrem Kampfe vermittelt, ob also das Prinzip der Politisierung des Volkes oder nur eine Aufwallung irrationaler Gefühle anvisiert worden ist? Ob nicht solche Aktion gerade entstanden ist aus der Isolierung kleiner Gruppen, die nicht zuletzt auch durch die Zerschlagung der breiteren revolutionären Bewegung in Jordanien ihren Kontakt zu den Massen und den sozialen Gehalt der Befreiungsbewegung verloren hat, und nur noch zu individualistischem Terror fähig ist?

Zweitens: Wie ist in solchem Zusammenhang die Kooperation mit den nationalistisch-bürgerlichen Regierungen arabischer Staaten zu bewerten, in denen jetzt die erschossenen Fedajin als Helden gefeiert werden, die aber selbst die Linke in ihren Ländern grausam unterdrückt und ausgeschaltet haben, und, wie Ägypten, sich gerade auf dem Weg der Zusammenarbeit mit ihren früheren Kolonialmächten in imperialistische Abhängigkeit begeben? Kann solcher Zusammenhalt noch unter sozialrevolutionären Aspekten gesehen werden?

Zu fragen ist drittens nach dem Verhältnis dieser Fedajin zur Bevölkerung von Israel. Kann von internationaler sozialistischer Solidarität die Rede sein angesichts des Blutbades von Lod? Muß nicht der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes aufs engste verbunden sein mit der Solidarität zu den unterdrückten Schichten Israels? Der Wunsch etwa nach Vertreibung des israelischen Volkes ist unvereinbar mit jeder sozialrevolutionären Befreiungsstrategie, er ist nichts weiter als Chauvinismus!

Schließlich ist zu prüfen, wie weit solche Aktionen die Bedingungen des Kampfes der Linken in anderen Ländern reflektiert. Ist es gerechtfertigt, angesichts des kaum zweifelhaften Ausgangs der angeblich beabsichtigten Gefangenenbefreiung, der herrschenden Bourgeoisie in den kapitalistischen Staaten die Möglichkeit zuzuspielen, von der weltweit wirksamen Propagandaplattform der olympischen Spiele aus die Linke insgesamt in emotional angeheizter Stimmung zu verteufeln und daraus Rechtfertigung für eine verstärkte Repression abzuleiten?

Unkritische Solidarisierung sowie schnelle moralische Verurteilung helfen nicht weiter. Die Fragen müssen geprüft und beantwortet werden. Die Geiselnahme in München jedoch nur zu kriminalisieren, sie also der politischen Beurteilung zu entziehen, indem man die Handlung dieser Fedajin den moralischen Normen der bürgerlichen Gesellschaft unterwirft, wie es nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch die DKP tat, heißt, sich selbst den Weg zur Erkenntnis der Ursachen solcher Ereignisse zu verbauen, heißt die kritische Analyse politischer Verhaltensweisen zu verschütten zugunsten der Verschleierung und Festigung struktureller Gewalt der imperialistischen Staaten. Wer Unterdrückung beenden will, wer Gewalt und Terror aus der Welt schaffen will, wer sich humanen Prinzipien verpflichtet fühlt, wer eine olympische Idee mit dem Inhalt der Solidarität zwischen den Völkern füllen will, der wird gegen diese Gewaltstrukturen ankämpfen müssen, die Unterdrükkung erzeugen und die Auflehnung gegen sie zur notwendigen Voraussetzung von Freiheit machen.

ANDREAS BURO / KLAUS VACK

„Die nationale Schande"

Eine Woge der Wut überschwemmte die Bundesrepublik. Bis weit in das linksliberale Terrain hinein war die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik einig darin, daß die tödlichen Schüsse in München ein Jahrhundertereignis seien, daß diese arabischen Fedajin einen wahrhaft infernalischen Anschlag begangen hätten.

Das „Infernalische" der Tat wird freilich von Politikern und Publizisten der Bundesrepublik nicht darin gesehen, daß hier wieder einmal Mord an Menschen ins Werk gesetzt wurde und — wie immer — neuen Mord nach sich zieht. Wer politisch motivierten Mord anklagt, hat vor und nach der Olympiade ebenfalls und stets Anlaß genug dazu; die „heiteren Spiele", noch bevor sie durch die Schüsse der Fedajin zerstört wurden, fanden zu einem Zeitpunkt statt, da politischer Mord und Massenmord in vielen Teilen der Welt an der Tagesordnung ist.

Wo also wurde das Außergewöhnliche, das „Diabolische" dieses Anschlags gesehen? Das olympische Ideal, so hieß es, sei durch die Ereignisse in München besudelt worden. Diese Version ist vergleichsweise harmlos, wenngleich nicht ungefährlich. Willi Daume kann hier als Repräsentant gelten; die olympischen Spiele erscheinen ihm und vielen anderen als eine Insel der sportlichen Harmonie in einer ansonsten eher brutalen Welt, sie sollen vergessen machen, was den Weltalltag bestimmt: Not, Feindschaft, Krieg. Auf diese Version trifft zu, was Karl Marx als mögliche Funktion der Religion beschrieb: sie ist Opium fürs Volk.

Und auch im Falle der olympischen Ersatzreligion wissen die Priester des Kultus oft nicht, was sie tun; sie meinen Gutes zu wirken noch dort, wo sie auf katastrophale Weise Illusionen verbreiten. Nicht von ungefähr brach es aus Daume, nachdem die Schüsse gefallen waren, heraus: Gegenwart und Zukunft (der Spiele), so meinte er, seien nun „in eines Höheren Hand gelegt".

Gefährlicher noch ist die zweite Motivation, die der Welle der Empörung zugrundelag. Hier ging es nicht um das olympische Ideal, sondern um „das deutsche Ansehen, das befleckt worden ist" (so der Tenor der meisten westdeutschen Zeitungskommentare). Diesem Argument ist näher nachzugehen. Ist damit gemeint, daß die Einwohner eines Hauses, in dem andere einen Mord begehen (wogegen sich, wie jedermann weiß, die Hausbewohner niemals perfekt schützen können), „entehrt" seien? Das wäre doch wohl ein zu absurder Einfall. Gemeint ist offenbar etwas anderes, nämlich dieses: Das Ritual der olympischen Spiele bot der Bundesrepublik eine Möglichkeit der nationalen Leistungsprotzerei, der Selbst- sowie Fremdbestätigung, — wenn schon nicht durch ein Übermaß an Medaillen, dann aber doch durch ein Übermaß an Aufwand und Perfektion des Ablaufs. In eben diesem Kraftakt sah man sich durch diese Fedajin empfindlich gestört. Und eben dieser Motivation sind auch die fatalen Fehlhandlungen in und um Fürstenfeldbruck zuzuschreiben. Hier sollte offenbar durch Schießfreudigkeit die Prestigeeinbuße wieder wettgemacht werden. Als Schreiber, Merk, Genscher und Strauß als „Krisenstab" im dritten Hubschrauber nach Fürstenfeldbruck flogen, befanden sie sich allem Anschein nach in dem Wahn, die „nationale Ehre" wiederherstellen zu müssen. Alle Begleitumstände und alle Begleitberichte deuten auf diese wahrhaft pathologische Situation hin. Wenn schon der Staat Israel „heroisch" genug war, jede Verhandlung über Geiselaustausch von sich zu weisen, dann wollte der westdeutsche Krisenstab nicht nachstehen: „die schlimmste aller Niederlagen" (wie allen Ernstes und unwidersprochen „Die Welt" schrieb) wenigstens mußte der Bundesrepublik erspart werden, nämlich der mögliche Abflug von Terroristen und Geiseln in ein anderes Land. Axel Springer höchstselbst hatte zuvor in einem Telegramm an Golda Meir die Einsatzrichtung dekretiert: nun müsse „kraftvoll" durchgegriffen werden.

Und weil Merk, Schreiber und Genscher es nur stückweise wagten, den tödlichen Mißerfolg „kraftvoller" Aktion öffentlich einzugestehen, brachten Fernsehen und Zeitungen der Bundesrepublik noch im Stil des Zweiten Weltkrieges Siegesmeldungen, als die Opfer vielfältiger Wahnvorstellungen (arabischer, israelischer und westdeutscher ...) schon längst ins Leichenhaus abtransportiert wurden. Regierungssprecher Ahlers redete in schnoddrigem Fallschirmjägerjargon vom „kalkulierten Risiko", von „militärisch geplanter Aktion" daher und berief sich auf die Erfahrung der „Kriegsgeneration"; Zeitungsaufmacher lauteten: „Scharfschützen schossen Geiseln den Weg frei."

Freilich, nach Mitternacht „geriet der deutsche Sieg ins Wanken" (wie „Die Welt" es ausdrückte). Und die Zeitungen der neutralen und der standfest liberalen Länder waren es, die nüchtern Bilanz zogen: Dem Ansehen der Bundesrepublik war gerade dadurch Schaden getan, daß der bundesrepublikanische Krisenstab ganz offensichtlich auf die Vorstellung fixiert war, man könne nationales Prestige durch „kraftvolle" Aktion gewinnen.

In einem liberalen, wenngleich kapitalistischen Land wäre die selbstverständliche Folge der Ereignisse in und um Fürstenfeldbruck gewesen, daß die Akteure — von Ahlers bis Schreiber — ihren Abschied genommen hätten und die Presse zumindest Ansätze zur Selbstkritik gezeigt hätte. Nicht so in der Bundesrepublik. Diese nämlich ist zwar ein kapitalistisches, der politischen Psyche nach jedoch kein liberales Land. Genscher erklärte die Unterlassung jeder Selbstkritik zur „nationalen Pflicht"; die Springer-Zeitungen und Strauß riefen zur inneren Militarisierung auf, „Bild am Sonntag" hämmerte den Lesern ein: „Gott hat ein Zeichen gegeben", nun müsse Schluß sein mit jeder Toleranz gegenüber „Systemveränderern, die das zerstören, an was wir glauben". Wieder einmal zeigte sich, daß der mächtigste Zeitungskonzern der Bundesrepublik faschistische Argumentationen verbreiten kann, ohne daß dies den Widerspruch der etablierten gesellschaftlichen Kräfte findet. Im besten „Stürmer"-Stil schrieb die „Welt am Sonntag": „Wozu eigentlich Araber? Auf ihre Felle, Därme und Tierhaare können wir verzichten. Ihr Öl wird noch gebraucht ...", und der Chefredakteur der „Welt" rief im schwülstigen Tone des „Reich" zur totalen politischen Mobilmachung auf. Zeitungen wie die „Frankfurter Rundschau" fühlten sich angesichts dessen so verängstigt, daß auch sie die „Grenzen der Liberalität" beschworen.

Wäre die Bundesrepublik ein liberales Land, so hätten ihre Zeitungen nicht versäumt, die Gründe zu untersuchen, aus denen diese Formen des Guerilla-Krieges sich entwickeln und Israel öffentlich davor zu warnen, auf München mit der Devise zu reagieren, nun müsse der Gegner „ausgemerzt" werden. Der französische „Combat" stellte die arabischen Terrorakte und die Bombardements israelischer Flugzeuge nebeneinander und schrieb: „Es kann nicht die Rede davon sein, das eine ohne das andere zu verurteilen ... Die Bombardements sind Faktoren des Hasses und werden neue arabische Kommandos hervorbringen." Kaum eine große westdeutsche Zeitung besaß politische Moral und Vernunft genug, um auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Die Reaktion auf die Münchner Ereignisse hat deutlicher gemacht, in welchem Land wir leben: in einem Land, in dem in Krisensituationen die politische Pathologie herrscht.

ARNO KLÖNNE

Streiks in Großbritannien

Die jüngsten Streiks der britischen Hafenarbeiter haben die konservative Regierung Großbritanniens zum zweitenmal in diesem Jahr in eine schwere Krise gebracht.

Zu Beginn dieses Jahres sah sich die Regierung Heath einem militanten nationalen Streik der Bergarbeiter konfrontiert, der das Land erst in eine Energiekrise führen mußte, ehe die konservative Regierung (als Arbeitgeber im nationalisierten Bergbau) bereit war, den Forderungen der Bergleute fast vollständig nachzukommen.

Die Hafenarbeiter, die sich in diesen Wochen durch ausgedehnte Arbeitsniederlegungen gegen die fortschreitende Rationalisierung zur Wehr setzten, weil die Umstellung auf den Containerverkehr ihre Arbeitsplätze vernichtet, konnten ihre Forderungen teilweise durchsetzen, nachdem deutliche Anzeichen einer Versorgungskrise sichtbar geworden waren.

Beide Streiks sind indessen nur die Spitze eines Eisbergs. Ihre Militanz ist Ausdruck verschärfter Klassenkämpfe in Großbritannien seit Mitte der sechziger Jahre. Dies läßt sich deutlich an der Entwicklung der Streikstatistik ablesen: seit 1968 sind die Ausfalltage durch Arbeitskämpfe in jedem Jahr höher gewesen als im Jahr zuvor.

Die Ursachen der verschärften Klassenkämpfe liegen primär in der seit Mitte der sechziger Jahre akut gewordenen Wirtschaftskrise, die sich manifestiert in hohen Arbeitslosenzahlen (gegenwärtig etwa 1 Million), hohen Inflationsraten, im Abbau staatlicher Sozialleistungen und der skandalösen Verschlechterung der Wohnungssituation der Lohnabhängigen. Die Arbeitskämpfe, die in dieser Situation geführt werden, sind weitgehend defensiv. Sie dienen der Abwehr von Angriffen auf den Lebensstandard, auf die Reallöhne, auf die relative Position in der Lohnskala sowie auf die Verteidigung der Arbeitsplätze bei drohenden Stillegungen (Fabrikbesetzungen) und Rationalisierungen mit technologisch bedingter Arbeitslosigkeit.

Die erhöhte Kampfbereitschaft der britischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften hindert die herrschende Klasse daran, die Wirtschaftskrise auf Kosten der Lohnabhängigen zu lösen und die Modernisierung des britischen Kapitalismus — unabdingbar wegen des Eintritts in die EWG der Monopole — gegen die Interessen der Arbeiterklasse durchzuführen. Aus diesem Grund sind die herrschenden Institutionen zur Offensive gegen die Arbeiter und ihre Organisationen übergegangen. Kernstück dieser Offensive ist ein reaktionäres Gewerkschaftsgesetz, das in deutschen Übersetzungen nicht ohne Grund „Streikkontrollgesetz" heißt. Dieses Gesetz bildete die Grundlage für die Inhaftierung von fünf Vertrauensleuten der Hafenarbeiter, die den Boykott gegen Containerfirmen, die statt Hafenarbeiter billigere Transportarbeiter beschäftigen, maßgeblich angeführt hatten. Ihre Verhaftung entlud nicht nur den Zorn der Hafenarbeiter über ihre unsichere soziale Lage, sondern den gesamten Unmut der organisierten britischen Arbeiter über das von ihnen bekämpfte, reaktionäre Gewerkschaftsgesetz. Unmittelbar nach der Verhaftung traten die Hafenarbeiter in einen nationalen Streik. Ihnen folgten die Bergarbeiter und die Drucker sowie die Londoner Busfahrer und Marktarbeiter. Der Dachverband der britischen Gewerkschaften mußte der in den Streiks und Demonstrationen erhobenen Forderung nach einem Generalstreik schließlich nachkommen, nachdem sich mehrere Einzelgewerkschaften gleichfalls dafür ausgesprochen hatten. Der Drohung folgte die Freilassung der Inhaftierten, ehe sie wahrgemacht werden konnte.

Der politische Erfolg, den die britischen Gewerkschafter mit ihren Proteststreiks und Massendemonstrationen erzielt hatten, wurde von ihnen nicht genutzt, um dem Kampf gegen das Streikkontrollgesetz einen offensiven Charakter zu geben. Die Druckergewerkschaften, die am Generalstreik festhalten wollten, um das Gesetz zu Fall zu bringen, wurden vom Dachverband beschwatzt, keine „unkoordinierten" Aktionen gegen das Gewerkschaftsgesetz zu unternehmen. Die Hafenarbeiter ihrerseits beschlossen zwar einen offiziellen nationalen Dockerstreik, allerdings mit dem Ziel einer grundsätzlichen Regelung der Arbeitsplatzsicherung. Damit wurde die politische Auseinandersetzung um das Gesetz wieder auf die Ebene des industriellen Konflikts um Beschäftigungsprobleme einer bestimmten Arbeitergruppe heruntergeholt. Statt zu einer größeren Solidarität zu führen, waren nach dreiwöchigem Streik die Hafenarbeiter gespalten: das zur Abstimmung gestellte Ergebnis wurde von einer großen Minderheit abgelehnt, die ihre Kampfmaßnahmen inoffiziell weiterführte, ohne indessen zu einem Erfolg zu kommen.

In der gegenwärtigen Situation kann allein der politische Kampf gegen das Streikkontrollgesetz die ökonomischen Kämpfe vereinheitlichen und auf ein höheres Kampfniveau heben.

W. MÜLLER-JENTSCH

Westeuropa auf dem Wege zur Großmacht

Auswirkungen der ökonomischen und politischen Integration

Andreas Buro

Vor zwanzig Jahren, am 27. Mai 1952, unterzeichneten die Außenminister der späteren sechs EWG-Staaten den Vertrag über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Als dieser zwei Jahre später, kurz nach der dramatischen Indochina-Konferenz in Genf am 30. August 1954, von der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde, war ein erster Anlauf zu einer schnellen politischen Einigung Westeuropas gescheitert. Denn bei diesem Vertrag handelte es sich um mehr als nur um eine militär-technische Zusammenlegung von Streitkräften. Die Bildung einer europäischen Armee hätte die Souveränität der bestehenden westeuropäischen Nationalstaaten an der Wurzel getroffen. Deshalb bestanden auch bereits zu dieser Zeit Planungen über weitere vertragliche Schritte, die auf eine Europäische Politische Gemeinschaft zielten.

Die tieferen Gründe für die Ablehnung der EVG jenseits der jeweiligen Motive der einzelnen Fraktionen der französischen Nationalversammlung lagen, wie mir scheint, in dem damals noch geringen Ausmaß der ökonomischen Integration. Der industrielle Wiederaufbau Westeuropas war in keiner Weise abgeschlossen. Vielmehr suchte die Industrie ihre Aufbauphase durch nationale politische Maßnahmen nach außen abzuschirmen. Die Konvertibilität der Währungen, wichtige Voraussetzung für den Außenhandel, war trotz des ersten Ansatzes der Europäischen Zahlungsunion noch nicht hergestellt. Von einer übernationalen Verschmelzung des Kapitals konnte kaum die Rede sein. Die ökonomische Basis für einen politischen Zusammenschluß fehlte also in jeder Hinsicht. Aus diesem Grunde dürfte auch die Initiative von Winston Churchill zur Vereinigung Westeuropas in dem bescheidenen Ansatz des Europa-Rates und seiner weitgehend kompetenzlosen beratenden Versammlung in Straßburg steckengeblieben sein.

Doch neben diesen vorzeitigen Versuchen, die politische Einigung von oben zu vollziehen, waren bereits damals mit der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) (1948) und der Gründung der Montanunion (1950) die ersten Schritte zum wirtschaftlichen Zusammenwachsen Westeuropas getan. In den folgenden zwanzig Jahren wurde die ökonomische Integration auf allen Ebenen konsequent verfolgt. Die Konzentration des Kapitals erst vorwiegend im nationalen Rahmen, den Eintritt in die Konkurrenz innerhalb der größeren Gemeinschaft vorbereitend, und in den letzten Jahren zunächst behutsam, dann immer stürmischer auch über die europäischen Grenzen hinweg, hat aus der nationalstaatlich organisierten Industrie von einst, das Westeuropa der Monopole gemacht. Die alten nationalen Schutzgrenzen und die Schwerfälligkeit der nationalstaatlichen Koordination in Westeuropa erscheinen nun immer öfter als Hemmschuh dort, wo das Kapital der schnellen und entschlossenen Unterstützung geballter westeuropäischer Staatsgewalt bedürfte, um seine Verwertungsbedingungen zu sichern und zu optimieren. So ist es nicht verwunderlich, wenn der Schwerindustrielle Otto Wolff von Amerongen die mangelnde politische Einigung bitter beklagt und feststellt: Nicht nur Europa, sondern die ganze Welt warte darauf, daß die Gemeinschaft unverzüglich die ihr zukommende neue Führungsrolle aufnehme (FR 7. 6. 72).

In Reih und Glied zum Familienfoto: die 10 EWG-„Repräsentanten" dpa

Aktualität politischer Integration

Die Frage der politischen Gemeinschaft steht nach 20 Jahren wirtschaftlicher Integration wiederum auf der Tagesordnung, obwohl im Oktober auf dem Gipfeltreffen noch immer die Abstimmung von Wirtschafts- und Währungspolitik im Vordergrund stehen wird. Das wird nicht nur deutlich aus der Forderung nach Errichtung eines politischen Sekretariats, sondern vielmehr noch aus der Tatsache, daß die ökonomische Integration mittlerweile eine Stufe erreicht hat, die nur überschritten werden kann, wenn die Souveränität der westeuropäischen Nationalstaaten weiter abgebaut wird und supranationale Kompetenzen an ihre Stelle treten. Das zweitwichtigste Konferenzthema, die Außenbeziehungen der EWG, illustriert die weitgehende Konsequenz der wirtschafts- und währungspolitischen Integration. Nach Ansicht von Paris sollte die EWG-Gipfelkonferenz „die ‚europäische Identität' gegenüber den USA, den Entwicklungsländern und den Ostblockstaaten bekräftigen . . ." (FR 20. 7. 72). Ganz in diesem Sinne erörterte der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften bei seiner Sitzung am 20. Juli 1972 Schritte zu einer Global-Politik gegenüber den Mittelmeerstaaten. Die Beispiele für solche außenpolitischen Konsequenzen ließen sich beliebig erweitern. Stichworte wie Assoziierungspolitik, Neuordnung des Weltwährungssystems, Festlegung von Bandbreiten, aber auch die Bildung einer Euro-Gruppe innerhalb der NATO oder die Tendenz zur Übernahme von Koordinationsfunktionen durch Brüssel im industriellen Sektor, beispielsweise bei der Verschmelzung der Luftindustrie, zeigen überdeutlich, wie weit die Integration heute bereits, und zwar de facto auch im politischen Bereich gediehen ist.

Die Entspannungspolitik ist neben dem wirtschaftlichen Zusammenschluß die zweite wichtige Voraussetzung der westeuropäischen Integration. So berichtete der gut informierte FR-Korrespondent Erich Hauser nach der Ratifizierung der Ost-Verträge aus Brüssel, daß bei der Europakommission unverhohlene Erleichterung zu spüren sei, „. . . weil die Bereinigung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn seit langem als Voraussetzung für eine gemeinsame Außenpolitik der EWG-Staaten und den Beginn einer politischen Integration gilt, und . . . weil dies wiederum die Voraussetzung für das Gelingen der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion der EWG ist" (FR 19. 5. 1972). Hier wird ein wichtiger Hintergrund der Entspannungspolitik für Europa angesprochen: Das Festhalten der Bundesregierungen an den Forderungen der Roll-back-Politik war zum Hemmnis der Westintegration geworden. Diese Politik mußte deshalb nicht nur aus den Interessen der USA nach einer flexiblen Politik gegenüber den nicht mehr zu ignorierenden neuen Machtzentren und der damit verbundenen Ablösung der bipolaren Politik der Kalten Kriegs-Ära aufgegeben werden, nicht nur wegen der Ost-Handelsinteressen deutscher Industriegruppen, sondern auch und gerade unter dem Aspekt der von Adenauer eingeleiteten und ohne Rücksicht auf Chancen der friedlichen Wiedervereinigung betriebenen Politik der Integration in Westeuropa. Entspannungspolitik ist somit auch konsequente Fortführung alter bundesrepublikanischer Außenpolitik. Auch die CDU/CSU wäre um diesen Schritt, wie immer in Nuancen variiert, nicht herumgekommen.

Die Entspannungspolitik schafft eine weitere Erleichterung für die westeuropäische Integration. Sie verringert den Zwang zur militärischen Allianz- und Gefolgstreue gegenüber der Vormacht USA. Sie vergrößert den politischen Spielraum zu selbständigerer Politik, auch bei Interessengegensätzen mit den USA.

Die Probleme der Integration

Angesichts steigenden Druckes der mächtigsten Industriefraktionen zu schnellerer Integration wird trotz der Verzögerungen, die mit dem Beitritt der vier ehemaligen EFTA-Länder am 1. 1. 1973 verbunden sein dürften, die von schwachen und nicht konkurrenzfähigen Unternehmen und Industriezweigen ausgehen und trotz der Schaukämpfe der nationalen Regierungen um die besten Startchancen für ihre dominanten Wirtschafts- und wichtigsten Wählergruppen mit baldigen weiteren Fortschritten im Ausbau der Gemeinschaft und im Abbau der nationalen Souveränitäten zu rechnen sein. Daraus ergibt sich die Frage nach den voraussichtlich auftretenden Widersprüchen, die sozialistische Strategie in ihre Überlegungen einzubeziehen hat.

Die Gemeinschaft der Zehn ist mit ca. 527 Mill. Einwohnern, einem Sozialprodukt von 637 Mrd. Dollar und 41 % Anteil am Welthandel (USA 205 Mill. Einw., 997 Mrd. Dollar und 14 %, UdSSR 245 Mill. und 288 Mrd. Dollar; alle Zahlen für

1970) der zweitgrößte Wirtschaftsblock. Doch die Wirtschaftsstrukturen und die sozialen Verhältnisse sind in den einzelnen Teilen dieser Gemeinschaft sehr unterschiedlich. Es gibt in ihr Wohlstands- aber auch unterentwickelte Gebiete. Die Überwindung dieser Unterschiede ist nicht wahrscheinlich, würde sie doch den wohlhabenderen Teilen Opfer abverlangen, für die in der kapitalistischen Gesellschaft die Solidaritätsbasis fehlt. Die ökonomischen Trends werden vielmehr im Sinne eines ‚inneren Kolonialismus' solche Unterschiede weiter verschärfen, wodurch die Bevölkerung dieser ‚unterentwickelten' Gebiete die Funktion einer industriellen Reservearmee, als Disziplinierungsmittel für die Lohnabhängigen, erhält.

Ebenfalls im Sinne der Verschärfung sozialer Spannungen wird sich die Öffnung der Märkte, das Zurückdrängen offener oder versteckter staatlicher Subventionierung und die damit in Verbindung mit dem Machtkampf der Kapitalgruppen erzwungenen Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen auswirken. Die Existenzbasis vieler wird gefährdet, wenn nicht zerstört werden. Dabei ist nicht auszuschließen, daß alte nationalistisch gefärbte Feindbilder besonders bedrohte Schichten zu politischer Irrationalität bewegen.

Die sozialen Wirkungen solcher Umstrukturierungen werden um so tiefer sein, je mehr die Integration wie bisher auf der Basis der stän-

Inflationsgemeinschaft

Von 1969 bis 1971 betrugen die Raten der Geldentwertung in:

Bundesrepublik	**12,7 %**
Frankreich	**17,2 %**
Großbritannien	**21,6 %**
Holland	**21,0 %**
Italien	**14,2 %**
Belgien	**13,1 %**
Luxemburg	**12,6 %**

digen Enteignung der kleinen Geldwertbesitzer durch Inflation zugunsten von Sachwertbesitzern – die wichtigsten unter ihnen sind natürlich die Produktionsmittelbesitzer – erfolgt. Die Enteignungen bezahlen damit die Strukturveränderungen und verschieben die Einkommensverteilung ständig wieder zugunsten der Kapitalisten. Hiermit ist jedoch trotz allem Zweckoptimismus der Vorwahlzeit zu rechnen. Die Ursachen für die Inflation sind vielfältig. Die Angleichung von feineren regionalen Unterschieden wird nur auf der Basis von Preiserhöhungen vorgenommen werden können, da eine Reduzierung der Nominal-Einkommen auf großen sozialen Widerstand der Lohnabhängigen stoßen dürfte. Da die Monopole inzwischen, wie nicht nur das amerikanische Beispiel, sondern auch die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik zeigen, die Stagflation (Preissteigerungen trotz wirtschaftlicher Rezession) beherrschen, werden sie ferner weiterhin versuchen, alle Lohnkampferfolge durch Preissteigerungen zum Teil wenigstens aufzuheben.

Alle beschriebenen, teils schon sich andeutenden Spannungen können in ihren Auswirkungen erst richtig vor dem Hintergrund der wachsenden Macht der Monopole bewertet werden. Diese sind in ihrer Struktur weitgehend unterschieden von den Monopolen vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Ihre multinationale Struktur – sie werden deshalb auch als Multinationale bezeichnet – erlaubt ihnen schnelle Produktions-, Handels- und Geldmanipulationen über nationale Grenzen hinweg. Die 20 größten Multinationalen in Europa haben zusammen Umsätze, die etwa doppelt so hoch sind wie der Haushalt der Bundesregierung. Sie entziehen sich weitgehend der Kontrolle der Staaten, verschieben bei vertikaler Konzernstruktur ihre Profite an für sie steuerlich günstige Stellen und erheben den Staatsapparaten gegenüber Forderungen, denen sie durch die souveräne Manipulation des Kapitals Nachdruck verleihen. Das wirtschafts- und finanzpolitische Instrumentarium der Regierungen vermag gegen sie wenig. Hierfür ein Beispiel: Die US-Regierung wollte auf Grund der ungünstigen Zahlungsbilanz den Kapitalexport durch Einführung neuer Steuern drosseln, doch ihr Versuch wurde von den großen Konzernen mit Hilfe der Euro-Obligationen und des Euro-Dollars vereitelt.

Die neue Phase der Integration wird dadurch gekennzeichnet sein, daß die westeuropäischen Konzerne – durch die EWG-Erweiterung durch gewichtige britische Monopolgruppen verstärkt (von den 20 größten europäischen Konzernen stellen die Briten 7, BRD 7, Frankreich 2, Italien 2 und Holland und die Schweiz je 1) – sich dem sich verschärfenden Konkurrenzkampf mit den anderen großen kapitalistischen Wirtschaftsblöcken USA/Kanada und Japan anpassen werden. Dazu müssen die sozialen Kosten gering und die Lohnforderungen unter Kontrolle gehalten werden, während die staatliche Politik fest an die Interessen der Multinationalen gebunden ist. Eine technokratisch dirigierte Leistungsgesellschaft ohne emanzipativen Anspruch entspricht dieser Zielsetzung am ehesten. Die Bemühungen in dieser Richtung werden allenthalben sichtbar.

Die Strategie der Multinationalen, Produktionsverlagerungen in andere Länder auch außerhalb der EWG und Zurückgreifen auf dort gelagerte Vorräte, dient nicht zuletzt der Kontrolle der Lohnabhängigen in der EWG. Gelingt es den Multinationalen, diese Strategie flexibel zu beherrschen, so werden die Kampfmöglichkeiten der Lohnabhängigen in der EWG durch eine große zusätzliche, äußere Reservearmee beschnitten. Hierdurch wird nicht nur die Machtposition der Monopole in sozialen Konflikten gestärkt, sondern sie drängen auch auf eine imperialistische Außenpolitik der EWG. Dieser Druck verstärkt sich in dem Bemühen, die schmale Rohstoff-Basis Westeuropas gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftsblöcken auszuweiten.

Imperialistische Blockpolitik

In diesem Zusammenhang geraten die Mittelmeerstaaten und Afrika mit ihren riesigen, teils noch unerschlossenen Bodenschätzen ins Blickfeld. Auf sie zielt die Assoziierungs- und Entwicklungspolitik, ebenso wie die mehr oder weniger versteckte Hilfe für die Unterdrükkung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und die Kooperation mit Rhodesien und Südafrika.

Die Staaten des Mittelmeerraumes und Afrikas sind zum großen Teil ehemalige Kolonien oder hatten einen halbkolonialen Status. Ihre Dekolonisation war begleitet von der Herstellung neokolonialistischer Abhängigkeiten, die vorwiegend über ökonomische Mechanismen und Protegierung der mit den kapitalistischen Industriestaaten zusammenarbeitenden sozialen Schichten (Kompradoren-Bourgeoisie) und Sicherung ihrer Privilegien gesteuert wurde. Entscheidend ist nun, daß diese Zusammenarbeit auf weitere Ausbeutung der Völker dieser Länder zielt. Darüber kann auch nicht Entwicklungshilfe hinwegtäuschen, selbst wenn sie als staatliches Geschenk gewährt wird. Denn die durch sie bewirkten Investitionen in die Infrastruktur dieser Staaten sind zur Vorbereitung und Stützung wirtschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse unerläßlich. Um aber die Völker zu bewegen, ihre eigenen Interessen aufzugeben und sich den ausländischen zu unterwerfen, bedarf es der Gewalt. Sie wird über die korrumpierten Kompradoren-Bourgeoisien ausgeübt. Die Entwicklung liberaler Formen bürgerlicher Herrschaft in den Staaten der armen Welt ist nicht zuletzt wegen dieser imperialistischen Einmischung ausgeschlossen. Diktaturen sind vielmehr die Herrschaftsformen dieser Gesellschaften fast überall in den Einflußzonen der imperialistischen Industriestaaten.

Die Sicherung von Rohstoffquellen und Kapitalexport im Interesse der europäischen multinationalen Konzerne macht es erforderlich, zunehmend mit diesen Diktaturen zu kooperieren, ja, ihre korrupte Herrschaft und ihr terroristisches Regime zu stützen. Heute geschieht dies bereits in erheblichem Maße – Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal, Südafrika, Rhodesien und Marokko sind dafür nur einige Stichworte. Doch mit steigender Ausbeutung wird der Widerstand und damit die ‚notwendige' Hilfe Westeuropas für die terroristischen Regime wachsen. Dies wird die Legitimationsbasis bürgerlicher Herrschaft weiter untergraben, denn in Europa sind die Menschen, nicht zuletzt durch den Vietnam-Krieg, gegenüber den Konsequenzen imperialistischer Politik hellhörig geworden. Sie werden sich in zunehmendem Maße gegen eine solche Politik neo-kolonialistischer Ausbeutung und Unterdrückung wenden. So werden auch hierdurch die innenpolitischen Spannungen steigen und, wie immer, wird außenpolitisch geübte Unterdrückung letztlich nicht ohne innenpolitische Repression aufrechtzuerhalten sein.

Atomstreitmacht parallel zur politischen Integration

Rainer Barzel entwickelte im Mai in einer britischen Zeitschrift Pläne für eine westeuropäische Atomstreitmacht: „Auch die nuklearen Potentiale, und zwar Großbritanniens und Frankreichs, müßten in irgendeiner Form in die Zusammenarbeit Westeuropas eingefügt werden. Es geht daher ... um die Kooperation dieser Nuklearmächte in und mit Westeuropa". „Im Vorstadium" lasse sich „eine Beteiligung aller westeuropäischen Staaten in Formen der Mitberatung über Verteidigungskonzeptionen und Operationspläne ermöglichen und sie parallel zur politischen Integration weiterentwickeln".

(Nach „AMI" Nr. 7/72)

Doch werden dies nicht die einzigen Folgen sein. Westeuropäische neokolonialistische Außenpolitik bedarf, soll sie sich gegen Konkurrenten anderer Blöcke durchsetzen, der möglichst weitgehenden Unabhängigkeit auch auf dem militärischen Sektor. Zwar betont Frankreich diesen Aspekt heute noch vorwiegend unter nationalem Vorzeichen. So Verteidigungsminister Debré: „Ohne die Bedeutung der Allianzen zu verkennen, wolle Frankreich seine Entscheidungsfreiheit behalten und daher über jene militärischen Mittel verfügen, die ihm eine solche Politik ermöglichen" (FR 1. 7. 72). Doch der nationale Aspekt Debréscher Äußerungen ist nur vordergründig. Er bezieht sich auf die Position, die Frankreich im Rahmen Westeuropas beispielsweise gegenüber der BRD gewinnen kann. Sinnvoll ist solche Taktik jedoch nur, wenn militärische Selbständigkeit auch in einem integrierten Westeuropa eine wichtige Komponente darstellt.

Selbständige neokolonialistische, imperialistische Politik des Westeuropas der Zehn, gestützt auf die alten Kolonialbeziehungen und -erfahrungen wird deshalb ein Europa sein, das seine qualitative Rüstung verbessern, Rüstungsindustrie koordinieren, konzentrieren und erweitern und sich in stärkerem Maße als bisher am Rüstungswettlauf der Supermächte beteiligen wird. Damit aber wird auch der Industrie-Militär-Komplex mit seinen aus den USA hinreichend bekannten Nebenerscheinungen einen zunehmenden Einfluß auf die

Politik der westeuropäischen Gemeinschaft ausüben. Seine Bedeutung wird jedoch nicht auf außenpolitische Aspekte beschränkt bleiben. Angesichts steigender innenpolitischer Spannungen wird sich bürgerliche Herrschaft auch nach innen auf eine solche ‚Europäische Verteidigungsgemeinschaft' stützen wollen.

Strategien bürgerlicher Herrschaft

Sind die hier grob skizzierten Entwicklungstrends zutreffend, wird die Integration Westeuropas erhöhte innere Spannungen erzeugen und imperialistische Politik mit allen Implikationen vorantreiben, so lassen sich daraus Schlußfolgerungen für Entwicklungstrends der Formen bürgerlicher Herrschaft in Westeuropa ziehen.

Die auf Kapitalverwertung zielende technokratische Leistungsgesellschaft ist das unverzichtbare Leitmotiv der Sicherung von Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Monopolen der anderen Wirtschaftsblöcke. Unter diesem Aspekt ist die Gemeinschaft gezwungen, technokratisch bestimmte und begrenzte Reformen in vielen Sektoren, von der Bildung bis zur Wirtschaftsstruktur, vorzunehmen. In diesem Sinne ineffektive Herrschaftsgruppen sind deshalb nur dort akzeptabel, wo es nicht um Effektivität bei technokratischer Modernisierung geht, sondern um neokolonialistische Unterwerfung der Bevölkerung. Doch Reformen sind meist ambivalent, wie gerade die Reformversuche auf dem Bildungssektor in der BRD zeigen. Besteht doch immer auch die Möglichkeit, die Ausrichtung auf die Leistungsgesellschaft zugunsten einer Orientierung auf menschliche Emanzipation zu durchbrechen. Deshalb muß bourgeoise Herrschaft diese Reformvorhaben genau unter Kontrolle halten und womöglich durch konservative Kräfte ausführen lassen. Progressive Kräfte, wie sie etwa in sozialdemokratischen Parteien vorhanden sind, werden zwar für die Einleitung von Reformen benötigt, um verhärtete Strukturen aufzubrechen, sind aber andererseits ein Sicherheitsrisiko im Sinne der erwähnten Ambivalenz. Disziplinierung der sozialdemokratischen Kräfte und Modernisierung der Konservativen muß daher neben einem Wechselspiel zwischen den Herrschaftseliten ein wichtiges Moment innenpolitischer Herrschaftsstrategie sein. Die eindeutige Stellungnahme der Großindustrie zugunsten der CDU/CSU nach zeitweiliger Tolerierung der SPD weist auf solche Taktiken ebenso hin, wie der Rechtstrend in der SPD selbst.

Für die Sicherung von Massenloyalität auch und gerade bei Reformen ist die Entpolitisierung der Massen wichtigstes Mittel. Politisch desorientierte Massen sind verschleiernden irrationalen Erklärungen zugänglich und können so im Sinne von Herrschaftszielen manipuliert werden. Die monopolistische Verfügung der Bourgeoisie über die Massenmedien hat hier auch weiterhin ihre überragende Funktion. Durch ihren Kampf um die Politisierung der Massen wird sozialistische Opposition in diesem Punkte zum gefährlichen Gegner. Ist es ihr doch in der Vergangenheit gelungen, einen großen Teil gerade der Jüngeren in fast allen Schichten zu erreichen und nicht nur Information zu vermitteln, sondern auch kritische Distanz zu den öffentlich immer wieder beschworenen Werten des ‚freien' Westens und ‚christlichen' Abendlandes herzustellen. Gerade die Tatsache, daß sich an die spektakulären Ereignisse der 60er Jahre eine Phase theoretischer Aufarbeitung gesellschaftlicher Probleme – wie rudimentär und disparat auch immer – und ein sich zunehmend verbreiternder ‚langer Marsch durch die Institutionen' anschloß, hat erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Sie schlägt sich in der forcierten Errichtung des neuen, innenpolitisch motivierten antikommunistischen Feindbildes und in Maßnahmen wie dem Berufsverbot für Linke, dem Kooperationsverbot für Jusos und der Verketzerung der SPD als kommunistisch unterwandert ebenso nieder, wie in den Versuchen der Unternehmer, ihr von den Anschuldigungen der Sozialisten getrübtes Image durch Public-Relation-Kampagnen wieder auf Hochglanz zu bringen.

So ist es durchaus denkbar, daß Sicherung von Massenloyalität durch Entpolitisierung und Entwicklung neuer Feindbilder nicht ausreichen wird, um der jeweiligen Integrationspolitik den notwendigen Rückhalt zu verschaffen, und daß ideologische Anstrengungen verstärkt werden, um eine neue, nun supranationalistische Ideologie über das Vaterland der Vaterländer, die ‚Gemeinschaft der freien Nationen Westeuropas' zur Herstellung verstärkter Loyalitätsbindungen zu schaffen und der Bevölkerung einzuhämmern. Noch stellen sich allerdings solcher ideologischen Stilisierung Hindernisse entgegen. Das Pokern um die nationalen Ausgangspositionen ist mit supranationalen Ideologien nur schwer in Einklang zu bringen. Sind hier jedoch die Entscheidungen gefallen, so kann sich eine schnelle Wende ergeben. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sollte die Linke bereits jetzt die Diskussion über das sich integrierende Westeuropa verstärken, um in der Lage zu sein, sich schnell mit aufkommenden europäischen Ideologien auseinandersetzen und deren Funktion entlarven zu können.

Psychologische und ideologische Manipulationen sind wichtige Instrumente der Herrschaftsstabilisierung. Der historische Rückblick zeigt jedoch, daß bürgerliche Herrschaft sich hiermit nicht begnügt hat, um geänderten sozioökonomischen Situationen zu entsprechen. Man kann Revue passieren lassen: die oligarchische Kooperation mit den Königen zur Bekämpfung des Adels, die Herrschaft der Besitzenden durch Diskussion unter Gleichen im Parlament, von dem natürlich die Masse der Bevölkerung ausgeschlossen war, die für die Bourgeoisie trotz Sozialdemokratie und ihrer Integrationsbereitschaft heikle Zeit der großen sozialen Massenparteien, die schließlich in einzelnen Ländern durch faschistische Herrschaftsformen unter Kontrolle gebracht wurden, und nun die Zeit der erfolgreichen industriellen Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten mit der schrittweisen Entleerung der bürgerlich-parlamentarischen Formen zugunsten einer Oligarchisierung der politischen Entscheidungsträger. Neben Psychologie und Ideologie trat also immer noch herrschaftstechnische Absicherung politischer Macht.

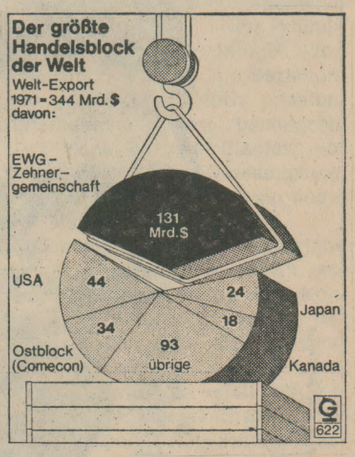
Schon heute sind die nationalen Parlamente nur noch in bescheidenem Maße in der Lage, die supranationale Politik zu kontrollieren oder gar zu bestimmen. Die Verselbständigung von Regierungsexekutiven und Parteieliten hat hier ihren höchsten Ausdruck gefunden. Die Fortführung der Integration Westeuropas wird der Tendenz zur Entleerung des bürgerlichen Parlamentarismus weiter Vorschub leisten. Die bescheidenen Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments der Europäischen Gemeinschaften und die Tatsache, daß ihm nach wie vor eine direkte Wahl vorenthalten worden ist, signalisieren nur diesen Zustand. Die Monopolisierung politischer Entscheidungen durch Eliten mit der Entwicklungstendenz zu einer multinationalen Oligarchie entspricht dem Prozeß der Kapital-Konzentration über die Grenzen hinweg und den daraus folgenden Tendenzen, die politische Gewalt für die Bedürfnisse der Kapitalverwertung schlagkräftig zu instrumentalisieren. Die Ergebnisse solcher Entwicklung können nur sein: Zunahme autoritärer Herrschaftsformen, Verminderung der Öffentlichkeit für wichtige Entscheidungen, Entdemokratisierung, wo immer möglich, und Zunahme der Repression gegenüber sozialistischer Opposition.

Der Schritt zum autoritären Stil der französischen Präsidialverfassung ist dann nicht allzu weit, besonders wenn die bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen sich in noch anderen Ländern als Frankreich als ungeeignet erweisen sollten, etwa beim Scheitern der italienischen Balanceakte um die linke und rechte Mitte.

Das skizzierte Bild der Entwicklungstrends in Westeuropa scheint nur schlecht mit den Hoffnungen übereinzustimmen, die mit der Entspannungspolitik verbunden werden. Solche Hoffnungen verkennen aber, daß die Entspannungspolitik nicht aus humanitären Gründen geboren wurde, sondern politische Notwendigkeit wurde, als die Ziele des Kalten Kriegs nicht mehr zu erreichen waren und neue Machtkonstellationen eine neue außenpolitische Ausrichtung erforderlich machten. Die Ära der Entspannung nach Osten ist für Europa gleichzeitig die Ära der Formierung der neuen Supermacht: des Europas der Monopole, die Westeuropa ihren ökonomischen Zielsetzungen weitgehend unterworfen haben. Statt der durch Entspannung erweckten Hoffnung auf eine solidarischere Welt werden sie den Konkurrenzkampf nun auf ein neues Niveau der Zentralisation und der Konzentration sowie der weltweiten imperialistischen Aktivität heben. Autoritärere Herrschaftsformen und innenpolitische Verschärfung von Manipulation und Repression werden die Folge sein. Hoffnungen, sozialdemokratische Parteien und gewerkschaftliche Apparate könnten solche Entwicklung mehr als nur leicht modifizieren, dürften angesichts der weitgehenden Integration beider in die Herrschaftsstrukturen kapitalistischer Gesellschaft trügerisch sein. Nur der solidarische Kampf der Unterdrückten selbst gegen eine solche Entwicklung wird Änderung schaffen können.

100 Milliarden DM einsparen

Für ein Rentenreformprogramm, das bis 1986 mehr als 100 Milliarden DM weniger kosten würde als die Regierungsvorhaben, hat sich in Bonn die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ausgesprochen. Während die SPD-FDP-Koalition einschließlich einer auf den 1. Juli 1972 vorgezogenen 9,5prozentigen Rentenanpassung mit einem Finanzierungsrahmen von 187 Milliarden DM rechnet, würden die von den Arbeitgeberverbänden vorgeschlagenen Verbesserungen lediglich zu Mehraufwendungen in Höhe von 83 Milliarden DM führen.



Radio für die befreiten Gebiete

Colage: Holtfreter

Wer wann warum politisch wird, ist für die Arbeit aller politischen Gruppen eine der zentralen Fragen. Zu diesem Punkt hat Alberto Bento, Verantwortlicher für Fernmeldetechnik im MPLA, bei seinem Besuch in Frankfurt Stellung genommen:

„Die MPLA ist der Meinung, daß Handarbeit nicht nur in den befreiten Gebieten eine wichtige politische Funktion hat, sondern auch in den Metropolen als Mittel zur Politisierung eingesetzt werden kann. Wenn wir Gruppen animieren, Material für die Befreiungsbewegungen selbst herzustellen, dann ist das nicht nur politische und materielle Hilfe für uns und unseren Kampf, sondern hat auch eine ganz spezifische Rückkoppelung auf das politische Bewußtsein derjenigen, die diese Sachen herstellen und sich so mit den Befreiungsbewegungen beschäftigen. Sie schließen sich damit ein in einem Produktionsprozeß gegen den Kapitalismus, gegen den Imperialismus."

Die beiliegende Materialliste (Anlage 1) beinhaltet dringend benötigtes technisches Material für Kommunikationsmedien. Beigefügt ist eine Bauanleitung für einen Morsesummer, den technisch Versierte leicht herstellen können.

Die Kommunikation über Radio bei den Befreiungsbewegungen hat einen großen Stellenwert. Nicht nur im Rahmen des taktischen Kampfes, sondern auch bei der politischen Arbeit. Die Aufgaben sind fest umrissen: aufklären und informieren, die politische und soziale Bewußtseinsbildung fördern, die nationale Identität artikulieren und ethnische Gegensätze abbauen.

Unsere Aktion „Radios für die befreiten Gebiete" — FRELIMO und MPLA haben dazu aufgerufen — soll dazu beitragen, diese Aufgaben besonders in den ländlichen Gebieten besser zu ermöglichen.

Wer selbst keine der Teile bauen kann, sollte Geld schicken. Wir haben die Möglichkeit, davon die Radios zentral und bis zu 1/3 billiger einzukaufen und ohne Mehrwertsteuer und Zoll direkt zu versenden. Regelmäßige Informationen über eingegangenes Geld, Zahl der verschickten Radios und Bestätigung der Ankunft der Sendungen werden wir veröffentlichen.

Alberto Bento hat uns gebeten, die Koordination der technischen Hilfe zu übernehmen. Deshalb bitten wir alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich an der Materialsammlung beteiligen wollen, uns darüber zu informieren. Doppelte Arbeit und vielleicht unnötiger Einkauf können dadurch vermieden werden.

Cabora Bassa Gruppe, Reinhold Einloft, 6 Frankurt, Robert-Mayer-Str. 31, Tel. 0611/55 40 42, Spenden an Bankkonto: Bank f. Gemeinwirtschaft Frankfurt Nr. 10 51 41 09.

Materialliste der MPLA

Ausbildung zum Funken

— Morsetasten „Professionell" (Bezug z. B. Arlt, Ffm. 49,50 DM)
— Morsetasten einfach, robust (Preis etwa 6,— DM)
— Summer für Morsetasten
— Magnettonbandgeräte, normale, einfache Ausführung mit mindestens 2 Geschwindigkeiten (z. B. Neckermann Nr. 823/392, 199,— DM) Die Geräte zur Ausbildung müssen robust sein. Sie unterliegen starker Beanspruchung. Eine kontinuierliche Nachfrage ist vorhanden.

Kommunikation und Reparatur

— Tischkopiergeräte (gleich welcher Marke)
— Langzeitaufzeichnungsgeräte für die Aufzeichnung der portugiesischen Sendung. Mit großen Spulen und langsamer Laufgeschwindigkeit.
— tragbare Uher-Geräte (Uher Report) dringend!
— Akkumulatoren, Nickel Cadmium, hermetisch dicht, für 6 V (z. B. Fa. Sonnenschein).
— Kleinmeßgeräte: Multimeter, Elektronische Voltmeter (zur Reparatur von Rundfunkempfänger und -sender), Transistortester und Röhrentester (zum Selbstbauen für technisch Versierte).
— Funkgeräte (Walky-Talky), nur robuste Ausführungen wie sie im Bergbau und bei der Polizei verwendet werden.
— Radios, stabil, nicht zu staubempfindlich, MW und KW 19—49 m. 1,5 V Monozelle (ideal), Anschluß für Außenantenne.
— Linearverstärker, für den KW-Bereich 10—25 Mhz. 500 W sollen auf 5000 W verstärkt werden (an der Antenne), 220 V Stromversorgung.

Materialliste der Frelimo

Für Mozambique Institute

Dioden: AAY 43, BAX 23, BAY 40, BAY 98
Photoelemente: TP 60, TP 61, BPY 100, Potentiometer für Lautstärkeregelung (volumo control)
6 Paare I Mohm, 6 Paare I,5M, 6 Paare 470 K, 6 Paare 200—100 K, 6 Paare 100 K—20 K, 6 Paare I K — 500, 6 Paare 500 — 100, 6 Paare 100 — 50

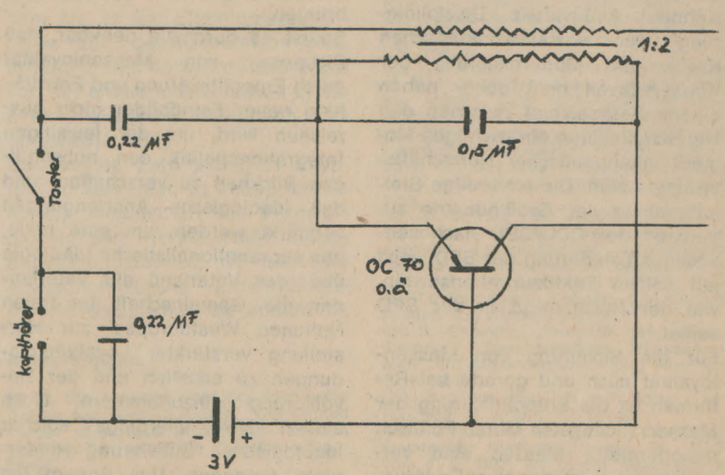
Holtfreter

Elektronenröhren (electron tubes) 1 Dutzend ECC 808, 1 Dutzend ECC 83, 1 Dutzend ECC 85, 1 Dutzend ECL 82, 1 Dutzend ECL 86, 1 Dutzend EL 84, 1 Dutzend EL 34, 1 Dutzend EL 503, 1 Dutzend EL 509, 1 Dutzend EM 84, 1 Dutzend Kammrelais for 12-6v
6 Paare Wolky Talky (Reichweite 1 km), I HF Oszillographon, I Signal Generator, I elektronischen Voltmesser (electrontubes voltimeter), I Transistortester (transistor Analyser)

Für das Informationsministerium

I-Tonbandgerät vom Typ Uher 4400 Report Stereo, mit 2 „dynamischen" Mikrophonen Tonbänder (Durchmesser 5 inches), so viel wie möglich (200).
Tonbänder (Durchmesser 7 inches) (100) Marke BASF oder Scotch, 2 Kasettenrekorder
Kasetten, so viel wie möglich (C 30, C 90)
2 Mikrophonständer (I-Tischständer und I-Bodenstativ)
1 Radio (Weltempfänger) für Aufnahmezwecke.

Transistor Morsesummer



1) Morsetaster separat, Ausgang Summer zum Taster mit Buchsen oder Leitung — 2) Kopfhöreranschluß: Buchsen — 3) Summer nicht abdecken.

Zur Wahlplattform der französischen Linken

Günter Dill

Die bürgerliche Presse suchte nach bewährtem Muster die Angst vor der roten Gefahr, vor der Bedrohung der Stabilität von Geld, Wirtschaft und freiheitlicher Ordnung zu mobilisieren. Das Reizwort: Volksfront. Der Sachverhalt: Am 27. Juni verkündeten die Delegationen der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) und der Sozialistischen Partei (PS) nach dreimonatigen Verhandlungen den Abschluß eines gemeinsamen Regierungsprogramms für die nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1973. Während die beiden Partner ihre Allianz, die bezeichnenderweise von den meisten, nicht zu ihrem Klientel gehörenden Gruppierungen scharf attackiert wurde, euphorisch als Markstein auf dem Wege zu einem sozialistischen Frankreich feierten, verwandten die Pressegraphologen ihren ganzen Scharfsinn auf das ebenso beliebte wie nutzlose Spiel, darüber zu spekulieren, welche Programmpassage wessen Handschrift trägt.

Der dichte Phrasennebel, der das Einigungsspektakel umgab, hat freilich nur schwer verhüllen können, worum es in diesem Programm eigentlich geht.

„Die Perspektiven, die durch die Vereinigung der Linken und die Sammlung aller Kräfte des Volkes eröffnet werden, und die in diesem Programm entwickelten Vorschläge sind die Mittel, die es den Französinnen und Franzosen erlauben werden, besser zu leben, ihr Leben zu ändern. Die grundlegende Sorge des Programms gilt der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und Wünsche. Das Programm ist ein Aktionsprogramm . . ., es schafft eine neue Lage, die es erlaubt, eine wirkliche politische und ökonomische Demokratie einzuführen", heißt es ambitös in der Präambel.

Schon der umfangreiche und detaillierte Katalog von Reformvorhaben, die die unmittelbare materielle Besserstellung der Bevölkerung bewirken sollen, zeigt, wie prekär es wirklich um die soziale Lage der französischen Arbeiterklasse bestellt ist.

So werden anvisiert: ein Mindestlohn von 1000 Frans (ca. 650 DM ohne Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede; nach Berechnung der Gewerkschaften betrifft allein diese Maßnahme rund 3,8 Millionen Arbeiter; bezogen auf die noch nicht erreichte durchschnittliche Arbeitszeit von 40 Wochenstunden bedeutet dies eine Lohnerhöhung um 41 %); Herabsetzung des Rentenalters; schrittweise Anhebung der Renten auf 75 % des Mittels der 10 höchsten Jahreslöhne; grundsätzliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen; Reform der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Weitere vorrangige Ziele sind: die Überwindung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmer (in Frankreich ein besonderes Problem), ein neues Arbeitsrecht zur Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in den Betrieben; eine Vereinheitlichung und Demokratisierung des Krankenhauswesens (sukzessive Verwirklichung der kostenlosen ärztlichen Versorgung). Schließlich auch: ein neues Bodenrecht, intensivierter Wohnungsbau, Förderung öffentlicher Transport- und Verkehrsmittel, Umweltschutz, sowie eine Reform des Erziehungs- und Bildungswesens.

Über die Realisierungschancen sollte freilich niemand Illusionen hegen, nicht etwa wegen des – eher noch bescheidenen – Umfangs der zweifellos dringend notwendigen Minimalreformen, sondern wegen der prinzipiellen Option, deren Ausdruck dieses Programm als Ganzes ist. Die KPF – von ihrem sozialdemokratischen Partner ganz zu schweigen – hat sich – nach den Erfahrungen im Mai 68 mehr denn je – auf den „friedlichen Weg zum Sozialismus" festgelegt. Die Einigung der Linken auf ein gemeinsames Regierungsprogramm ist deshalb nur die konsequente Fortschreibung der Strategie, Frankreich über die Wahlurnen zu ‚revolutionieren'. „Kein sozialistisches Programm, sondern ein Programm für eine fortgeschrittene Demokratie, die den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft eröffnet", hat der stellvertretende Generalsekretär der KPF, Georges Marchais, die Vereinbarungen charakterisiert.

Fragt man freilich nach den Grundlagen der ‚neuen politischen und ökonomischen Demokratie', wird sehr schnell die Halbheit und Perspektivelosigkeit eines Programms sichtbar, das sich von vornherein ausschließlich auf die nächste Legislaturperiode beschränkt.

Nationalisierungen, Demokratisierung der Betriebe und demokratische Planung sind die Kernstücke der angestrebten Wirtschaftsdemokratie. Die geplanten Nationalisierungsmaßnahmen erstrecken sich – außer auf den gesamten Sektor des Bank- und Versicherungswesens – auf eine Reihe von Industrieunternehmen und -gruppen in Schlüsselbereichen der französischen Wirtschaft:

„– Unternehmen, die wegen ihres Dienstleistungscharakters unmittelbar öffentliche Funktionen erfüllen und daher grundlegenden sozialen Bedürfnissen entsprechen;

– Gesellschaften, die von öffentlichen Geldern leben, sei es von öffentlichen Märkten, Subventionen oder Vorzugskrediten usw.;

– Unternehmen, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft wesentliche Industriezweige kontrollieren (technisches Niveau, internationaler Warenaustausch, regionale Bedeutung usw.);

– die Hauptzentren kapitalistischer Akkumulation, die den größten Teil,

oft sogar die Gesamtheit bestimmter Produktionszweige beherrschen und die Konkurrenz auf einige Mammutfirmen beschränken". Die Bereiche Bodenschätze, Rüstung, Raumfahrt, Flugzeugbau, Kernenergie und die pharmazeutische Industrie sollen ausnahmslos, die chemische sowie die Elektroindustrie (vor allem der Computerbau) zum überwiegenden Teil nationalisiert werden: Bereiche also, in denen die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, gefördert noch durch eine massive staatliche Unterstützung für Unternehmensfusionen im Rahmen des V. Plans (1966–70), in den letzten 6 Jahren außerordentlich weit fortgeschritten ist und zu Konzernbildungen internationaler Größenordnung beigetragen hat. Um eben diese „monopolitischen Basen zu begrenzen und einzuschränken" und den „Fortbestand eines bedeutenden privaten Sektors" zu garantieren, ist für den Amtsantritt einer sozialistisch-kommunistischen Regierung die sofortige Enteignung von 15 marktbeherrschenden Unternehmensgruppen vorgesehen, wobei für die Entschädigung der Aktionäre eine „gerechte", freilich nicht näher bezeichnete Lösung gefunden werden soll.

Nationalisierung darf nach der Auffassung des Programms nicht mit Verstaatlichung verwechselt werden. Die nationalisierten Unternehmen sollen in ihrer Leitung autonom sein und – bei vorgegebenen Zielen des Plans (!) – ihr Produktionsprogramm, ihr Budget, ihre Absatzmärkte sowie ihre Beziehungen zu anderen (auch privaten) Unternehmen selbst bestimmen. „Die Kontrolle des Staates, vor allem der Nationalversammlung, über ihre Wirtschaftsführung findet a posteriori statt".

Die Demokratisierung der Betriebe umfaßt: ein neues Arbeitsrecht, umfangreiche Erweiterung der Kontroll- und Informationsrechte der Belegschaften über alle „wesentlichen Aspekte" der Unternehmensführung sowie eine verstärkte Verankerung der Gewerkschaften (aber auch der politischen Parteien) auf allen Betriebsebenen.

Demokratische Planung schließlich, die den Rahmen für den nationalisierten Sektor abstecken soll, beinhaltet: dezentralisierte Ausarbeitung unter „breitester Beteiligung der Werktätigen und der Bevölkerung". Gerade der Abschnitt zur Demokratisierung der Wirtschaft läßt freilich die wirklich relevanten Fragen gar nicht erst aufkommen. Die geplante Enteignung einer Handvoll Monopolisten scheint offensichtlich zu genügen, um nicht mehr über Ausbeutung, Entfremdung, Profitmotiv, Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion etc. reden zu müssen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die inflationistischen Willensbekundungen zur Demokratisierung allüberall unglaubwürdig. Oder kann bezweifelt werden, daß bei Fortbestehen des bloß um seine monopolistischen ‚Auswüchse' beschnittenen Kapitalismus die angestrebte „tiefgreifende Reform" der Leitungs- und Kontrollstrukturen, die ohnehin nur für den nationalisierten Sektor Geltung haben werden, kaum mehr bedeuten kann als die Gewährung bescheidener Kontroll- und Informationsrechte über vorgegebene, von der ohnehin allwissenden Avantgarde gefällte und deshalb höchstens partiell modifizierbare Entscheidungen: sowohl in Hinblick auf die Produktions-, Investitions- und Entwicklungsprogramme der Unternehmen, als auch hinsichtlich der Bestimmung der Ziele der nationalen Wirtschaft: „Ziel der demokratischen Planung ist die Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse. Sie sichert das durchgängige Funktionieren der Volkswirtschaft" (!?)

Betont vage hier das Programm: „Besteht bei den Arbeitern des Unternehmens der Wunsch und erlaubt es die Struktur des Unternehmens (!), so wird deren Mitwirkung bei der Leitung und Führung des Unternehmens neue Formen annehmen – welche die Sozialisti-

sche Partei im Rahmen der Selbstverwaltung (autogestion) und die Kommunistische Partei in der ständigen Weiterentwicklung der demokratischen Leitung (gestion démocratique) sieht. Diese Formen werden durch Übereinkommen zwischen der demokratischen Regierung, der Direktion des betreffenden Unternehmens und den Gewerkschaften festgelegt".

An dieser Stelle wird auch sichtbar, daß die kontroversen Standpunkte in dieser zentralen Frage, wie sie schon den separaten Programmen der KPF (1971) und der PS (1972) zutage traten, bestehen geblieben sind. Zweifellos wird die Kritik seitens der Gewerkschaften (vor allem der sozialistischen CFDT) hier ansetzen müssen, wie sie überhaupt ihre eigene Rolle im Programm ziemlich vage definiert finden. Besonders das Verhältnis zu den Parteien bedarf einer Klärung, wollen die Gewerkschaften sich nicht – wie etwa das Verhältnis der CGT zur KPF schon heute belegt – zu bloßen Vollzugsorganen der politischen Instanzen degradieren lassen.

Auch die übrigen Abschnitte des Wirtschaftsprogramms, die sich mit der Industrie-, Agrar-, Mittelstands- und Handelspolitik sowie mit den Komplexen Steuern und Finanzen befassen, sind problematisch genug, ohne daß hier darauf eingegangen werden könnte. Nur ein Beispiel sei hier noch erwähnt, weil es mit seltener Deutlichkeit die illusionären Annahmen charakterisiert, die diesem Programm zugrunde liegen. Es genügt an die Erfahrungen der Volksfrontregierung von 1936 zu erinnern, um sich vorzustellen, vor welche Probleme eine Linksregierung in besonderem Maße gestellt wäre im Kampf gegen Inflation und Kapitalflucht. Das Patentrezept des Programms: „Von Anfang an wird die Regierung strenge Maßnahmen ergreifen und eine verstärkte Kurskontrolle ausüben, dabei sich stützend auf den nationalisierten Sektor (und an erster Stelle auf den Banksektor). Die Spekulation gegen das Geld wird ein Vergehen sein, das durch das Gesetz bestraft wird" (!) – Spekulation also, begriffen nicht einmal als Moment der „inhumanen Logik des monopolistischen Kapitalismus" (G. Marchais), sondern als kriminellen Akt. Fürwahr, ein bemerkenswertes Indiz für das theoretische Niveau der Programmredakteure! Die Grenzen dieser „technischen" Bewältigung der Spekulation sind ohnedies offenkundig – und nicht erst seit den Währungskrisen der letzten zwei Jahre –, ganz abgesehen davon, welch riesenhaften bürokratischen Apparat sie zur Voraussetzung hätte. Das Programm gibt sich da zuversichtlich: „Die Unterstützung des Volkes wird die erste Bedingung der Verteidigung des Geldes gegen die Spekulation sein."

Der dritte Programmabschnitt gilt der politischen Demokratie, der Demokratisierung der Institutionen. Daß die hier dargelegten Absichtserklärungen mit wenigen Ausnahmen auch in anderen Wahlprogrammen zu finden sind, ist gewiß kein Zufall. Vor dem Hintergrund des Buhlens um die parlamentarische Macht sind Garantie und Erweiterung der individuellen Freiheiten, einschließlich der Einführung eines vom Parlament bestellten Ombudsmans; die Anerkennung des Parteienpluralismus, die Achtung der Legalität um jeden Preis und schließlich die auch nicht zufällig in den Pressekommentaren besonders herausgestellte Respektierung der parlamentarischen Spielregeln bis hin zur Bereitschaft, bei einem für die Linken ungünstigen Wahlergebnis wieder in die Opposition zu gehen, mehr oder minder als Konzession an die potentiellen Koalitionspartnern unter den (noch) nicht sozialistisch-kommunistischen „Opfern der Monopole" zu werten. Von einer Infragestellung des Staates und seiner Grundlagen keine Spur; Auswechseln des Führungspersonals und ein paar Korrekturen an der Verfassung der V. Republik (etwa Beseitigung des Ermächtigungsartikels 16 u. a. m.) scheinen offensichtlich zu genügen.

Die Konzessionsbereitschaft endet freilich bei den Gruppen, die die kommunistisch-sozialistische Strategie als reformistisch, das Demokratisierungsgefasel als elende Roßtäuscherei, als Verrat an der Arbeiterklasse zu entlarven suchen, bei den ‚Linksradikalen' (gauchistes) also. Daß die Verketzerung der Gauchistes als unerfahrene, ungeduldige, meist der Bourgeoisie entstammende newcomers in den sozialen Kämpfen, die im Grunde antikommunistisch seien, weil sie die Massenaktion der Lohnabhängigen durch Aktionen von Minoritäten ersetzten und die Notwendigkeit von Allianzen der Arbeiterklasse mit anderen Volkskräften negierten und diese damit isolierten (so die Argumentation des CGT-Sekretärs und KPF-Politbüromitglieds Henri Krasucki in: Le Monde vom 13. 6. 72) – daß diese Verketzerung sogar in dem Programm sich niedergeschlagen habe, dafür gibt es nach Ansicht etwa der Marxisten-Leninisten (Maoisten) zwingende Beweise. Zwar gebe es Anerkennung der Pluralität der Parteien und ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung, zugleich sehe das Programm aber vor: Unterdrükkung aller Bewegungen, die bewaffnete Gewalt gebrauchen oder dazu aufrufen. Hier werde klar, wer die wirklichen Feinde dieser revisionistisch-sozialistischen Koalition seien: nicht die kapitalistischen Ausbeuter, die tagtäglich Gewalt praktizieren, sondern die Massen, die sich dagegen notwendigerweise gewaltsam wehren. Den Sozialisten und Revisionisten Unterstützung gewähren hieße, eine Regierung an die Macht zu bringen, ähnlich arbeiterfeindlich wie die polnische, die auf streikende Arbeiter schießen ließ (vgl. dazu L'Humanité rouge № 155 v. 13. 7. 1972). Wie gerade die KPF law-and-order gegenüber Abweichlern zu garantieren denkt, denen die Zugehörigkeit zur revolutionären Bewegung pauschal abgesprochen wird, dafür ist nicht zuletzt der Ende Juli veröf-

KPF über die Prozesse in der CSSR

Aus der Erklärung des Politbüros vom 28. 7. 72

Ausgangspunkt für die Argumentation des Politbüros sind folgende Sachverhalte: 1. Die Zusicherung der Führung der KPČ gegenüber dem KPF-Politbüromitglied Roland Leroy vom Februar 1972, daß es keine Prozesse oder Verhaftungen wegen oppositioneller Meinungen geben und die sozialistische Legalität peinlichst gewahrt werde; 2. Die Prinzipienerklärung über die hervorragende Bedeutung der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Demokratie, wie sie von der KPF, der KPČ und den 73 anderen Kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Moskauer Konferenz im Juni 1969 beschlossen worden sei. Zu den Informationen der KPČ, den bisher Angeklagten und Verurteilten seien „antisozialistische Aktivitäten" zur Last gelegt worden, bemerkt die Erklärung:

„Wenn antisozialistische Kräfte, von innen wie von außen, zu wirklich subversiven Mitteln greifen, ... zu Gewalt und Sabotage, ist es richtig und notwendig, daß sie die Härte des Gesetzes erfahren. Das neue Regime muß die Errungenschaften der Arbeiter gegen solche Umtriebe des Klassenfeindes verteidigen. Die Arbeiter bei uns wie in der ganzen Welt wissen aus Erfahrung, daß die Bourgeoisie nicht zögert, alle Mittel einzusetzen bei dem Versuch, ihre Privilegien wiederzuerobern ..." (Wer könnte im Hinblick auf die unaufhörliche Bedrohung durch die Reaktion die Abwehrmaßnahmen der Regierung Allende mißbilligen?)

„Aus den Informationen, über die wir verfügen, geht nun nicht hervor, daß die laufenden Prozesse in der ČSSR auf Aktivitäten dieser Art abzielen. Handelt es sich aber um eine politische und ideologische Opposition, glauben wir, daß das Mittel eines intensiven politischen und ideologischen Kampfes, ... gestützt auf die Arbeiter und die Volksmassen, geeigneter ist, um die Gegner des Sozialismus zu bekämpfen und zu isolieren." (Was auf den ersten Blick plausibel zu sein scheint ‚entpuppt sich spätestens mit dem letzten Satz als kalkuliertes Ablenkungsmanöver. Der Versuch, sich von den Prozessen zu distanzieren durch Empfehlung geeigneterer politischer Kampfmethoden, ist irreführend. Denn: Nicht um irgendeine, im Text vage als „politisch und ideologisch" umschriebene Opposition handelt es sich, sondern um tschechoslowakische Kommunisten, die die Fehlentwicklungen unter dem Novotny-Kurs durch eine strukturelle Demokratisierung der Partei und alternative Ansätze für den Aufbau des Sozialismus in der ČSSR zu überwinden suchten. Eben diese Opposition, die derzeit durch die Prozesse ausgemerzt werden soll, wird auch hier – und das macht die eigentliche Problematik der KPF-Erklärung aus (vgl. dazu auch die nachstehende servile Vertrauensbekundung gegenüber der Gesamtpolitik der KPČ) – pauschal als „Gegner des Sozialismus" abgestempelt.)

„Ausgehend von diesen Überlegungen, die für uns von prinzipiellem Wert sind, erklärt schon im Dezember 1968 das Manifest unserer Partei ‚Für eine fortschrittliche Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich' im Hinblick auf die Haltung, die wir in einem sozialistischen Frankreich einzunehmen gedenken:

‚Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, gewerkschaftliche Freiheiten und Streikrecht werden nicht nur in die Verfassung geschrieben, wie es bei der gegenwärtigen Verfassung der Fall ist. Die sozialistische Demokratie wird die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit alle – im Rahmen der Legalität – diese Rechte und Freiheiten effektiv ausüben können, die parallel laufen mit der Entfaltung der Initiative der Massen und der Persönlichkeit des Individuums. (...)

In einem sozialistischen Frankreich werden die Rechte der Minoritäten respektiert, wenn sie sich, entsprechend demokratischer Regel, im Rahmen der Legalität bewegen, wie sie von der Mehrheit geschaffen wurde (...) Soweit wie möglich wird die Arbeiterklasse immer gewaltfreien Methoden des Kampfes – Überzeugung und Erziehung – den Vorzug geben. Aber sie wird auch nicht zögern, auf Zwangsmaßnahmen zurückzugreifen, falls die antisozialistischen Kräfte selbst Subversion und Gewalt anwenden (...)'" (Von diesen Prinzipien habe sich die KPF auch bei der Ausarbeitung des gemeinsamen Regierungsprogramms leiten lassen.)

„Wohlverstanden: unser Bekenntnis zu den gerade genannten Prinzipien und die Einschätzung, daß wir uns veranlaßt sehen können, die Aufmerksamkeit auf einen – von uns für falsch gehaltenen – Aspekt des Aufbaus des Sozialismus in einem bestimmten Land zu lenken, wird uns nie und nimmer dazu verleiten, den Feind daraus ein Argument gegen den Sozialismus selbst ziehen zu lassen, gegen die gesamte Tätigkeit dieser kommunistischen Partei dieses Landes im Dienste der Arbeiterklasse und der Nation. Wir werden im Gegenteil entschlossen den Kampf fortsetzen gegen die Kampagnen, die die Reaktion unaufhörlich gegen die sozialistischen Länder führt, in dem sie deren wirkliche Lage maßlos entstellt ..."

(Zusammenfassungen und Kommentierung in Klammern von der „links"-Redaktion.)

fentlichte Protest gegen die Prager Prozesse höchst aufschlußreich, weil er ahnen läßt. was die französische Linke extra ecclesiam von einer Machtübernahme durch KPF und PS zu gewärtigen hat. Über der bloßen Tatsache des Protests ist freilich außer Sicht geraten, daß in der Motivierung das wirkliche Problem, nämlich das der Möglichkeit divergierender Auffassungen über den Aufbau einer sozialistischen

Kampftruppe französischer Faschisten dpa

Gesellschaft, eskamotiert wird. Dafür wird auf die antisozialistischen Minoritäten abgehoben. Indem die KPF die Repression in der CSSR zwar nicht verschweigt, das Ausmaß aber zu verkleinern sucht; indem sie gleichzeitig die Zugehörigkeit der Angeklagten und Verurteilten zum Kreis der sozialismusfeindlichen Kräfte bestätigt, gerät sie in bedenkliche Nähe der tschechoslowakischen Thesen. Nur die Methode des Kampfes gegen diese Kräfte wird in Frage gestellt. Aber selbst diese punktuelle Kritik wird noch relativiert, wenn im gleichen Atemzug der Politik der KPC, „die ja im Dienste der Arbeiterklasse und der Nation" handele, im allgemeinen das Vertrauen ausgesprochen wird.

Der außenpolitische Teil des Programms erschöpft sich im wesentlichen in den üblichen Gemeinplätzen: Ja zum Frieden, zu den Bemühungen um kollektive Sicherheit und allgemeine Abrüstung, zur Auflösung der Militärblöcke usf. – Ja aber auch zu einer ‚nationalen Verteidigungspolitik', wenngleich ohne force de frappe und ohne Wiedereingliederung in die Nato, aber doch unter Respektierung bestehender Allianzen. Sollte die sozialistisch-kommunistische Regierung je Wirklichkeit werden, dürfte man besonders gespannt sein, auf die in diesem Zusammenhang angekündigte Militärstrategie und die sicher nicht weniger ‚demokratisch' drapierte Reorganisation der Streitkräfte.

Die Auslassungen des Programms zur EWG lassen keinen Zweifel mehr, daß auch die KPF ihre lange Zeit und bisweilen auch unter vehement nationalistischen Vorzeichen (Warnung vor der Marshallisierung Europas; vor der Bedrohung der nationalen Existenz durch die Herrschaft der internationalen Monopole) verfochtene radikale Ablehnung der europäischen Integration längst evidiert hat. Teilnahme am Aufbau der Gemeinschaft, heißt jetzt die Parole, Befreiung der EWG von der Beherrschung durch das Großkapital über eine Revision der römischen Verträge, Demokratisierung ihrer Institutionen. Gleichzeitig: Wahrung der nationalen Handlungsfreiheit, notfalls durch Rückgriff auf die Einstimmigkeitsklausel (praktisch: Vetorecht) in Art. 235 (Röm. Vertrag) – die Parallele zur gaullistischen Europapolitik ist bemerkenswert.

Nach diesen wenigen Überlegungen dürften Spekulationen über Glaubwürdigkeit, Handlungsfähigkeit und Erfolgsaussichten einer potentiellen Linksregierung ebenso überflüssig sein wie die Versuche, durch punktuelle Korrekturen die Schwäche(n) des Programms zu beseitigen. Ein Programm, das sich zum Hüter kapitalistischer Legalität aufwirft, das die Enteignung der Monopole in die Hände des Parlaments legt, das – unter tunlichster Vermeidung aller einem positiven Wählerimage vermeintlich abträglichen Hinweise auf so garstige Dinge wie Revolution und Klassenkampf – eine Union der Arbeiterklasse mit allen ‚Werktätigen' und den übrigen ‚demokratischen' Schichten der Bevölkerung vorzugaukeln sucht (tatsächlich aber gerade die vielberufene Arbeiterklasse gegenüber den wahren Marxisten-Leninisten der Avantgardepartei längst zur bloßen Staffage verkommen ist) – ein solches Programm bietet nicht einmal Ansätze zu einer Strategie der Transformation einer hochindustrialisierten kapitalistischen Gesellschaft.

Dennoch: Schon die ersten Reaktionen verschiedener parteilicher und gewerkschaftlicher Organisationen lassen erkennen, welche Sogwirkung das Programm gerade auch auf Gruppen auszuüben vermag, die bisher den Einigungsbemühungen der beiden Parteien skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüberstanden. Selbst die bislang äußerst kritische CFDT scheint sich dem nicht entziehen zu können. Nach den Worten des CFDT-Generalsekretärs Edmond Maire stellt das Programm ein bedeutendes politisches Faktum dar; es kläre die politische Diskussion, markiere die Trennungslinie zwischen rechts und links, zwischen Kapitalismus und Antikapitalismus. Dabei werde sich die CFDT, auch wenn sie als Gewerkschaft eine bedingungslose Unterstützung der von den politischen Parteien ausgehandelten Vereinbarungen nicht gewähren könne, selbstverständlich auf die Seite derer schlagen, die für die Forderungen des Volkes kämpfen. Einzig die PSU, die M-L (Maoisten), die trotzkistische Ligue communiste u. a. bleiben bei ihrem kompromißlosen Nein. Da diese Gruppen durch interne Fraktionskämpfe handlungsunfähig sind, dürften selbst die erkennbaren, vereinzelten Ansätze zu alternativen Strategien praktisch folgenlos bleiben. Daß von dieser Seite keine Gefahr droht, scheint auch die KPF–PS-Koalition längst begriffen zu haben. Sie hat inzwischen andere Adressaten gefunden, denen sie die Realisierbarkeit ihres Programms glaubhaft zu machen sucht. Der aus dem bürgerlichen Lager vorgebrachte, allzu durchsichtige Hinweis auf die exorbitanten Kosten des Reformprogramms (nach einer sozialistischen Berechnung rund 25 Milliarden Francs für die ersten beiden Jahre) wird bisweilen mit höchst fragwürdigen cost-efficiency-Rechnungen beantwortet (inkl. Prognosen über nie dagewesene Rekordwachstumsraten der Wirtschaft und Bekenntnissen zu einer die internationale Wettbewerbsfähigkeit mit Vorrang berücksichtigenden Preispolitik etc.), was vielleicht noch mehr als der gelegentlich mystifizierende Wortlaut des Programms Klarheit verschafft, welchen Imperativen (Sachzwängen?) eine sozialistisch-kommunistische Regierung Rechnung zu tragen gedenkt. (Vgl. dazu etwa den Beitrag „Eine neue Logik des Wachstums" des PS-Sekretärs Jean-Pierre Chevènement in: Le Monde v. 25. 7. 1972.)

SOAK

Sozialistische Aktion
305 Wunstorf · Postf. 321

Schulungsmaterialien des Juso Bezirks Hannover:

Thesen zur Strategie des Juso-Bezirks Hannover ____ (30 Pf)
Herrschaftsstruktur und Eigentumsverhältnisse in der BRD ____ (40 Pf)
Die Macht der Konzerne I ____ (50 Pf)
Die Sozialstaatsillusion ____ (40 Pf)
Zur Kritik des Reformismus ____ (50 Pf)
Leninismus – Syndikalismus ____ (20 Pf)
Die Macht der Konzerne II ____ (60 Pf)
KORSCH, Einführung in den Marxismus ____ (60 Pf)
HUFFSCHMID, MANDEL, Zur Lage der Arbeiterklasse in der BRD ____ (80 Pf)
Thesen zur Strategie, Juso - Bundeskongreß Hannover 1971 ____ (30 Pf)

Alle Schulungspapiere mit Ringordner ____ (7,- DM)

Wegen schlechter Zahlungsmoral sind wir leider gezwungen, ausschließlich gegen Voraus-Rechnung zu liefern.

Reihe Gewerkschaften

Bd. 1
Kommunismus und kommunistische Gewerkschaften
von Arthur Rosenberg
30 Seiten, Preis: 1,50

Bd. 2
Marxismus und die Gewerkschaftsfrage
von Karl Korsch
Rote Gewerkschaftsinternationale
von Salemon Schwarz
60 Seiten, Preis: 3,20

Bd. 3
Systemkonforme Gewerkschaften?
von Ernest Mandel
30 Seiten, Preis: 1,50

Bd. 4
Partei und Gewerkschaft
Eine Untersuchung zur Geschichte der Hegemonie der Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung
von Heinz Langerhans
60 Seiten, Preis: 3,20

Bd. 5
Marx und die Gewerkschaften
Die Gewerkschaft im theoretischen System von Karl Marx
von N. Auerbach
170 Seiten, Preis: 6,–

Bd. 6
Die deutschen Gewerkschaften
Ihre Geschichte und politische Funktion
von Wolfgang Abendroth
104 Seiten, Preis: 4,–

Bd. 7
Sozialismus und Gewerkschaften
von Max Adler
180 Seiten, Preis: 5,–
(in Vorbereitung)

Bd. 8
Die russischen Gewerkschaften
von W. Koch
(in Vorbereitung)

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Verlag:

Kollektiv-Verlag
1 Berlin 44 - Rollbergstr. 67

Die ägyptische Armee und die Ausweisung der sowjetischen Militärberater

Bassam Tibi

Sadat kann so lange sicher regieren, wie sich die Armee ihm gegenüber loyal verhält. Schließlich bekleidet er das höchste Amt in einem Militärregime. Die Loyalität des Verteidigungsministers General Sadek bietet der Position Sadats keinen ausreichenden Rückhalt. Sadat ist zu seiner Sicherung angehalten, Rücksicht auf die Interessen der ägyptischen Armee zu nehmen:

Die ägyptische Armee kann keinen Frieden wollen; ihr liegt daran, den Kriegszustand aufrechtzuerhalten, so sehr das ägyptische Offizierscorps sich auch darüber im klaren ist, daß ein erneuter Krieg gegen Israel eine weitere Niederlage und eine umfassende Katastrophe bedeutet. Aber ohne die Betonung eines bevorstehenden Krieges kann die ägyptische Armee ihre Existenz und ihre mannigfachen Privilegien, kann sie ihr Militärregime nicht rechtfertigen. Sie verlangt immer mehr Anteil am Volkseinkommen und stets modernere Waffensysteme. Im Jahre 1968 haben die ägyptischen Streitkräfte allein 12,5 % des Bruttoinlandproduktes für sich in Anspruch genommen; das ist der höchste Prozentsatz in ganz Afrika (1). Heute dürfte dieser Anteil noch größer sein. Diese Annahme stützt sich auf die Tatsache, daß der Umfang der ägyptischen Streitkräfte seither zugenommen hat. Booth beziffert die Stärke der ägyptischen Streitkräfte für das Jahr 1969 mit 213 000 Mann; diese Zahl beruht auf Schätzungen des Londoner Instituts für strategische Studien (2). Nach den neuesten veröffentlichten Angaben desselben Instituts umfassen die ägyptischen Streitkräfte nunmehr 275 000 Mann. „Die Armee besteht aus drei Panzerdivisionen, vier motorisierten Infanteriedivisionen, fünf Infanteriedivisionen, zwei Fallschirmjägerbrigaden, 16 Artilleriebrigaden und 20 Kommandobataillonen. Die Armee ist ausgerüstet mit etwa 2000 Panzern und einer gleichen Anzahl Artilleriegeschützen. Die ägyptische Marine besteht aus 14 000 Mann und hat zwölf U-Boote, fünf Zerstörer, zwei Korvetten, zehn U-Boot-Jäger und vier Minenräumer. Die 25 000 Mann starke ägyptische Luftwaffe besteht aus 523 Kampfflugzeugen, darunter 200 MIG-21-Abfangjägern und etwa 50 Bombern“ (3). Das Verteidigungsbudget betrug nach den Angaben von Booth im Jahre 1969 805 Mio. US-Dollar. Das heutige Budget dürfte entsprechend der großen Wachstumsrate der ägyptischen Streitkräfte weit höher liegen. Die Aufhebung des gegenwärtigen Kriegszustandes würde eine Reduzierung

des Verteidigungsbudgets bedeuten und den Einfluß und die Privilegien der Militärs beschneiden.

Im Jahr 1971 herrschte in Ägypten Sadats Parole vom „Jahr der Entscheidung“. Doch das Jahr 1971 verging, ohne daß der angekündigte Krieg eintraf. Sadat rechtfertigte dies mit dem Hinweis auf den indisch-pakistanischen Krieg, der eine ungünstige strategische Situation geschaffen habe und ihm keine Kriegserklärung erlaubte. Inzwischen kursiert in Ägypten der Witz vom 32. Dezember als Kriegsbeginn. Gewiß hat Sadat durch sein Lavieren die Armee zu fürchten. Durch Truppenverschiebungen und Versetzungen versucht er, einem Coup gegen sich vorzubeugen. In der Frankfurter Rundschau schrieb Eduard Thomas aus Kairo dazu: „Wer gestern noch eine Kompanie oder ein Bataillon am Kanal befehligte, findet sich morgen – getrennt von den ehemaligen Kameraden – etwa an der Grenze Sudans wieder. So sucht man die Bildung eines festen Kerns von potentiellen Putschisten zu verhindern. Die Armee ist ständig auf Reisen; sie hat keine Zeit, um einen Umsturz zu planen“ (4). Auch sorgt das Regime dafür, nachdem es mehrmals zu Massenunruhen gekommen ist, daß keine großen Menschenansammlungen stattfinden; so wurden z. B. sämtliche Fußballspiele verboten und alle großen Sportstadien geschlossen (5).

Die rechten Kreise um die entmachteten Politiker Muhieddin und Baghdadi bleiben indes aktiv. Sie bestreiten Sadats Autorität und hoffen darauf, an dem durchaus möglichen Tag „einsatzfähig zu sein, an dem die Armee des unentschiedenen Lavierens und der unfruchtbaren Kampfrhetorik Sadats dermaßen überdrüssig sein wird, daß sie sich nach einem neuen Präsidenten und einem neuen politischen Kurs umsieht“ (6).

In der Außenpolitik pflegte das Sadat-Regime bis zur Ausweisung der sowjetischen Militärberater im Juli 1972 die bisherigen engen Beziehungen zur Sowjetunion, die freilich ohne innenpolitische Konsequenzen blieben, zumal es der Sowjetunion entgegen den Beteuerungen nicht so sehr darauf ankommt, daß Ägypten ein sozialistisches Land wird, als vielmehr darauf, die strategische Schlüsselposition, die Ägypten in der sowjetischen Orient- und Afrika-Politik einnimmt, zu bewahren (7). Allein schon diese Politik läßt den sozialistischen Charakter der sowjetischen Außenpolitik fragwürdig erscheinen. Die Sowjetunion hat den Folgen der Machtverschiebung von 1971 in Ägypten dadurch vorgebeugt, daß der sowjetische Präsident Podgorny unmittelbar nach den Ereignissen nach Ägypten flog und Sadat einen fünfzehn Jahre lang gültigen, unkündbaren „Freundschaftsvertrag“ (8) unterzeichnen ließ; damit sollte die nach der Entmachtung des Funktionärsflügels (die Gruppe um Ali Sabri) möglich gewordene außenpolitische Änderung, d. h. die Öffnung Ägyptens nach den USA hin, in Grenzen gehalten werden. Es kümmerte die Sowjetunion offensichtlich wenig, daß gerade seinerzeit die Moskau-orientierten Kommunisten Ägyptens Opfer einer breiten Verfolgunskampagne waren. Sadat hat im Rahmen seiner „Säuberungswelle“ unmittelbar nach seinem Sieg über die Ali-Sabri-Gruppe die prosowjetischen Kommunisten aus den Schlüsselpositionen im Staats- und Parteiapparat entfernen lassen. Einige führende Kommunisten blieben allerdings unbehelligt und durften ihre Positionen behalten: als Feigenblätter für das Regime und auch aus Rücksicht auf die Sowjetunion. Einige dieser etablierten prosowjetischen Kommunisten durften sogar an dem vom al-Ahram-Verlag im Juni 1972 organisierten Seminar teilnehmen, das unter dem Thema stand: „Die Rolle der Sowjets in Ägypten“. Der Chefpropagandist des al-Ahram-Verlages: Haikal, die al-Ahram-Redakteure und die Vertreter des ägyptischen Auswärtigen Amtes vertraten die Meinung, die Sowjets hätten im mittleren Osten eine defensive Haltung eingenommen, die nicht zur Beseitigung des Zustandes „Weder Krieg noch Frieden“ beitrage; sie plädierten dafür, „freundschaftlichen Druck“ auf die Sowjetunion auszuüben, um mehr Hilfe von ihrer Seite zu bekommen. Dagegen meinten die anwesenden prosowjetischen ägyptischen Kommunisten, die Sowjetunion könne dazu bewegt werden, ihre Defensivhaltung aufzugeben, wenn sie mehr Präsenz in Ägypten bekäme. Lifte al-Khuli, der Chefredakteur der Indoktrinationszeitschrift at-Tali'a, die ebenso im al-Ahram-Verlag erscheint, erklärte als Vertreter dieser Richtung, „die Position der Sowjetunion in Ägypten sei ‚nicht stark genug'; daher sehe sich Moskau nicht dazu veranlaßt, die ägyptischen Interessen mit seinen eigenen gleichzusetzen und sie dementsprechend energisch zu vertreten“ (9). Die Vertreter des Militärregimes waren sich auf diesem Seminar darüber einig, daß die Lösung des „Nahost-Konfliktes“ in den Händen der Großmächte liegt. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß Nasser seinerzeit, 1970, den amerikanischen Rogers-Plan, der eine dreimonatige Waffenruhe und Verhandlungen unter der Aufsicht des UN-Beauftragten Jarring vorsah, nur unter sowjetischem Druck akzeptierte (10).

Die ägyptische Führung hat inzwischen erkannt, daß die Zeiten der Schaukelpolitik, die nur unter Ausnutzung der bestehenden Systemkonkurrenz zwischen den beiden Weltsupermächten USA und SU möglich war, vorbei sind. Durch die militärische Präsenz der Sowjetunion in Ägypten war das Militärregime in seinen Entscheidungen gebunden, und es hing von der Sowjetunion ab, wie und in welchem Maße der Wiederaufbau der ägyptischen Streitkräfte erfolgt, nachdem das ägyptische Militärpotential im Sechs-Tage-Krieg von 1967 zerstört worden war. Mit der Ausweisung der sowjetischen Militärberater aus Ägypten strebte das Militärregime einerseits eine Öffnung nach den USA hin an, und zum anderen hoffte es, mit dieser Maßnahme die Sowjetunion zwingen zu können, mehr Waffen und vor allem Offensivwaffen zu liefern. Dem Zustand „Weder Krieg noch Frieden“ (11) sollte mit dieser Politik ein Ende gesetzt werden.

Die Ausweisung der sowjetischen Militärberater kam nur für den Laien überraschend. Denn die Propaganda der ägyptischen und der sowjetischen Massenmedien konnte den aufmerksamen Beobachter der Verhältnisse nicht über die bestehenden Konflikte hinwegtäuschen (12). Das erwähnte al-Ahram-Seminar über die sowjetisch-ägyptischen Beziehungen war das erste Indiz für die öffentliche Problematisierung dieser Konflikte. Heute, nach dem Bekanntwerden vieler Einzelheiten, weiß man, daß das

ägyptische Militärregime – zumal nach den immer aussichtsloser werdenden Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts durch die Vermittlung des UN-Beauftragten Jarring – der Sowjetunion schon mehrmals mit der Ausweisung seiner Berater gedroht hat für den Fall, daß die sowjetische Führung sich nicht dazu entschließen kann, Offensiv-Waffensysteme an Ägypten zu liefern. Diese Drohungen, die Sadat schließlich auch selbst in Moskau vortrug, sind so häufig ausgesprochen worden, daß die sowjetische Führung sie nicht mehr ernst nahm. So mußte die Umsetzung der Drohungen in die Praxis die Sowjetunion überraschen. Die Maßnahme war nicht eine einsame Entscheidung Sadats: sie kam auf Druck des Militärs zustande (13). Obgleich Sadat und die ägyptischen Offiziere bisher Einzelheiten über den Konflikt veröffentlichten, scheint die Sowjetunion nicht zugeben zu wollen, daß ein solcher Konflikt überhaupt besteht. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS sprach davon, daß die sowjetischen Berater ihre Aufgabe, ägyptischen Offizieren die Handhabung der neuen Waffen beizubringen, nun abgeschlossen hätten und deshalb in ihre Heimat zurückkehrten (14). Die sowjetische Führung ging in ihrer Verschleierung soweit, gerade jetzt die „sowjetisch-ägyptische Freundschaft" zu loben und für ihre Fortsetzung zu plädieren (15).

Am 18. Juli 1972 hatte Sadat vor dem ZK der ASU zunächst eine Drei-Punkte-Erklärung abgegeben, die das Etikett trug: „Die objektive Stellung gegenüber dem Freund, in der jeder sein Recht bekommt" (16). Sadat gab kund, daß 1. die Mission der sowjetischen Berater und Militärinstrukteure in Ägypten beendet sei und 2. alle von der Sowjetunion installierten militärischen und sonstigen Einrichtungen Eigentum Ägyptens seien und von den ägyptischen Streitkräften geleitet würden; 3. forderte er die Sowjetunion auf, im Rahmen des ägyptisch-sowjetischen Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit über die weitere Entwicklung zu beraten. Erst in seiner Rede vom 24. Juli 1972 vor dem Nationalkongreß der ASU anläßlich des 20. Jahrestages der „ägyptischen Revolution" ging Sadat über diese lapidaren Formulierungen hinaus und stellte den Konflikt mit der Sowjetunion ausschweifend dar. Auf Popularität bedacht, bediente Sadat sich in dieser Rede (17) der vulgärarabischen ägyptischen Dialektsprache, um bekanntzumachen, daß die Konflikte auf den März 1971 zurückgehen, als Sadat nach seiner Nominierung zum Präsidenten insgeheim die Sowjetunion besuchte und den Wunsch der ägyptischen Militärs vortrug, die Sowjetunion möge endlich Offensiv-Waffensysteme an Ägypten liefern. Seitdem hätten die Sowjets versucht, Zeit zu gewinnen, und eine Entscheidung stets hinausgeschoben, zuletzt mit der Begründung, Ägypten solle sich gedulden, bis Nixon seinen Moskau-Besuch absolviert habe und die Sowjets die amerikanische Einstellung zur Räumung der von Israel besetzten Gebiete genau kenne. Natürlich war Sadat auch in dieser Rede trotz aller Kritik an der Sowjetunion zurückhaltend, denn der Abzug der Militärberater bedeutet nicht, daß die Bindung Ägyptens an die Sowjetunion damit aufgehoben sei. Nach den Informationen der stets gut informierten Neuen Zürcher Zeitung hat das Militär Sadat aufgefordert zu handeln, nachdem die sowjetisch-amerikanischen Gespräche nichts in Bezug auf den „Nahost-Konflikt" erbracht haben. Der Zustand von „weder Krieg noch Frieden" erschien ihnen nicht länger tragbar. Die Neue Zürcher Zeitung betont, „daß die Unzufriedenheit der ägyptischen Offiziere mit ihren russischen Mentoren entscheidend hinter dem Entschluß Sadats stand. Schon im Januar hatte General Sadek, der Oberbefehlshaber der Armee, die Rückberufung des Chefs der russischen Militärberater, des Generals Okuniew, gefordert, weil er mit den ‚ungenügenden Waffenlieferungen' unzufrieden war und weil Okuniew sich taktlose Scherze über die ägyptischen Offiziere erlaubt hatte. ... Jedenfalls hat General Sadek auf beträchtliche Unzufriedenheit und Unruhe unter den Offizieren hinweisen können, als er beim Präsidenten darauf drang, daß die Russen heimkehren müßten. Und die Machtverhältnisse sind in Ägypten so, daß Sadat einem nachdrücklich vorgebrachten Wunsch Sadeks schwerlich widerstehen konnte" (18).

Wir wollen uns hier nicht auf Spekulationen über den weiteren Verlauf des Konflikts zwischen dem ägyptischen Militärregime und der Sowjetunion einlassen. Fest steht jedoch, daß das ägyptische Militärregime es nicht wird durchsetzen können, von der Sowjetunion Offensiv-Waffensysteme zu bekommen. Die USA werden Israel nicht fallen lassen und können daher die Sowjetunion als Waffenlieferanten für Ägypten nicht ersetzen. Die Ausrüstung der ägyptischen Armee mit sowjetischen Waffen bleibt bestehen, und auf einen totalen Konflikt mit der Sowjetunion wird das ägyptische Militärregime es kaum ankommen lassen können, da spätestens in wenigen Jahren, wenn nicht schon in Monaten die ägyptischen Streitkräfte Ersatzteile für ihre Waffensysteme benötigen werden, die sie nur von der Sowjetunion bekommen können. Zweifellos ist auch mit der gegenwärtigen antisowjetischen Welle in Ägypten ein potentieller Sieg der Rechten und des alten Bürgertums (19) in Ägypten verbunden, was jedoch nicht bedeutet, daß die sowjetische Präsenz in Ägypten eine Garantie gegen einen solchen Sieg wäre.

Schon vor Beginn des Konfliktes mit der Sowjetunion hat das ägyptische Militärregime versucht, den sowjetischen Einfluß in Grenzen zu halten und die regionale Isoliertheit Ägyptens, die in den späten Jahren unter Nasser erfolgte, aufzuheben. In diesem Zusammenhang steht die Versöhnung Ägyp-

eva titel:

Neuerscheinungen

eva Allgemeines Buchprogramm

Armin Hegelheimer
Berufsausbildung in Deutschland
Ein Struktur-, System- und Reformvergleich der Berufsausbildung in der BRD und der DDR
102 Seiten, kartoniert DM 7,–

evareihe: »basis arbeitsergebnisse« basis

Hans-Ulrich Deppe
Industriearbeit und Medizin
Der werksärztliche Dienst
Ca. 196 Seiten, kartoniert ca. DM 10,–

evareihe: »basis studienausgaben« basis

Michael Vester
Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß
Zur Soziologie der Arbeiterbewegung
Veröffentlichungen des Psychologischen Seminars der TU Hannover
454 Seiten, kartoniert DM 12,–

evareihe: »Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht«

Hansgeorg Conert
Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik
Modell 18. Ca. 96 Seiten, kartoniert ca. DM 9,–

evareihe: »Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik«

Gianni Sofri
Über asiatische Produktionsweise
Zur Geschichte einer Streitfrage in der Kritik der Politischen Ökonomie
Aus dem Italienischen von Aldo Loiere und Bruno Schah
Ca. 168 Seiten, kartoniert ca. DM 15,–, Leinen ca. DM 22,–

evareihe: »Theorie und Geschichte der Politischen Bildung«

Barbara Schaeffer · Ursula Lambrou
Politische Bildung als Unterrichtsprinzip
Erfahrungen und Modelle in der Hauptschule
Ca. 120 Seiten, kartoniert ca. DM 9,–

Rolf Schmiederer
Zwischen Affirmation und Reformismus
Politische Bildung in Westdeutschland seit 1945
Ca. 180 Seiten, kartoniert ca. DM 15,–

59/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

tens mit den Maghreb-Staaten Algerien und Tunesien, mit denen es unter Nasser zu Konflikten gekommen war. Im Mai 1972 besuchte Sadat Algier. „Seit langer Zeit zum erstenmal wieder werden in dem Communiqué von Algier die Vorteile des Neutralismus unterstrichen, wie er auf den Kongressen von Bandung, Kairo und Lusaka ausgearbeitet worden sei" (20). Und in dem Communiqué, das nach Sadats Tunis-Besuch veröffentlicht wurde, wird dafür plädiert, daß „das Mittelmeer ein von Großmächterivalitäten freies ‚Meer des Friedens' werden sollte" (21). Solche Verlautbarungen kommen übrigens der Mittelmeerpolitik Frankreichs entgegen. Über die Maghreb-Staaten und Libyen und durch seine Sympathien für die arabische Position im „Nahostkrieg" versucht Frankreich, einen „Block der Mittelmeerländer" zu bilden, dessen Interessen mit denen der beiden Supermächten nicht vereinbar sein sollen (22).

In dieser Annäherung an Frankreich kommt auch der Konflikt zwischen den EWG-Ländern und den USA als Konflikt zwischen den imperialistischen Staaten selbst zum Tragen. Zwar wünschen das Sadat-Regime und seine arabischen Verbündeten eine Annäherung an die USA; dieser steht aber im Wege, daß die USA ihren Verbündeten Israel nicht fallen lassen würden. Frankreich nutzt diese Situation aus, um als EWG-Land in Ägypten und in anderen nordafrikanischen Ländern, in denen der Einfluß Frankreichs und der EWG ohnehin nicht gering ist, Fuß zu fassen.

Nicht nur hat Ägypten sich inzwischen in der Föderation Arabischer Republiken organisiert und abgesichert: denn die FAR ist aufgrund ihres Verfassungstextes und wie die Praxis zeigt eine Notstandsförderation (23), sondern das Sadat-Regime hat auch damit begonnen, die Kontakte Ägyptens zu den reaktionären arabischen Öl-Monarchien zu beleben. Es versucht – mit Erfolg –, von dort finanzielle Unterstützung zu erheischen, so z. B. von Saudi-Arabien, mit dem Ägypten neuerdings seine Politik sogar koordiniert (24). Allein der Irak blieb bisher außerhalb dieser heiligen Allianz arabischer Militärregimes und Monarchien, nicht weil dieses Land etwa progressiv wäre: es unterscheidet sich nicht substantiell von Ägypten, sondern wegen alter Rivalitäten noch aus der Zeit Nassers um die Führung in der arabischen Welt (25).

Ein Blick auf die Geschichte des ägyptischen Militärregimes seit seiner Entstehung 1952 zeigt, wie mager seine Errungenschaften sind. Noch nicht einmal ist die ägyptische Bevölkerung heute ausreichend medizinisch versorgt (26). Die Unzufriedenheit der Unterprivilegierten wächst, nachdem sich an ihrer gesellschaftlichen Stellung unter der zwanzigjährigen Militärherrschaft nichts Wesentliches verändert hat; für das Militärregime ergibt sich daraus freilich die Notwendigkeit, jeden Ansatz einer Opposition und jede Kritik an den bestehenden Verhältnissen bereits im Keime zu ersticken, will es nicht an seinem Untergang arbeiten. Neben den pseudo-religiösen, volkstümlichen Obskurantismen bedient sich das Militärregime in Ägypten ausgiebig seiner Unterdrückungsapparaturen, um die politische Stabilität zu wahren. Reicht die Verdummung der Bevölkerung nicht hin, um die Loyalität der abhängig gehaltenen Massen zu sichern, dann werden

Mit dem Koran gegen den Kommunismus dpa

die Geheimdienste aktiv, um Loyalität zu erzwingen und Störfaktoren eilends auszuschalten. Die im Lande künstlich aufgebaute Stabilität läßt sich trotz der offensichtlichen und großen Unzufriedenheit der Bevölkerung so lange aufrechterhalten, wie es keine effektive organisierte Opposition gibt, die dem Regime die Stirn bieten könnte. Lange Zeit haben die Moskau-orientierten ägyptischen Kommunisten mit ihren Rechtfertigungen des Nasserismus in „marxistischer" Terminologie und durch ihre Kollaboration mit dem Regime an der Deformation der linken Kräfte mitgearbeitet. Sie predigten für den Funktionärsflügel und nannten ihn ohne Scheu und bar jeder Analyse „sozialistisch". Jetzt ist dieser Flügel entmachtet, und keine der herrschenden Gruppen im Regime protegiert mehr die Moskau-orientierten Kommunisten in Ägypten. Denjenigen unter ihnen, die aus Rücksicht auf die Sowjetunion nicht in die Gefängnisse verschleppt wurden, wird nichts anderes zu tun bleiben, als sich loyal zum Regime zu verhalten und in der nun umorganisierten Staatspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) weiterhin als Feigenblatt für das Regime zu wirken. Andere organisierte politische Kräfte gibt es in Ägypten gegenwärtig nicht, die Muslimbruderschaften auf der Rechten ausgenommen. So wird die Geschichte Ägyptens auch künftig geprägt sein von den Machtkämpfen innerhalb der herrschenden mitilärisch-bürokratischen Schicht um die großen Privilegien und die Spitzenpositionen im Staatsapparat.

Wir können uns abschließend die Frage stellen, ob die politische und sozio-ökonomische Entwicklung Ägyptens wirklich davon zeugt, daß dieses Land progressiv ist, wie es die sowjetmarxistische Entwicklungstheorie suggeriert. Nach dieser Theorie befinden sich die Länder der Dritten Welt in einem Stadium, in dem sich als Alternative zum Status quo nur eine „nationaldemokratische Revolution" anbietet. In den Ländern, in denen diese nationaldemokratische Revolution ablaufe, sei ein „nichtkapitalistischer Entwicklungsweg" eingeschlagen worden, der auf lange Sicht zum Sozialismus führe. In der sowjet-marxistischen Literatur wird Ägypten stets als eines der Länder der Dritten Welt angeführt, die sich auf einer fortgeschrittenen Stufe der nationaldemokratischen Revolution und des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges befinden. So liest man in einem der wichtigsten sowjetmarxistischen Standardwerke über die Dritte Welt: „In der VAR (= Ägypten), in Burma und in einigen anderen Ländern werden tiefgreifende demokratische Umwälzungen vollzogen, die die Voraussetzungen für die spätere sozialistische Umgestaltung schaffen und häufig in Maßnahmen sozialistischen Charakters übergehen, die den Inhalt der sozialökonomischen Entwicklung und ihre Konsequenz immer stärker beeinflussen. Die Revolution, die in diesen Ländern als antiimperialistische und allgemeindemokratische Revolution begonnen hat, erfaßt allmählich die ökonomische, politische und ideologische Sphäre des gesellschaftlichen Lebens und wird vertieft, indem sie an die Eigentumsverhältnisse rührt, gesellschaftliche Wirtschaftsformen entwickelt und dabei von der antiimperialistischen in die antikapitalistische Revolution hinüberwächst" (27).

Die jüngste Entwicklung in Ägypten, so kann man es knapp formulieren, demonstriert die Fragwürdigkeit der Progressivität dieses Entwicklungslandes; sie führt die sowjetmarxistische Entwicklungstheorie beispielhaft ad absurdum.

Anmerkungen:

(1) Cf. die Angaben über die ägyptische Armee bei Richard Booth, The Armed Forces of African States 1970, London 1970, pp. 8 f., sowie die Tabellen auf pp. 25–27.
(2) Ibid., p. 8.
(3) Zit. nach Frankfurter Rundschau vom 4. 8. 1972.
(4) Eduard Thomas, „Seit Neujahr ist in Ägypten der 32. Dezember", in: Frankfurter Rundschau vom 15. 1. 1972.
(5) „Präsident Sadats Jahr der Entscheidung", in: NZZ vom 1. 1972, FA, Nr. 4.
(6) „‚Weder Krieg noch Frieden' in Ägypten", in: NZZ vom 31. 5. 1972, FA, Nr. 147.
(7) Cf. Robin Russ, Wary Partners: The Soviet Union and Arab Socialism, Adelphi Papers, Nr. 73, London 1970.
(8) Eine deutsche Übersetzung des Vertrags ist abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 16 (1971), H. 7, pp. 769–772; auch in: Neues Deutschland (Ostberlin) vom 28. 5. 1971.
(9) „Die Rolle der Sowjets in Ägypten", in: NZZ vom 6. 7. 1972, FA, Nr. 183.
(10) „Ägypten akzeptiert den Rogers-Plan", in: NZZ vom 25. 7. 1970, FA, Nr. 202.
(11) Diese Bezeichnung stammt von Haikal; cf. „Der Immobilismus im Nahen Osten, Eine Artikelserie Hassanein Heikals", in: NZZ vom 19. 7. 1972, FA, Nr. 196.
(12) Cf. „Ägyptens Probleme mit der Sowjetunion", in: NZZ vom 6. 7. 1972, FA, Nr. 153.
(13) „Halber oder ganzer Bruch mit Moskau? Entscheidende Rolle der Armee", in: NZZ vom 15. 8. 1972, FA, Nr. 223.
(14) „Sowjetische Stellungnahme zum Abzug aus Ägypten", in: NZZ vom 21. 7. 1972, FA, Nr. 198, sowie „Moskaus Reaktion auf Sadats Streich", in: NZZ vom 22. 7. 1972, FA, Nr. 199.
(15) „Kreml lobt Freundschaft mit Kairo", in: Frankfurter Rundschau vom 24. 7. 1972. Allerdings sah die Reaktion der Sowjetunion außerhalb des Bereiches der Massenmedien anders aus. So schrieb Breschnew einen scharfen Brief an Sadat, der diesen in Zorn versetzte. Breschnew lehnte auch ein Treffen mit Sadat ab; cf. „Ägypten sieht keine neuen Wege", in: Frankfurter Rundschau vom 18. 8. 1972.
(16) Der arabische Originaltext der Erklärung Sadats ist abgedruckt in: asch-Schabab al-'Arabi vom 24. 7. 1972, Bl. 1.
(17) Der Originaltext der Rede Sadats ist vollständig abgedruckt in: asch-Schabab al-'Arabi vom 30. 7. 1972, Bl. 1 und Bl. 3–4 und 7; cf. dazu auch die Berichterstattung: „Rede Sadats vor dem Parteikongreß", in: NZZ vom 26. 7. 1972, FA, Nr. 203; „Kairos Kurs nach dem Schlag gegen die Russen", in: NZZ vom 27. 7. 1972, FA, Nr. 204; „Diferenzen Moskau–Kairo seit 1971", in: Frankfurter Rundschau vom 25. 7. 1972.
(18) „Die ‚Mißverständnisse' zwischen Kairo und Moskau, Vorgeschichte und Hintergründe der Ausweisung der Sowjets", in: NZZ vom 18. 8. 1972, FA, Nr. 226. Obgleich Sadat auf die sowjetische Empörung über die Ausweisung der sowjetischen Militärberater, die der ägyptischen Führung in Form einer Botschaft Breschnews übermittelt wurde (cf. Anm. 15), scharf und zornig reagierte (in seiner Rede vom 17. 8. 1972), ließ er es nicht auf einen Bruch ankommen. Er sagte, „er könne über diesen Brief und andere, die er von der sowjetischen Führung erhalten habe, ‚leicht zornig' werden. Er wolle aber die Beziehungen nicht abbrechen, sondern sie „wieder in eine gesunde Richtung bringen'". Zit. nach „Kairo rechnet mit den Sowjets ab", in: Frankfurter Rundschau vom 19. 8. 1972.
(19) Cf. den wichtigen Bericht von Eric Rouleau, der dies hervorhebt: „Après le retrait des ‚conseillers' sovietiques, La droite égyptienne pursuit son ascension", in: Le Monde vom 9. 8. 1972. Dagegen sieht die volkschinesische Peking Rundschau in der Ausweisung der Sowjets eine „emanzipatorische" Wende; cf. „Das ägyptische Volk läßt sich nicht demütigen", in: Peking Rundschau vom 1. 8. 1972, pp. 18–19. Für Volkschina stellt sich alles Antisowjetische als „emanzipatorisch" dar, selbst wenn es von rechtsradikalen Kreisen ausgeht. Die Gegenformel: prosowjetisch gleich emanzipatorisch ist natürlich ebenso falsch.
(20) „Kairos Beziehungen zum Maghreb", in: NZZ vom 13. 5. 1972, FA, Nr. 130.
(21) Ibid.
(22) Zur französischen Mittelmeerpolitik cf. N. H. Aruri/N. Hevener, „France and the Middle East 1967–1968", in: The Middle East Journal, Bd. 23 (1969), H. 4, pp. 484–502, sowie das Sonderheft der französischen Zeitschrift Politique Étrangère, Bd. 36 (1971), H. 5/6, dessen Aufsätze auch dieser Thematik gewidmet sind.
(23) Cf. B. Tibi, „Die Verfassung der Föderation Arabischer Republiken, Ein Exempel supranationaler Notstandsgesetzgebung", in: Kritische Justiz, Bd. 5 (1972), H. 1, pp. 106–111. Auch R. Chimelli betont diesen Tatbestand in seinem in Anm. (24) zitierten Bericht.
(24) R. Chimelli, „Friedlich gewordenes Ägypten, Tonangebendes Saudi-Arabien", in: Süddeutsche Zeitung vom 18./19. 9. 1971.
(25) „Bagdads Rivalität mit Kairo", in: NZZ vom 19. 9. 1970, FA, Nr. 258.
(26) Cf. etwa den Bericht „Das Elend der ägyptischen Fellachenfrauen", in: NZZ vom 8. 6. 1972, wo dieser bedrückende Sachverhalt veranschaulicht wird.
(27) Autorenkollektiv, Klassen und Klassenkampf in Entwicklungsländern, 3 Bde., Berlin (DDR) 1970, hierzu Bd. 1, p. 320.

Was ist Sozialismus?

Paul M. Sweezy

Zum Problem der Übergangsgesellschaften

Um den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus sinnvoll diskutieren zu können, muß man eine klare Vorstellung von dem haben, was man als ‚Sozialismus' bezeichnet. Leider herrscht über diesen Begriff keine Übereinstimmung – selbst bei denen nicht, die sich als Sozialisten bezeichnen. Ohne genaue Definitionen anzustreben, will ich mich auf zwei Konzeptionen des Sozialismus konzentrieren und versuchen, einige der Hauptprobleme aufzuwerfen, die sich für die Frage des Übergangs zum Sozialismus stellen.

Für Marxisten ist der Sozialismus nicht das Ende des Weges: Sozialismus ist nur eine Station auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus. Über die Grundstruktur des Zieles dürfte Einigkeit bestehen: Im Kommunismus sind die einzelnen Klassen beseitigt; der Staat hat sich selbst überlebt; entfremdete Formen der Arbeitsteilung sind überwunden; die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sind aufgehoben; die Verteilung richtet sich nach den Bedürfnissen etc. Weiter wird auch darin Übereinstimmung herrschen, daß es unmöglich ist, unmittelbar vom Kapitalismus zum Kommunismus zu gelangen, da beide Gesellschaftsformen nicht nur durch Jahre oder Jahrzehnte voneinander getrennt sind, sondern vielmehr durch eine oder gar mehrere historische Epochen. Auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus muß eine Gesellschaft Wegmarken haben, an denen sie ihre praktische Politik orientieren und deren Vor- und Nachteile abwägen kann. Diese Zwischenziele nennt man Sozialismus – und hier heben die Kontroversen an.

Für einen Marxisten ist es unvorstellbar, daß sich eine Gesellschaft auf den Weg sozialistischer Umgestaltung macht, ohne folgende grundlegende Bedingung erfüllt zu haben: Die staatliche Macht muß zuerst von der Bourgeoisie auf die arbeitenden Klassen übergegangen sein, nämlich auf das Proletariat und die Bauern. Das heißt in der Konsequenz, daß nicht nur die Regierungsführung von Vertretern der arbeitenden Klassen übernommen werden muß; daß ein solcher Schritt nicht ausreicht, beweisen zahlreiche historische Erfahrungen von sozialdemokratischen und Volksfrontregierungen. Vielmehr ist es erforderlich, daß der gesamte Staatsapparat und vor allem die Armee ein loyales und verläßliches Instrument in den Händen der Vertreter der Massen werden. An dieser Stelle sei die Aussage von Karl Marx in Erinnerung gerufen, daß ‚die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann'; und Lenin interpretiert zweifelsohne richtig, wenn er sagt, daß der Marxsche Gedanke darin bestehe, ‚daß die Arbeiterklasse die fertige Staatsmaschine zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf'.

Man wird sich natürlich darüber streiten können, wie die Begriffe ‚zerschlagen' und ‚zerbrechen' zu interpretieren sind, doch wird niemand den zentralen Punkt leugnen wollen, daß der bürgerliche Staatsapparat, geformt und benutzt als Werkzeug bürgerlicher Herrschaft, endgültig in ein wirksames Instrument antikapitalistischer Herrschaft umgewandelt werden muß. Das jedoch wird nur durch weitreichende Änderungen von Struktur und Personal des Staatsapparats erreicht werden können. Obgleich die spezifische Form dieser notwendigen Veränderungen durch die besonderen historischen Bedingungen bestimmt wird, müssen folgende allgemeine Grundlagen geschaffen werden: Ersetzung der bourgeoisen Gesetzgebung und Justiz durch Volksversammlungen und Volksgerichtshöfe, personelle Umbesetzung der Armee – die Polizei eingeschlossen – auf allen Führungsebenen mit vertrauenswürdigen Männern, die mehr nach politischen als beruflichen Qualifikationen ausgewählt werden, gründliche Revision des eliteorientierten Erziehungssystems, etc. Wenn Marxisten davon sprechen, daß eine Revolution stattgefunden hat, so meinen sie damit nicht mehr und nicht weniger, als daß sich der Prozeß des Übergangs der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die der arbeitenden Klassen vollzogen hat, verbunden mit der unerläßlichen Veränderung des Staatsapparates. Alle historischen Revolutionen dieser Art waren gewaltsame Prozesse, doch da Gewalt nicht deren Inhalt war, ist es keineswegs irrational danach zu streben, einen revolutionären Prozeß ohne Gewaltanwendung durchzuführen. Doch die Chance, Gewaltanwendung vermeiden zu können, nimmt zu, je größer und sichtbarer Fähigkeit und Bereitschaft der Revolutionäre sind, konterrevolutionärer Gewalt mit überwältigender revolutionärer Gewalt zu begegnen.

Wenn die Anfangsschwierigkeiten beseitigt sind, und das neue Regime sich auf den Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus gemacht hat, stellt sich die Frage nach der inhaltlichen Ausformung des Sozialismus.

Eine Theorie, der ich mich auch einmal angeschlossen hatte, nennt als bestimmende Charakteristika des Sozialismus: 1. Staatseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln; 2. Zentrale Wirtschaftsplanung. Damit wird die eher implizite als ausgeführte Annahme verbunden, daß die Eigendynamik einer in dieser Form etablierten sozialistischen Gesellschaft diese automatisch auf dem Weg zum Kommunismus weitertreibt. Die Argumentation hierfür ist oberflächlich derjenigen ähnlich, aus der Marxisten den Schluß ziehen, daß dem Konkurrenzkapitalismus notwendigerweise der Monopolkapitalismus folgen wird. Niemandem jedoch ist es bisher gelungen, das ‚Bewegungsgesetz' des Sozialismus (in dem hier angegebenen Sinn) zu erklären. Auf der anderen Seite hat Marx jedoch sehr genau und ausführlich das Bewegungsgesetz erklären können, das vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus führt. Wie noch aufzuzeigen ist, gibt es tatsächlich keinen Grund anzunehmen, daß Staatseigentum und Planwirtschaft automatisch progressive Etappen auf dem Weg zum Kommunismus einleiten.

Wenn man sich dieser Konzeption von Sozialismus – Staatseigentum und Planwirtschaft – anschließt, so hat das für die Maßnahmen eines Regimes verschiedene Folgen. An dieser Stelle ist es sinnvoll, auf die sowjetischen Erfahrungen einzugehen.

In der Sowjetunion war es unmöglich, nach der Revolution direkt zum Staatseigentum und zur Planwirtschaft zu gelangen. Zwar wurden die Schlüsselbereiche (Großindustrie, Bankwesen, Bahn, etc.) sofort in den Staatssektor übernommen und wurden Teil einer sich in den Anfängen befindenden Planwirtschaft. Doch der bei weitem größte Teil der Wirtschaft blieb in den Händen von Bauern, Kleinproduzenten und Händlern, die sich alle auf die Produktion und die Verteilung von Waren konzentrierten und daher dem Wertgesetz unterworfen waren. Wurde dieser umfangreiche warenproduzierende Sektor in der ersten Periode nach der Revolution weder unterdrückt noch in staatliche Regie überführt, so stimulierte und erweiterte Lenin diesen Sektor sogar noch durch seine ‚Neue Ökonomische Politik' (NEP). Ein Schritt, der angesichts der Umstände für das physische Überleben der Bevölkerung absolut notwendig war. Danach nahmen die Bemühungen, zum Sozialismus zu gelangen, die Form eines Kampfes zwischen dem planwirtschaftlichen, staatlichen Sektor und dem privaten, warenproduzierenden Sektor an, wobei der erstere versuchte zu expandieren und immer größere Kontrolle sowohl intern wie über seinen Konkurrenten auszuüben, während der letztere sich der Eingriffe erwehrte und sich auf einem mehr oder weniger ‚normalen' Weg erweiterter Reproduktion fortentwickelte.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Sektoren wurde schließlich so stark, daß eine oft als „zweite Revolution" bezeichnete Lösung notwendig wurde, die allerdings vom Staat ausging. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und dem ersten Fünfjahresplan triumphierte der staatliche über den privaten Sektor, und die Sowjetunion wurde, nicht nur in den Augen ihrer eigenen Führung, sondern auch in denen ihrer Anhänger und vieler anderer, das erste sozialistische Land der Welt.

Als die Phase auf dem Weg zum Kommunismus abgeschlossen war, sah es die sowjetische Führung unter Stalin als ihre vorrangige Aufgabe an, für ein Wachstum der sozialistischen Wirtschaft zu sorgen. Man erachtete dies als notwendig, um einerseits dem Land die Möglichkeit zu geben, die ausländischen, kapitalistischen Feinde zu schlagen und andererseits in der Produktions- und Konsumtionssphäre die materielle Basis für ein Fortschreiten zum Kommunismus zu schaffen. Dies führte zur Dominanz der Ökonomie. So wurden alle politischen Maßnahmen an ihrem Effekt auf das ökonomische Wachstum gemessen: Erfolgreich waren die, die zu einem raschen Wachstum beitrugen; unbrauchbar die, die es hinderten. Das Fortschreiten zum Kommunismus sollte als selbstverständliches Nebenprodukt des ökonomischen Wachstums gewährleistet sein, ohne eigens als politisches Ziel verfolgt zu werden.

Von dieser Perspektive ausgehend, verwirklichte Stalin, was man heute seine eigene „Neue Ökonomische Politik" nennen könnte. Zusätzlich zu einer extrem hohen Investitionsrate zeigte sie folgende Elemente: 1. Machtkonzentration an der Spitze, nicht nur in Regierung und Partei, sondern auch und gerade innerhalb der Wirtschaftsunternehmen. Die Arbeiter waren ohne jeglichen Einfluß auf die ihr Leben betreffenden Entscheidungen und in ihrer Arbeit waren sie umfassender Reglementierung und strenger Disziplin unterworfen. 2. Damit war der zügellose Gebrauch materieller Anreize zur Sicherung von Arbeitsleistung und Produktivität verbun-

den. Alle Bekundungen von Gleichheit, wie z. B. Lenins Verordnung, daß Parteimitglieder, gleich welchen Ranges, nicht mehr verdienen dürfen als Facharbeiter, wurden abgeschafft, und Stalin selbst führte einen erbitterten ideologischen Kampf gegen das Ideal der Gleichheit, indem er es als reaktionäre, kleinbürgerliche Absurdität hinstellte, die einer primitiven Sekte von Asketen entspreche, aber nicht einer sozialistischen Gesellschaft, die auf marxistischen Grundlagen aufgebaut sei.

Diese Politik führte zwar in der Tat zu einer hohen Wachstumsrate, aber auch, wie ich glaube, zwangsläufig zu einer zunehmenden Schichtung der Gesellschaft und zu einer Entpolitisierung der Massen. Diese Tendenzen standen nicht nur in Widerspruch zu einer Entwicklung hin zum Kommunismus, sondern sie machten es vielmehr den privilegierten Gruppen in der Bürokratie, den Unternehmen und den qualifizierten Berufen sehr einfach, ihre Positionen in der Gesellschaft zu festigen und ihre Privilegien auch auf ihre Kinder zu übertragen. Stalins Politik ermöglichte mit anderen Worten den Spitzen in Politik und Ökonomie die Konsolidierung zur neuen herrschenden Klasse. (Das ist natürlich ein komplexes Problem, das hier nicht detailliert diskutiert werden soll. Festzuhalten ist jedoch, daß Besitz und Vererbung von Eigentum keineswegs die einzigen Wege sind, um Klassenpositionen von einer auf die andere Generation zu übertragen. Unterschiedliche Zugangschancen zu Bildungswegen sind ein weiterer und heute für die Sowjetunion wohl auch charakteristischer Weg, um derartiges zu erreichen.) Im Anschluß an Charles Bettelheim nenne ich diese neue herrschende Klasse „Staatsbourgeoisie". Sie herrscht nicht, wie in einer kapitalistischen Gesellschaft, mittels privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, sondern mittels Besetzung der entscheidenden Positionen in Partei, Staat und Wirtschaft; und schließlich ist sie nicht nur eine Schicht, sondern eine Klasse, da ihre Söhne und Töchter es einfacher haben, dieselben Machtpositionen zu besetzen, als die Mehrheit der Bevölkerung.

An dieser Stelle sind einige Anmerkungen zu Begriffen wie Wert, Preis, Ware und Geld in einem sozialistischen Staat wie der Sowjetunion notwendig. Wie schon angeführt, überlebten diese Begriffe und behielten auch im Zeitraum zwischen der Revolution und der Dominanz des staatlichen Sektors in der Ökonomie ihre traditionelle Bedeutung. Doch wie stand es damit nach der „Zweiten Revolution"? Wie wir wissen, existierten sie weiter, sowohl innerhalb des Staatssektors als auch in seinen Beziehungen zu anderen Sektoren (kollektive Landwirtschaft, kapitalistisches Ausland). Wie konnten jedoch diese Wertbeziehungen innerhalb des Staatssektors weiterexistieren oder, um es mit Stalins Worten auszudrücken: „Warum sprechen wir vom Wert der Produktionsmittel, ihren Produktionskosten, ihrem Preis, etc.?" Er hatte folgende Antwort: „... Sie sind notwendig für Kostenrechnung und Ansiedlung, um festzustellen, ob Unternehmen rentabel oder mit Verlusten arbeiten, zum Vergleich und zur Kontrolle der Unternehmen." Doch fügte Stalin hinzu, daß hiermit nur der formale Aspekt behandelt sei. Wie Bettelheim aufzeigt, hat bereits auch Preobrazhensky im wesentlichen dieselbe Antwort auf dieses Problem gegeben. Wertbeziehungen, kontrollieren, nach dieser Argumentation, nicht die Ressourcenallokation und die Güterproduktion innerhalb des Staatssektors. Vielmehr dienen diese Begriffe dem Staat und seinen Planungsorganen als Werkzeuge, um eine rationale Kontrolle über die verschiedenen Unternehmen zu ermöglichen, die Staatseigentum sind und nicht vom Markt abhängig, sondern von entsprechenden Direktiven geleitet produzieren. Die Wertform bleibt zwar bestehen, ihr Inhalt hat sich jedoch radikal verändert.

Es war zweifellos korrekt, zu jenem Zeitpunkt, d. h. zur Zeit einer äußerst zentralisierten administrativen Planung, so zu argumentieren. Was jedoch nicht heißt, daß diese Argumentation auch heute noch dieselbe Gültigkeit besitzt. Aus denselben Gründen, die, wie bereits ausgeführt, zum Heraufkommen einer neuen Staatsbourgeoisie und zur Entpolitisierung der Massen geführt hatten, geriet dieses zentrale Planungssystem in den 50-er und den 60-er Jahren in eine Krise. Nach einem Ausweg suchend griffen osteuropäische Staaten, unter Führung Jugoslawiens, wieder zunehmend auf kapitalistische Methoden zurück. Da alle notwendigen Formen noch vorhanden und nicht durch spezifisch sozialistische ersetzt worden waren, war dies ein leicht zu beschreitender Weg. Der Inhalt, der kurz zuvor noch in diesen Formen gegeben worden war, wurde ihnen allmählich wieder entzogen und langsam durch einen „neuen" ersetzt, der sich in Wirklichkeit als der alte vorrevolutionäre Inhalt entpuppte.

Einige Marxisten weisen eine derartige Analyse deshalb zurück, weil sie es als unmöglich erachten, daß echte Wertbeziehungen existieren können, solange Staatseigentum an Produktionsmitteln besteht. Auf diese Problematik näher einzugehen, würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausführen. Deshalb will ich mich mit einigen Stichpunkten am Beispiel der jugoslawischen Entwicklung begnügen, die andeuten, in welcher Richtung die Analyse voranschreiten sollte.

Das traditionelle sozialistische Prinzip der Verteilung, „jedem nach seiner Arbeit", wurde von den Jugoslawen abgeändert und wurde zu „jeder gemäß seinen Fähigkeiten, die er als Mensch besitzt bzw. sich in der Auseinandersetzung im gesellschaftlichen Leben erworben hat, gemessen an ihrem Marktpreis". — Ein Prinzip, das vom privatwirtschaftlichen wohl kaum zu unterscheiden ist.

In Jugoslawien wurde das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln wieder beseitigt, und so konnte sich das Privateigentum wieder etablieren. Das schon immer vage Konzept des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln erwies sich tatsächlich als inhaltslos. Nach und nach gelangten einige Mitglieder der Gesellschaft zu effektiven Eigentumsrechten, mit denen sie über das Gemeineigentum herrschten... Obwohl die Eigentumstitel weiterhin gesellschaftlich sind, weiten sich die exklusiven Rechte der Unternehmensführung zu privaten Eigentumsrechten aus, wenn auch mehr in der Gruppenform als in individueller.

Man kann natürlich sagen, daß dies nur für Jugoslawien gilt, und daß die Situation in der Sowjetunion gänzlich verschieden ist. Daß Unterschiede bestehen, ist unbestritten, doch es würde mehr Wissen erfordern, als ich es habe, um aufzeigen zu können, wie fundamental sie sind. Trotzdem glaube ich, daß der jugoslawische Fall zeigt, was möglich ist, und die Warnung Bettelheims unterstreicht, daß „es gerade für die Entwicklung der sozialistischen Ökonomie gefährlich ist, sich auf die Vorstellung einzulassen, daß, wenn das Staatseigentum an den Produktionsmitteln gegeben ist, die Wertform und die Warenform nicht mehr als eine „formale Existenz" haben könnten, d. h. daß sie in mancher Hinsicht „Formen zweiten Ranges" sein würden".

Ich schließe daraus, daß „Sozialismus", definiert als eine Gesellschaft, die durch Staatseigentum an den Produktionsmitteln und umfassende Planung gekennzeichnet ist, nicht notwendig eine Station auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus ist, und daß das Vertrauen auf eine Theorie, daß sich eine solche Gesellschaft automatisch in Richtung Kommunismus entwickelt, zu einer Bewegung in genau entgegengesetzter Richtung führen kann; d. h. zu einer Wiederherstellung von Klassenherrschaft. Ob diese rekonstituierte Klassengesellschaft die Wiederherstellung des Kapitalismus bedeuten kann, wie die Chinesen behaupten, ist eine wichtige und sehr interessante Frage, die an dieser Stelle aber nicht behandelt werden kann. Hier reicht es aus festzustellen, daß dieses traditionelle Konzept des Sozialismus sowohl als Ziel wie auch als Kriterium für eine revolutionäre Regierung, die sich auf den langen Weg zum Kommunismus begeben will, unangemessen ist.

Das heißt nicht, daß man Staatseigentum und umfassendes Planen zurückweisen muß. Ohne diese Voraussetzung ist es unmöglich, den Kapitalismus zu überwinden und überhaupt den ersten Schritt auf dem langen Marsch machen zu können. Aber Staatseigentum und zentrale Planung sind eben nicht ausreichend, um einen lebensfähigen Sozialismus zu garantieren, der auf der einen Seite immun gegen die Gefahr des Rückschritts ist

NEUERSCHEINUNG

KLASSENKÄMPFE IN EUROPA

IRLAND ein Vietnam in Europa

Daß der Kampf in Nordirland kein Religionskampf ist, sondern auf sozialen Konflikten beruht, ist inzwischen ein Gemeinplatz geworden. Das Buch behandelt den bewaffneten Kampf der Massen in Nordirland gegen die englischen Unterdrücker und ist eine Dokumentation des revolutionären Willens im Kampf um politische und soziale Befreiung.
150 Seiten DM 9.80

POLEN

Rote Fahnen über Polen

Tonbandprotokoll einer Streikversammlung Stettiner Werftarbeiter in Anwesenheit Giereks u. a., das als Text in Polen zirkulierte – eine Diskussion, die für die Linke aller Länder bedeutsam ist weil sie zeigt, daß diese sehr bewußte und kämpferische Arbeiterklasse nicht mehr auf die Ideologie eines Systems vertraut, das sich "sozialistisch" nennt, sondern auf das pocht, was den Aufbau des Sozialismus kennzeichnen müßte: nämlich Abbau der Hierarchie, der Unterschiede von Hand- u. Kopfarbeit, der spalterischen Prämiensysteme, der Arbeitshetze, der Bespitzelung, der Planung ohne die Arbeiter. Selbstbewußt artikuliert diese Arbeiterklasse ihr Recht, Herr des Landes zu sein, nicht Objekt der herrschenden Klasse.
ca. 120 Seiten ca. DM 6.00

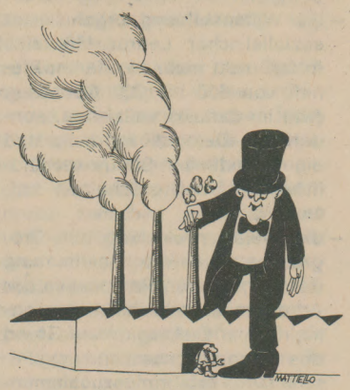
TRIKONT

und auf der anderen Seite auf dem Weg zum Kommunismus voranschreitet.

Seitdem klar ist, daß die großen Gefahren das Entstehen der neuen Staatsbourgeoisie und die Rückkehr zur Klassengesellschaft sind, in der die eigentlich Produzierenden, wie unter dem Kapitalismus, ausgebeutet werden, scheint folgendes, in Bettelheims Worten ausgedrückt, notwendig zu sein: „... die Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über ihre Existenzbedingungen und deshalb vor allem über die Produktionsmittel und ihre Produkte."

Bettelheims Vorstellung darf nicht mit der traditionellen syndikalistischen Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung verwechselt werden. Es ist, wie das jugoslawische Modell zeigt, nämlich durchaus möglich, daß man den Arbeitern formal und legal die Kontrolle über den ökonomischen Bereich übertragen kann, ohne dadurch irgendetwas fundamental zu ändern. Wenn das System als Ganzes von Wertbeziehungen beherrscht wird, macht die Arbeiterkontrolle die Arbeiter (oder besser gesagt eine Gruppe von privilegierten Arbeitern) eines Unternehmens zu einer Art kollektiver Kapitalisten. Für die Arbeiter als Klasse ist diese Situation in vieler Hinsicht sogar schlechter als im Kapitalismus, da sie die Arbeiter voneinander trennt und sie in einer destruktiven Weise gegeneinander ausspielt. Das heißt nicht, daß der Arbeiter keinen Anteil an der Kontrolle und am Management des Unternehmens haben soll; es heißt nur, daß sich solche Teilhabe, die sich selbstverständlich kontinuierlich vergrößern sollte, innerhalb eines Systems vollziehen muß, das als Ganzes sich von jeder Art der Schichtung wegbewegt zu einer gesellschaftlichen Situation, in der die ganze Bevölkerung eine einzige homogene Arbeiterklasse bildet. (Das Endziel dieses Prozesses ist natürlich die Auflösung aller Klassen und daher auch der Arbeiterklasse selbst.) Ich glaube, daß diese letzte Überlegung uns mit dem bestmöglichen Kriterium ausstattet, um den Prozeß des Fortschreitens in eine sozialistische (und kommunistische) Richtung zu beurteilen und sogar zu messen. Die Untersuchung der Implikationen dieser Überlegung sollte meiner Meinung nach Hauptaufgabe möglicher Untersuchungen über den Übergang zum Sozialismus sein. Was nun noch folgt, sind erste Vorschläge.

1. Wir müssen strikt die Vorstellung zurückweisen, die in dem schon angeführten Zitat von Stalin enthalten ist, daß nämlich das Prinzip der Gleichheit „einer sozialistischen Gesellschaft auf marxistischer Grundlage" fremd sei. Diese Vorstellung ist in Wirklichkeit eine ideologische Rationalisierung von Privilegien und letztlich von Klassenherrschaft. Es ist im Gegenteil notwendig, das Prinzip der Gleichheit als wichtigsten Grundsatz einer sozialistischen Gesellschaft auf marxistischer Grundlage herauszustellen. Doch darf Gleichheit nicht nur in einem materiellen Sinn gesehen werden, d. h. als bloße Angleichung der Einkommen. Das wäre eine oberflächliche Gleichheit, die nur die Erscheinungsformen tiefgreifender Ungleichheiten korrigierte, die durch die Jahrhunderte kapitalistischer Herrschaft entstanden sind. Sie ließe die Wurzeln der Ungleichheit unberührt, so daß diese wieder von neuem entstehen könnte. Denn die Ungleich-



heit im Kapitalismus erwächst prinzipiell nicht nur aus dem Umstand, daß die Arbeiter keine Produktionsmittel besitzen, sondern auch aus ihrer Unwissenheit, die Produktionsmittel einzusetzen. Wie Marx es ausdrückte:

„Die Kenntnisse, die Einsicht und der Wille, die der selbständige Bauer oder Handwerker, wenn auch auf kleinem Maßstab, entwickelt, ... sind jetzt nur noch für das Ganze der Werkstatt erheischt. Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital. Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen. Dieser Scheidungsprozeß beginnt in der einfachen Kooperation, wo der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers vertritt. Er entwickelt sich in der Manufaktur, die den Arbeiter zum Teilarbeiter verstümmelt. Er vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt."

Solange diese Situation besteht, und wie sie sich sicherlich auch am Morgen der Revolution ergibt, ist wirkliche Gleichheit unmöglich und jeder Fortschritt in Richtung Gleichheit unsicher und umkehrbar. Ihre Überwindung kann nicht nur durch eine rechtliche Änderung des Besitzes an den Produktionsmitteln herbeigeführt werden, sondern durch grundlegende Veränderungen in anderen Gesellschaftsbereichen einschließlich des gesamten Bildungssystems und den Organisationsformen der Produktion und der Verwaltung. Diese Veränderungen werden notwendigerweise einen langen Zeitraum erfordern und harte Kämpfe mit sich bringen, die, bedingt durch das Wesen des kapitalistischen Erbes, den Charakter von Klassenkämpfen haben werden. Wirkliche Gleichheit wird nicht von alleine kommen, und auch nicht als Geschenk der Privilegierten an die Unterprivilegierten. Vielmehr muß ständig dafür gekämpft werden, und es muß die Bereitschaft vorhanden sein, einen hohen Preis in Form von geringerer Produktivität und Effizienz dafür zu zahlen.

2. So wie Arbeiter am Management, so sollen auch Manager an der Arbeit teilhaben. Wir dürfen nicht vergessen, daß es unser Ziel ist, alle diese Unterschiede zu beseitigen und in der Übergangszeit konkrete Schritte auf dem Weg dorthin zu unternehmen.

3. Alle Produzenten müssen völlige Meinungsfreiheit besitzen.

4. Landwirtschaft und Industrie müssen miteinander verbunden werden. Die moderne Technologie macht eine radikale Dezentralisation der industriellen Produktion möglich, die es einem wachsenden Teil der Bevölkerung erlauben, in gesunder Umgebung zu leben und vielen verschiedenen Beschäftigungen nachzugehen. Gleichzeitig müssen auch die monströsen städtischen Ballungsräume, die das kapitalistische System als fruchtbare Quelle von Sozialpathologien hervorgebracht hat, aufgebrochen und entflochten werden.

5. Von besonderer Bedeutung ist es, daß Arbeit nicht allein als Mittel zum Geldverdienen und zum Konsum betrachtet wird, sondern als die wichtigste kreative Lebenstätigkeit. Der Mensch hat ein Bedürfnis nach Arbeit genauso wie nach Nahrung, Kleidung, Behausung, Kultur, Muße etc. Es ist äußerst wichtig, daß alle diese Bedürfnisse in Einklang mit sich selbst und der natürlichen und sozialen Umwelt gebracht werden. Die absurde und letztlich verhängnisvolle bürgerliche Vorstellung unstillbarer Bedürfnisse muß entschieden zurückgewiesen werden.

6. Ein besonders wichtiges Mittel zur Erreichung dieses Zieles stellt die vollständige Beseitigung des Distributionssystems in der Form des Erwerbs und der Ausgabe von Geldeinkommen dar. Dies kann sofort durch die kostenlose Versorgung mit Dienstleistung in den Bereichen Gesundheit und Erziehung begonnen werden, um dann schrittweise auf andere Güter und Dienstleistungen erweitert in die völlig freie Distribution entsprechend den Bedürfnissen zu münden. Das setzt natürlich die Beseitigung aller Wert- und Warenbeziehungen voraus, auch wenn sie nur als reine Kalkulationsformen erscheinen. An ihre Stelle tritt das, was Bettelheim „calcul économique social" (gesellschaftlich-ökonomisches Kalkül) nennt. Eine Gesellschaft, die schon wesentliche Schritte in diese Richtung gemacht hat und sich eindeutig nach vorne bewegt, kann als sozialistisch und auf dem Weg zum Kommunismus befindlich bezeichnet werden.

Diese Aufzählung kann endlos fortgeführt und differenziert werden. Doch das Beschriebene mag ausreichen, um die Art der Probleme aufzuzeigen, die der Prozeß des Übergangs zum Sozialismus mit sich bringt. Die Untersuchung dieser Probleme muß sich sowohl an dem theoretischen als auch an dem vorhandenen empirischen Material orientieren. Außer den Ansätzen von Bettelheim herrscht ein bemerkenswerter Mangel an theoretischen Arbeiten auf diesem Gebiet. Bedingt durch das Fehlen adäquater theoretischer Entwürfe, blieben viele empirische Arbeiten über die während der letzten Hälfte des Jahrhunderts entstandenen sozialistischen Gesellschaften wenig aufschlußreich. Es ist heute notwendig, daß entsprechende Schritte sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene getan werden. Das ist um so wichtiger, da sich die Zahl der Übergangsgesellschaften in den nächsten Jahren sicherlich erhöhen wird, und es ist möglich angesichts der reichen Erfahrungen der proletarischen Kulturrevolution in China, in der künftige Generationen den Wendepunkt im Kampf der Menschheit um eine rationalere und humanere Gesellschaft erblicken werden.

Zum Abschluß will ich noch kurz auf die Situation in Chile eingehen. Ich glaube nicht, daß Chile nach unseren Kriterien als Übergangsgesellschaft betrachtet werden darf. Der Grund dafür ist, daß Chile noch nicht die erste Barriere überwunden hat, die den Weg zum Sozialismus blockiert. Anibal Quijano beschreibt die augenblickliche Situation sehr gut, wenn er sagt:

„In Chile hat das Zusammentreffen eines relativ fortgeschrittenen Grads an Politisierung der Massen mit der zunehmenden Desorientierung der abhängigen Bourgeoisie und der unpolitisch professionalisierten Tradition der Armee zu einer besonderen Situation geführt, in der populistische politische Organisationen die Kontrolle über die Staatsverwaltung erlangt haben. Dieser Zutritt zur Macht bedeutet jedoch nicht wirkliche politische Hegemonie, da die Bourgeoisie nach wie vor Einfluß ausübt und politische Macht besitzt. Die Situation ist deshalb sehr ungewiß, und nur ein entscheidender Wandel in den politischen Machtverhältnissen, sei es durch Wahlen oder auf einem anderen Wege, wird die Lage stabilisieren können."

Solange diese unsichere Situation besteht, wird es für die chilenische Volksfrontregierung darauf ankommen, ihre Politik sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht kurzfristig am Ziel der Erhaltung und Konsolidierung der politischen Macht zu orientieren. Erst wenn dies erreicht ist, d. h. wenn die Revolution zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht ist, wird es möglich sein, eine Strategie des Übergangs zum Sozialismus zu entwickeln.

Aus Monthly Review 23 (1972) Nr. 9 übersetzt von Michael Kleff.

Kongreß: Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

Ausgehend von dem Aufruf zum Portugal-Tribunal („links" Nr. 34, Juli 1972) haben die beteiligten Gruppen Zielsetzung und Vorbereitung dieser Veranstaltung weiter diskutiert. Es wurde eine Umbenennung der Aktion vereinbart, da ein „Tribunal" Assoziationen von Anklage, Verteidigung und Urteil nicht ausschließt. Es geht aber im gegenwärtigen Stadium darum, den imperialistischen Charakter der BRD aufzuzeigen und am Beispiel Portugal und südliches Afrika darzulegen, wie mit Hilfe der BRD die Bestrebungen der Befreiungsbewegungen brutal unterdrückt werden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion sind wir der Meinung, daß dies in Form eines Kongresses, der durch dezentrale Aktionen an verschiedenen Orten vorbereitet wird, am besten geschehen kann. Das Ziel des Kongresses und seiner vorbereitenden Kampagnen soll neben der politischen Aufklärung konkrete Hilfe für die Befreiungsbewegungen sein. Die Befreiungsbewegungen MPLA (Angola), Frelimo (Mozambique) und PAIGG (Guinea-B.) zeigen großes Interesse an der Veranstaltung und haben die Teilnahme von Repräsentanten zugesagt. Neben dem Kongreß sind die vorbereitenden Aktionen von großer Bedeutung. Erst durch eine gute und längere Vorbereitung können Aufklärung geleistet und Unterstützung für die Befreiungsbewegungen mobilisiert werden. Deshalb wurde der Termin für den Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique auf Anfang des nächsten Jahres, voraussichtlich 12.–14. Januar 1973, verschoben. Der Kongreß findet in München statt. Folgender Programmvorschlag steht zur Diskussion: Arbeitstagung mit Vertretern der Befreiungsbewegungen. Themen (z. B.): Politische Arbeit der antiimperialistischen Gruppen; portugiesische Kolonien und Befreiungsbewegungen; Imperialismus. Demonstration und Kundgebung. Filmveranstaltung. Plenum.

Folgende Aufklärungs-, Agitations- und Propagandamaterialien werden vorbereitet und können bereits heute beim Vorbereitungs-Komitee vorbestellt werden:

- Fotoausstellung
- Filmverleih
- Bausteine für Redner und Diskutanten (Material zur konzentrierten Information über die Befreiungsbewegungen und die Situation im südlichen Afrika)
- Broschüren „Portugal und Nato" und „Portugals Krieg in Afrika"
- Wandzeitung zum Kongreß
- Plakat

Außerdem steht ein Gruppenrundbrief (bisher Ausgaben 1–4) fortlaufend zur Verfügung mit Berichten, Meinungen, Analysen, Terminen etc. zum Kongreß und seiner Vorbereitung. Der Gruppenrundbrief ist ebenfalls über das Vorbereitungs-Komitee erhältlich. Die örtlichen und regionalen Vorbereitungen sollen sich auf folgende Aktivitäten und Aktionen konzentrieren (näheres hierüber im Gruppenrundbrief):

- Blutspendeaktion aller Gruppen an einem noch zu bestimmenden Tag;
- Im Oktober wird d'Almeida, Chef der S. A. M. (MPLA) die BRD besuchen – Veranstaltungen in verschiedenen Städten sind in Vorbereitung;
- Zur Koordination der Gruppenaktivitäten treffen sich Vertreter der Aktionsgruppen monatlich;
- Koordinationsseminare „Südliches Afrika" vom 12.–15. Oktober in Nürnberg.

Adresse: Vorbereitungskomitee Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, 53 Bonn-Beuel, Bergweg 21, Telefon 0221/45366.

REINHOLD EINLOFT

Aufruf zur überregionalen Organisierung im sozialistischen Lehrerbund (SLB) Sozialistischen Büro

Genossinnen und Genossen!

Die erste überregionale Tagung sozialistischer Lehrer im Januar 1972 in Frankfurt und die darauf folgenden Regionaltagungen – zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Hessen – haben deutlich gemacht:

- die unbedingte Notwendigkeit eines stärkeren organisatorischen Zusammenschlusses aller sozialistischen Lehrer und Erzieher auch angesichts der sich verschärfenden Repression von Seiten der Behörden;
- die zersplitterten und oftmals isolierten Aktivitäten an der Basis in Schulen und in der GEW erfordern eine stärkere Koordinierung und Intensivierung;
- die unmittelbaren Probleme und Konflikte, Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Genossen an der Basis brauchen die Unterstützung durch gemeinsamen Erfahrungsaustausch in projektbezogenen Seminaren und gezielter Publizierung von Unterrichtsmaterialien und anderen wichtigen Ergebnissen der Arbeit;
- die Willensbildung organisierter sozialistischer Lehrer läßt sich fortan nicht mehr in offenen Plenen von 600 bis 700 Genossen (wie im Januar) vollziehen, sondern ein Delegationsprinzip und ein individueller Status verbindlicher Mitarbeit erscheinen notwendig;
- die Weiterentwicklung des Programms und die Bestimmung der langfristigen Perspektive der Arbeit müssen sich in der gemeinsamen Diskussion auf Grund des theoretischen und praktischen Erfahrungszusammenhangs der betroffenen Genossen vollziehen.

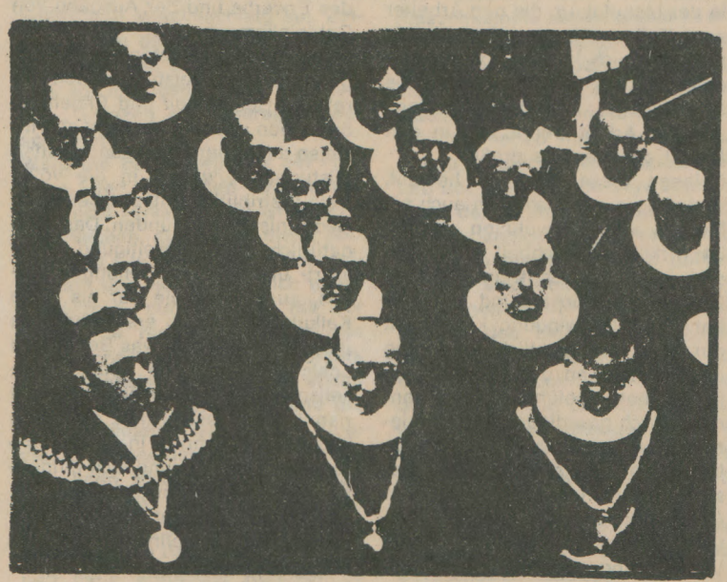
Der SLB Frankfurt und das Sozialistische Büro haben in den letzten Monaten – vor allem auch nach den Diskussionen auf dem Angela-Davis-Solidaritätskongreß im Juni – intensiv darüber beraten, welche Konsequenzen aus der objektiven Notwendigkeit verbindlicherer Organisierung der arbeitenden Basisgruppen einerseits und den Erfahrungen aus der Organisationsgeschichte der Linken andererseits zu ziehen sind. Die Organisierung von sozialistischen Lehrern und Erziehern scheint uns nicht mehr länger eine abstrakte Forderung bleiben zu können, sondern wir halten den Zeitpunkt für gekommen, gerade angesichts der Lage auf dem Erziehungssektor und der Mobilisierungsbereitschaft Tausender Lehrergenossen, mit dem Aufbau einer überregionalen SLB-Organisation im Rahmen der anderen Basisaktivitäten im Sozialistischen Büro anzufangen.

Aus den Ergebnissen der zentralen Lehrertagung und der bisherigen Politik von SLB und Sozialistischem Büro resultieren dabei zwei Organisationsprinzipien, die besonders wichtig sind:

1. Die arbeitenden Einheiten an der Basis sollen Priorität haben. Dabei ist perspektivisch daran gedacht, daß die Lehrergruppen sowohl am Ort mit den anderen Basisgruppen in Betrieben, Stadtteilen, Hochschulen usw. horizontal eng zusammenarbeiten als auch im Rahmen des Sozialistischen Büros überregional-vertikale Kommunikations- und Willensbildungsprozesse entfalten. Die von uns angestrebte Organisation soll also weder Parteiersatz noch Kaderorganisation sein, bei ihr soll keine willkürlich „vereinheitlichte" Theorie der konkreten Praxis übergestülpt noch eine bloße „Verwaltung" von Mitgliederinteressen betrieben werden. Im Prozeß des Aufbaus können wir nur kleine Schritte gehen, müssen wir angesichts der Sozialistenverfolgung im öffentlichen Dienst vorsichtig sein, haben aber doch die praktischen Notwendigkeiten nichtreformistischer Arbeit unbeirrt zu erfüllen und die antikapitalistische Tätigkeit im Schulbetrieb solidarisch zu verstärken.

2. Deshalb stehen in der jetzigen Phase vor allem praktische Gesichtspunkte im Vordergrund:

- Um die notwendigen Schritte einzuleiten, ist es erforderlich, daß ein Lehrergenosse/genossin hauptamtlich für den SLB im Sozialistischen Büro tätig wird.
- Die Kommunikation über den Info muß intensiviert und ausgeweitet werden (z. B. Kontaktadressen, Erfahrungsberichte).
- Die Publikation von Materialien zur Unterrichtspraxis (Reihe Roter Pauker) erfordert soviel redaktionelle Arbeit, daß diese auch nicht mehr von Genossen nebenamtlich geleistet werden kann.



Die Reaktion marschiert formiert. Auf Genossen: Organisiert!

SLB-Info

Dieser Aufruf wurde am 1. September 1972 im SLB-Info 11 veröffentlicht. Der Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes wird vom SLB/Info-Redaktionskollektiv und vom Sozialistischen Büro herausgegeben. Der Ausgabe 11 ist eine Beitrittserklärung zur überregionalen Organisierung des SLB beigefügt. Die Ausgabe enthält folgende Beiträge ● Aufruf zur überregionalen Organisierung ● „Erziehung und Klassenkampf", Einige Bemerkungen zur Politik und zum Inhalt einer ‚Zeitschrift für marxistische Pädagogik' ● Polit-Atlas der GEW in der BRD und Westberlin. Empirische Bestandsaufnahme und politische Analyse. Aufforderung zur Mitarbeit an der Entwicklung einer politischen Strategie für sozialistische Lehrer innerhalb der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ● Arbeitsgruppe Unterrichtsmodelle Göttingen: Übersicht über Modelle und Materialien für einen antikapitalistischen Unterricht. Bezug (DM 2,50 in Briefmarken beilegen): Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

– Seminare und Arbeitstagungen zu bestimmten Projektbereichen unserer praktischen Arbeit (z. B. GEW, antikapitalistischer Unterricht, Schülerarbeit, Hauptschularbeit/Lehrlinge) müssen im ganzen Bundesgebiet organisiert werden.
– Schwerpunktkampagnen (z. B. „Gegen den Betrug mit der Bildungsreform" – „Selektion und Leistung in den Schulen" – „Ausbildung zweite Phase") müssen vorbereitet, initiiert und bundesweit koordiniert werden.

Genossinnen und Genossen!

Wenn ihr die oben genannten Punkte geprüft habt und mit uns die Meinung teilt, daß sie alle nur unter den angegebenen Prinzipien im Rahmen einer nicht-isolierten/syndikalistischen Lehrerorganisation, also nur im engen Kontext mit den anderen sozialistischen Basisaktivitäten in Betrieb und Stadt sinnvoll zu verwirklichen sind, dann schlagen wir euch folgendes vor:

– Erklärt auf dem beigefügten Abschnitt, daß ihr euch unter den genannten Bedingungen im Rahmen des SLB und des Sozialistischen Büros verbindlich am Aufbau einer überregionalen sozialistischen Lehrerorganisation beteiligen wollt. (Siehe hierzu auch die 13 Thesen des SLB „Zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern"; vgl. SLB-Info Nr. 10, und die Thesen des Sozialistischen Büros über „Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik"; Bezug: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, DM 2,– in Briefmarken beilegen).
– Zahlt monatlich mindestens DM 10,– auf das Konto Sozialistisches Büro Offenbach, Postscheckkonto Frankfurt 295 680 ein; damit schafft ihr die finanzielle Basis und erhaltet außerdem den SLB-Info und die Sozialistische Zeitung „links".
– Bildet auf Schul- und Ortsebene Basisgruppen aller so beteiligten Genossen. Delegierte dieser Basisgruppen (und Einzelmitglieder) werden sich Anfang 1973 zum ersten zentralen Kongreß treffen, um die weitere Politik und Organisation zu bestimmen.

SLB/INFO-
REDAKTIONSKOLLEKTIV
SOZIALISTISCHES BÜRO

Viel Aufwand für tote Pferde

Zur Auseinandersetzung über „Gewerkschaftsjugend und Strategie" bringen wir eine Antwort des LZ-Redaktionskollektivs aus Hamburg, das sich mit dem Aufsatz von Kalms / Trautwein, Oberursel, in links Nr. 36 auseinandersetzt.

Warum eine Antwort auf die Antwort der Kollegen Kalms / Trautwein (im folgenden KT)? Wir wollen nicht eine „richtige Linie" verteidigen, sondern durch eine Weiterentwicklung von Gedanken in einer offenen Diskussion diesen Teufelskreis „linker Diskussion" durchbrechen, der darin besteht, sich die jeweils neuesten Erlasse der Hauptabteilung „Ewige Wahrheiten" um die Ohren zu schlagen. Gerade weil die Diskussionsart von KT auf dieser Linie liegt und dabei mit einer Fülle von – wesentlich – falschen Behauptungen und einer arrogant-schulmeisterlichen Art die eigentlichen Unterschiede verwischt, weil sie die Debatte, kaum hat sie – endlich! – begonnen, genau da abzuwürgen versucht, wo sie wichtig und interessant wird, deshalb diskutieren wir weiter.

Der Artikel von KT hat in aller Schärfe die in Frankfurt an die Oberfläche getretenen Unterschiede klargemacht (aber auch, daß die Koalition KT/Niedersachsen-Kollegen in Frankfurt nur eine Zufalls- bzw. Scheinkoalition war). Als Erscheinungsform ist das der Unterschied zwischen den Kollegen, die wissen, daß sie erst an einem keimhaften Anfang stehen und daß noch fast alle wichtigen Fragen eines praktischen antikapitalistischen Kampfes offen sind, also theoretisch diskutiert und praktisch erprobt werden müssen – und zwar vor allem von ihnen selbst! – und jenen Kollegen, die theoretisch abgeleitet glauben, bereits die Marschrichtung (für die andern) verkünden zu können und nun Gefolgschaft erwarten.

Daß die Erwiderung auf „die Hamburger" (KT), bei der KT so tun, als seien sie berufen, die ganz Dummen vor den Ergüssen der Dummen zu schützen, teilweise so bösartig ausgefallen ist, daß „toten Pferden" (KT) noch so viele Schaufeln Wortsand nachgeworfen wird, deutet darauf hin, daß es sich um einen prinzipiellen und aktuellen Streit handelt. Das wird auch an einem anderen Punkt deutlich: In dem Aufsatz von KT stecken eine Fülle von analytischen und kritischen Bemerkungen, die wir voll unterschreiben können, die wir in Frankfurt unterschrieben haben und schon lange vor Frankfurt in vielen Nummern der LZ, die in der praktischen und theoretischen Arbeit und der Selbstkritik „der Hamburger" enthalten waren und sind (siehe in der Dokumentation abgedrucktes Arbeitspapier der DGB-Jugendgruppen Hamburg für Frankfurt). KT verleugnen das aber wider besseres Wissen und tun so, als sei erst von ihnen bzw. in Frankfurt festgestellt worden, wo die richtigen Erkenntnisse und wo die toten Pferde liegen.

Offensichtlich soll mit solcher Art hauptamtlicher Demagogie etwas „vom Tisch". Daß das nicht von den herkömmlichen bürokratischen Positionen aus geschieht, sondern mit dem Anspruch einer klassenkämpferischen, also neuen Gewerkschaftspolitik, macht die Sache komplizierter, die öffentliche Debatte darüber aber um so dringender. (Erste Anmerkung zu KT's „Anti-Bürokraten-Kack": Warum findet diese Diskussion nicht in der „solidarität" statt – sie hat die LZ-Kritik auch erhalten!?) Die Erscheinungsform der Auseinandersetzung haben wir – polemisch – beschrieben. Was sind nun die wesentlichen inhaltlichen Punkte dieser Auseinandersetzung?

Radikale Kritik als Verhinderung der Diskussion

Nehmen wir den zentralen Punkt unserer Einigkeit gleich heraus, um gerade an ihm die Unterschiede aufzuzeigen: Die in der Praxis der bisherigen Arbeit der Lehrlingszentren (im folgenden LZ) aufgetretenen Fehler und Mängel waren in Frankfurt unbestritten (siehe auch die in Frankfurt vorgelegte schriftliche Selbstkritik der bisherigen Hamburger Jour-Fix-Arbeit, DGB-Jugend-Papier). Entscheidend sind also die Wertungen und die Schlüsse. Wenn da von „sachnotwendig", „zwangsläufig" oder „naturnotwendig" die Rede ist (Niedersachsen-Papier), wenn gesagt wird, so KT, das Fehlen einer Betriebsarbeit sei „ein prinzipieller Fehler der LZ-Strategie, die die Voraussetzungen und wirksamen strategischen Orte der Klassenauseinandersetzung unbeachtet ließ", so zeigen uns diese Formulierungen

– erstens ein unmarxistisches Denken trotz marxistischer Vokabeln;

Info Arbeiterbildung

Die erste Ausgabe des Informationsdienstes Arbeiterbildung hat großes Interesse gefunden. Es wurde die für einen Informationsdienst beachtliche Auflage von 2000 Exemplaren erreicht. Jetzt hat das Sozialistische Büro gemeinsam mit dem Redaktionskollektiv Arbeiterbildung die zweite Ausgabe des Info fertiggestellt, die insbesondere auch Material enthält, das für die Bildungspraxis selbst verwendbar ist. Inhalt: Anmerkungen zum „neuen" Betriebsverfassungsgesetz für die Lehrgangsarbeit; Anti-Autoritarismus oder autoritäre Schulung? (Teil II); Gewerkschaftspraxis und Bildungsarbeit.
Der Info ist gedacht für Bildungsarbeiter in den Gewerkschaften, hauptamtliche Mitarbeiter, nebenberufliche Teamer in der Jugendbildungsarbeit, Bildungsobleute; haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter in der Jugend- und Erwachsenenbildung; Mitarbeiter an Bildungsstätten; Jugendverbände und Jugendgruppen; Sozialarbeiter, die im Bildungsbereich tätig sind; politische Gruppen, die Arbeiterbildung betreiben oder betreiben wollen.
Auch die erste Ausgabe vom 1. Mai 1972 ist noch vorrätig. Inhalt: Bemerkungen über das Handwerk der Linken im Bildungsbetrieb; Anti-Autoritarismus oder autoritäre Schulung? (Teil I); Ware, Existenzangst und Emanzipation.
Einzelexemplar DM 2,50, Jahresabonnement 1972 DM 8,–
Bezug: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Kleinanzeigen

Kriegsdienstverweigerer

Für die Zusammenstellung einer aktuellen umfassenden Dokumentation zur Kriegsdienstverweigerung suchen wir noch interessante Zeitungsausschnitte, Literaturlisten oder anderweitiges Text- und Bildmaterial. Vor allem aber werden Erfahrungsberichte von Kriegsdienstverweigerern mit Behörden, Gerichten etc. benötigt. Diaskope-Verlag, 351 Hann.-Münden, Postfach 153

Rote Hilfe

Laufende aktuelle Nachrichten und Mitteilungen über politische Prozesse, Knastothek, Aktionen gegen Polizei- und Justizwillkür. Bezug für ein Jahr gegen Voreinsendung einer Spende von mindestens DM 20,– an Spendenkonto: R. Fink (Sonderkonto), Postscheckamt Berlin-West Nr. 33 76 37. Bei Abnahme von jeweils mehreren Exemplaren Preis nach Vereinbarung. Bezugsadresse: Rote Hilfe Westberlin im Sozialistischen Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

Berufsverbot

Analysen und Dokumentationen zum Berufsverbot innerhalb der Kirchen im Juni-Heft „Amos – Kritische Blätter". Bestellungen (DM 1,– in Briefmarken beifügen): Redaktion Amos, 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Baracke 8.

Autonome Jugendclubs

Dokumentation des Jugendclubs der VHS Hachenburg über Entstehung, Entwicklung und Zerschlagung des Jugendclubs, der unter dem Motto „Gegen das Monopol der Diskotheken" eine autonome Freizeitgestaltung für Jugendliche in einer Kleinstadt aufziehen wollte. Bezug (DM 1,50 in Briefmarken beifügen): Volker Eichler, 5238 Hachenburg, Borngasse.

Schüler- & Lehrlings-Info

Der Jour Fix, Schüler- und Lehrlingszentrum Dietzenbach, macht seit einigen Monaten den Info „wühlmaus". Nachahmenswert! Probehefte (DM 1,– in Briefmarken beifügen): Peter Schäfer, 6051 Dietzenbach, Waldstr. 50a

Lehrlinge

Wie steht's um unsere Lehrlinge? Dokumentation zur Lehrlingssituation, herausgegeben vom Ortsjugendausschuß der IG Metall, Verwaltungsstelle Augsburg, Schaetzlerstr. 13½

Bezugsperson

Sozialistischer Kinder- und Schülerladen in Bielefeld sucht Bezugsperson. Kontaktadresse: Herbert Pflume, 4811 Leopoldshöhe 1, Am Steinsiek 5a

– zweitens einen sträflichen theoretischen Übermut in einer Situation, wo nach Jahrzehnten (!) der Ebbe gewerkschaftlicher Jugendpolitik erste kleine Ansätze sich regen und noch keiner in ausreichender Klarheit weiß, wo der Weg nun praktisch längsgehen soll;
– drittens wird damit schlicht an der Tatsache vorbeigelogen, daß viele LZ's Betriebsarbeit gemacht haben oder versucht haben oder machen (*).

Diese letzte Unterschlagung führt uns zu einem ersten zentralen Punkt: Es liegt auf der Hand, was damit neben dem Zweck, Belege für die „Tote-Pferde"-These zu konstruieren, noch gewollt ist: Die Diskussion über die tatsächlichen Ursachen der Stagnation und der mangelhaften Entwicklung der LZ-Arbeit soll vom Tisch. Diese Ursachen sind nach unserer Meinung:

a) Einmal die „Unfähigkeit" der jungen Kollegen, diese Arbeit zu leisten. Eine Beschäftigung mit diesem Punkt hätte nämlich endlich konkrete Diskussionen über die Arbeitsweisen und Organisationsformen gewerkschaftlicher Jugendpolitik und -bildungsarbeit provoziert, die mit Parolen und bunten Broschürchen allerdings dann nicht zu leisten ist.

b) Zum anderen die hundertfachen Erfahrungen der jungen Kollegen mit Betriebsräten und örtlichen Gewerkschaftsverwaltern, die das alles oft schon in den Anfängen scheitern ließen. Bei einer Diskussion darüber wäre statt „Anti-Bürokraten-Kack" nämlich „Bürokraten-Kack" auf den Tisch gekommen. Kollege Trautwein servierte dann auch in Frankfurt konsequent alle Beiträge dieser Art mit der Bemerkung vom Tisch: „Jetzt kommen schon wieder Anekdoten!"

c) Schließlich muß als dritter wesentlicher Grund genannt werden, daß linke politische Gruppen aus Alleinvertretungsanspruch oder „Übereifer" die Lehrlingsgruppen häufig „kaputt machten".

Die heimliche Demagogie radikaler Forderungen

Schließlich: Die in dieser schulmeisterlichen Kritik enthaltenen versteckten und formulierten Ansprüche an die Lehrlingsarbeit unterschlagen, daß es trotz (oder wegen?) 25jähriger Gewerkschaftsarbeit kein gewerkschaftliches Betriebsprogramm und keine gewerkschaftliche, kampffähige Basis in den meisten Betrieben gibt, daß es kein gewerkschaftliches Programm zur Reform der Berufsausbildung gibt, das den Lehrlingen eine praktische Hilfe hätte sein können, daß viele andere Versuche, betriebliche Gewerkschaftsarbeit zu intensivieren, abgewürgt oder schlicht verboten wurden (siehe die jüngsten Gewerkschaftsskandale bei Daimler-Benz oder die „Erledigung" der Diskussion um die Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch den Vorstand der IGM – Dinge, um die KT eigentlich sehr gut wissen müßten. Anti-Bürokraten-Kack?).

Da wird auch verschwiegen, daß vor drei Jahren nichts da war, daß es die Lehrlinge selbst waren, die so etwas wie eine gewerkschaftliche Jugendpolitik überhaupt erst wieder begannen und damit eine Entwicklung einleiteten, die vielen hauptamtlichen Kollegen, die sich heute in wortradikaler Ungeduld üben, erst wieder eine politische Daseinsberechtigung gegeben hat. Und heute besitzen diese Kollegen die Demagogie, diesen Lehrlingen vorzuwerfen, sie hätten es z. B. noch nicht einmal geschafft, ein gewerkschaftliches Programm der Berufsausbildung zu formulieren!

Was soll also eine solche Überbürdung – bei gleichzeitiger Unterschlagung der konkreten Kampfbedingungen – durch Kollegen bzw. von Stellen aus, die 25 Jahre lang nicht in der Lage waren zu dem, was sie heute fröhlich und so, als lebten wir mitten in breiten antikapitalistischen Massenkämpfen, von den Lehrlingen fordern, Stellen, die nicht einmal immer geholfen haben (mit Beispielen ließen sich Bücher füllen), denen es nicht einmal „gelungen" ist, den Diskussionsprozeß, aus dem das Geforderte hätte entspringen können, zu organisieren?

Das kann zumindest eine Funktion haben: Die Unfähigkeit der Basis „praktisch" zu beweisen und sich selbst als Organisatoren und Theoretiker immer wieder unentbehrlich zu machen, als Dompteure eines kapitalistischen Konfliktes, der „nicht in den Betrieben", wohl aber in Oberursel erfahrbar gemacht werden kann – Oberursel als Klassenkampf-Akademie! (Eine solche Interpretation entsprechender Textstellen von KT glauben wir machen zu können, auch angesichts unserer Frankfurter Erfahrungen, wo Kollege Trautwein den Begriff „Selbstorganisation" z. B. als „antiautoritären Studentenkack" abtat.) Die augenscheinlich übergroße „Unkenntnis" des realen Entwicklungsstandes der Arbeit und der Kollegen, die diese Arbeit machen oder machen sollen, zeigt sich auch in dem fatalen Glauben, wenn von 200 Kollegen 20 etwas sagen, und das ist auch noch „theoretisch richtig", dann sei so etwas wie politische Entwicklung passiert, dann sei „ein neuer, breiterer Rahmen abgesteckt worden" (KT), dann hätte sich da die Mehrheit artikuliert.

Gewerkschaftliche Sozialisation als individuelles und kollektives Ziel

Das in Frankfurt halt nur wenige redeten, daß sich bei den Kollegen, die außer den Hauptamtlichen überhaupt etwas sagten, Einsichten so schnell in leere Parolen verwandelten, das alles deutet nach unserer Meinung darauf hin, daß eine kollektive Politisierung und Qualifizierung bisher kaum stattgefunden hat, daß Handlungsfähigkeit im Sinne gewerkschaftlicher, d. h. solidarischer Wahrnehmung eigener Interessen noch längst keine Massenerscheinung ist. Allerdings haben wir den Ausgangspunkt der Lage von 1969 nicht ganz vergessen bei der Beurteilung.

Wir fragen auch deshalb intensiv, warum das so ist und schieben das nicht auf die Größe der Konferenz, auf die fehlenden theoretischen Einsichten (warum fehlten sie?), auf pseudomarxistische Erklärungen von der „sachnotwendigen Beschränktheit" der LZ's. Frankfurt hat für uns nur deutlich offenbart, was uns schon seit längerem als Frage beschäftigt: Welche Organisationsformen und Arbeitsweisen, welche Zielvorstellungen und Tagesforderungen brauchen wir, um in den Kollegen jene theoretischen Einsichten und Verhaltensweisen (Klassenbewußtsein) zu erreichen, die für einen antikapitalistischen Kampf unerläßlich sind, die ihnen aber in ihrer bisherigen Sozialisation systematisch überzogen oder im Keime erstickt wurden und deren Fehlen sehr oft zum Scheitern der Arbeit führt? Das ist der Hintergrund des Begriffes „gewerkschaftliche Sozialisation". Wir gehen dabei von einer in der Geschichte der – bürokratisierten – deutschen Arbeiterbewegung zu oft verschütteten Einsicht aus, daß der Kollege, nicht „die Klasse" oder „Organisation", der Gewerkschafter, nicht „die Gewerkschaft" kämpft und Bewußtsein entwickelt und Ziele formuliert usw. Das ist ein wichtiger Unterschied im Ausgangspunkt für alle praktischen Betrachtungen, und die Kollegen KT sollten dabei zumindest zuhören, daß in dem Begriff Selbstorganisation auch das Wort Organisation steckt.

Das alles bedeutet: Keiner bestreitet die Notwendigkeit einer langfristigen theoretischen Perspektive, noch weniger die Notwendigkeit, diese Perspektive in ein Übergangsprogramm konkreter Einzelschritte umzuformen. Die zentrale Frage ist doch aber dann, wie das vermittelt wird, und zwar so, daß die Kollegen in die Lage kommen, ihren Kampf zu organisieren, ihre Organisation zu handhaben, die notwendigen theoretischen Anstöße „von außen" in ihrer Praxis fruchtbar zu machen, d. h. aufzunehmen, umzusetzen, aus ihrer Praxis heraus überprüfen, verändern, verwerfen zu können.

(*) So gibt es auch eine sehr gründliche, gerade für Gruppenarbeit nützliche Analyse und Beschreibung einer solchen Betriebsarbeit (ausgerechnet) von den Hamburgern: „Lehrlingskampf in den Betrieben", 80 Seiten Großformat, 3,– DM, Verlag 2000, Offenbach, und LZ, Hamburg.

Bücher- & Papervertrieb

Das Sozialistische Büro fördert die Zirkulation von Papers über Modelle, Analysen, Erfahrungen etc. lokaler und projektbezogener sozialistischer Aktivitäten je nach den Notwendigkeiten und unseren Möglichkeiten

- durch verlegerische Produktion besonders wichtiger Papers,
- durch Verbreitung der von Gruppen produzierten Papers im Bücher- & Papervertrieb,
- durch periodische Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis,
- durch Berichte bzw. Kurzinformation in „links".

Schriften des Sozialistischen Büros (es sind die zur Zeit greifbaren Titel aufgeführt):

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

Lehrlingskampf in den Betrieben. Theorie und Praxis der Lehrlings-Betriebsgruppenarbeit geschildert von der Durag-Betriebsgruppe. DM 3,–
Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. DM 3,30
Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie. DM 2,50
Ausländische Arbeiter und Klassenkampf. DM 4,–
Betriebsratswahl Merck 1972. Eine Dokumentation. DM 4,–

REIHE ROTER PAUKER MATERIALIEN ZUR UNTERRICHTSPRAXIS

Unterrichtseinheit (UE) Arbeit. DM 5,–
UE Verhaltenssteuerung – Abweichendes Verhalten. DM 5,–
Materialien zum Berufsverbot. DM 4,–
UE Lehrlingsausbildung in der BRD. DM 3,50

PLAKAT-BAUERNVERLAG

Beiträge zur Agrarfrage in der BRD. DM 4,–
Theorie der Bauernrevolution. DM 4,–
Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus. DM 5,–

REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Am Beispiel Angela Davis. DM 2,50
Türkei-Report, DM 2,50
Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika. DM 4,–
Brasilien-Report. DM 2,50

Weitere wichtige Titel:

Vom Handelskapitalismus zum Neo-Imperialismus der Gegenwart. Eine erste Einführung in die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. DM 5,–
Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. DM 2,–
Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit. DM 4,–
Politisch-Ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der Bundesrepublik. DM 8,–

Periodische Publikationen des Sozialistischen Büros:

„links" – Sozialistische Zeitung, Abo DM 17,40
Sozialistische Betriebskorrespondenz. Abo DM 8,–
Informationsdienst für Lehrer. Abo DM 10,–
Informationsdienst Arbeiterbildung. Abo DM 8,–
In Vorbereitung: Informationsdienst „Soziale „Arbeit"

Informationsmaterial sowie Bücher- & Paperliste (über 300 Titel) Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Wenn also ständig von „der Klasse", „der Organisation", „der Betriebsarbeit" usw. gesprochen wird, dann wird das, wie in Frankfurt, zum Fetisch, wenn uns nicht immer begreiflich bleibt, daß „die Klasse" aus Tausenden von einzelnen Kollegen mit dem unterschiedlichsten Bewußtsein, den unterschiedlichsten Qualifikationen, den unterschiedlichsten materiellen Situationen besteht, die alle etwas wollen und dazu ein Recht haben! Über die Kollegen, über die Menschen also, die den Kampf schließlich führen – auf ihr Risiko! – wird dann nicht mehr gesprochen. (In Frankfurt war es fast gespenstisch, mit welcher Angst, mit welcher rüden Perfektion aber auch zwei Tage lang trotz greifbarer praktischer Schwierigkeiten allerorten das Gespräch über die Kollegen, also über sich selbst, „verdrängt" wurde.)

Nach dem Heuss-Motto „nun kämpft mal schön" werden „theoriegeleitete" Forderungen an die Kollegen gestellt – und wenn's nicht klappt, ist man schon zur Stelle – theoretisch. (Siehe dazu auch als Exempel den Aufsatz der Kollegin Büssow zur Frankfurter Lehrlingskonferenz in „solidarität" 6/72). Es ist doch erstaunlich und muß endlich einmal zumindest nachdenklich stimmen, wie viele Linke ständig vergessen, daß der Kapitalismus nicht nur kaputte Verhältnisse, sondern auch kaputte Menschen produziert. Uns geht es darum, daß diese Einsicht praktisch wird, d. h. daß wir uns statt forscher Parolenausgabe mit den Kollegen, d. h. mit uns beschäftigen, da das unerläßlich ist, wenn wir den Kampf nicht immer nur beschreiben, sondern auch mal führen wollen, den Kampf für uns! Das meinen wir auch, wenn wir vorhin Klassenbewußtsein als aus theoretischer Einsicht und Verhaltensweisen zusammengesetzt definierten, im Gegensatz zu jenen nicht aussterbenden linken Traumtänzern, die glauben, die Theorie könne mittels Schulung zur materiellen Gewalt werden – allerdings ein Glaube, mit dem sich gut und lange radikal leben läßt.

Die theoretische Heilserwartung

Nun haben KT ja geschickt zugestanden, daß diese Problematik einen „wahren Kern habe", daß sie jedoch in Frankfurt „vernachlässigt, wenn nicht gar verdrängt" wurde. Genau da konkretisiert sich der vierte wichtige Unterschied: Wir können das nicht so lax kommentieren, wenn wir sehen, was los ist in unserer Arbeit an allen Orten. Wann soll das denn endlich mal besprochen werden? Warum wurde und wird es verdrängt? Von wem? Wer hat daran ein Interesse?

Es ist doch bezeichnend, daß bei KT sofort nach diesem verbalen Gratiszugeständnis der auch in Frankfurt immer wieder geschwungene Hammer folgt: Wir – und alle natürlich, die hier auf Konkretion drängen – suchten „methodisierend und psychologisierend das Heil in der individuellen Befreiung von psychischen Zwängen". Nach dem „Anti-Bürokraten-Kack" hätte hier nur noch der „Individual-Kack" gefehlt, dann wäre schlaglichtartig die Methode der Denkverbote deutlich geworden! Weiter zu diesem Punkt: KT verweigern eine Diskussion dieser Problematik auch, weil das so schwierig sei, weil man diesen Fragen so hilflos gegenüber stehe (eben!), weil dazu noch ge-

nauere Untersuchungen vorliegen müßten. Natürlich, eine solche Diskussion ist schwieriger, als politökonomische „Schulungsweisheiten" verbraten, das haben, wir, die beides bisher versucht haben, auch gemerkt. Was aber soll das Warten auf wissenschaftliche Untersuchungen (die wir auch für wichtig halten und in Hamburg längst mitinitiiert haben!)? Kommt das Heil mal wieder alleine von den Intellektuellen, den Durchblickern und Schulungsexperten? Hört diese folgenschwere Fehlentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung immer noch nicht auf? Ist gerade nicht eine Diskussion nötig, die in erster Linie von den Betroffenen selbst geführt bzw. mindestens endlich angefangen werden muß in ihren Gruppen, in der LZ, in „solidarität", in Oberursel usw.!? Wir haben in Hamburg mit dieser Aufarbeitung begonnen; erste, holprige Teilergebnisse wurden in Frankfurt vorgelegt – für KT ist das „nichts".

Nicht „Nabelschnur", nicht „Fetischisierung der Praxis", aber auch nicht Fetischisierung der Theorie ist dabei der Wunsch, wobei wir allerdings die Arbeits- und Kampferfahrungen der jungen Kollegen zum zentralen Ausgangspunkt des theoretischen Nachdenkens zwecks besseren, „theoriegeleiteten Handelns" machen. Ein solches Theorie-Praxis-Verständnis bezeichnen KT als falsch, wir bezeichnen es als das gangbarste, um massenhafte Qualifizierung zu erreichen. Führen wir diesen dritten zentralen Punkt der Auseinandersetzung noch anhand des Artikels von KT etwas präziser aus, um damit erst einmal diesen zweiten Versuch unsererseits abzuschließen, die Linien klar zu machen und damit die Diskussion, die „ex cathedra" schon beschlossen schien, wieder offen zu gestalten.

■

Enzensberger, Nitsche, Roehler, Schafhausen (Herausgeber)

Klassenbuch
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1756–1971

Das Klassenbuch ist in drei Bände aufgeteilt.
Klassenbuch 1 umfaßt den Zeitraum von 1756-1849,
Klassenbuch 2 den von 1850-1919,
Klassenbuch 3 den von 1920-1971.
Je Band ca. 240 Seiten, DM 7.80,-
Leinen 1 Band 720 Seiten, DM 64,-

Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland, das sich auf Texte deutscher Sprache beschränkt, kann spätestens im Stadium des Imperialismus keine zureichende Darstellung der Klassenkämpfe mehr leisten. Auch aus diesem Grund kann das Klassenbuch das Studium der historischen Ereignisse der ökonomischen Theorie, der Literaturgeschichte, der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen nicht ersetzen. Doch kann ein solches Studium zur Buchstabenklauberei verkommen, wenn ihm die Anschauung fehlt. Ein Feld von historischen Erfahrungen, das die Klassenkämpfe in Deutschland sinnlich greifbar und begreiflich macht, versucht das Lesebuch zu eröffnen.

Wir wissen, daß Lesebücher nicht aus sich selbst heraus Erkenntnisprozesse bei den Lesern einleiten können. Die Wirksamkeit unserer Arbeit hängt davon ab, ob Schüler, Lehrer, Lehrlinge und andere von einem politischen Interesse aus an die Texte des Lesebuchs herangehen. Das Klassenbuch soll Hilfsdienste leisten, vor allem für eine Arbeit im Ausbildungsbereich, sei es im Deutsch-, Geschichts- oder Arbeitslehreunterricht.

Luchterhand

Emanzipation und Praxis

Unsere, anderer und die historische Erfahrung ist es, daß es mit dem Klassenkampf als „theoriegeleitetem Handeln“ (KT) nie so recht geklappt hat, wenn nicht als integraler Bestandteil dieses Kampfes, seiner Ziele, seiner Methoden und seiner Organisation die „individuelle Emanzipation“ mitvermittelt wird. Wie ist denn Emanzipation anders möglich denn als individuelle, also beim einzelnen Kollegen? Was heißt denn, verdammt noch einmal, endlich so eine Phrase wie „kollektive Emanzipation“, „kollektiver Lernprozeß“?! Für uns nichts anderes als die praktische Einsicht, daß der einzelne Lohnabhängige sich nur emanzipieren kann, also vom Kapitalismus befreien kann, wenn er den dazu notwendigen Kampf solidarisch führt, und wenn er begreift, daß der Kampf selber schon ein Prozeß der Emanzipation sein muß, nicht nur für ihn, sondern auch für die Kollegen(das ist eine wichtige Forderung solidarischen Verhaltens vor allem in Gruppen, gegen die vor allem in vielen linken Gruppen verstoßen wird, wobei das Versagen dann ständig bei der falschen Theorie gesucht wird — und natürlich bei den falschen Theoretikern.)

Es gibt einen Gegensatz also nur zu Emanzipationsversuchen durch individuellen Aufstieg, ansonsten gibt es keinen Gegensatz, sondern nur eine unlösbare Bedingtheit von individueller und kollektiver Emanzipation. Das ist ein Gegensatz, der in der (deutschen) Arbeiterbewegung immer dann konstruiert wurde, wenn die „Disziplin zerfiel“, d. h., wenn die Massen den Weisungen und Weisheiten der Obertheoretiker und Organisatoren nicht mehr so recht folgen mochten.

Und noch so eine mechanistische Parole: Ist Emanzipation wirklich „nur innerhalb einer theoretisch fundierten Strategie möglich“? Wo beginnt dann bei KT die Emanzipation? Wenn sie oder andere die Partitur des Kampfes geliefert haben? Um unseren Standpunkt, der hinter diesen Fragen steht, noch klarer zu machen: Die „wilden“ Streiks 69 hatten keine „theoretisch fundierte Strategie“, das heißt nach unserer Lesart: Die Kollegen hatten das nicht! Und doch haben sie sich als Aktive in diesen wenigen Tagen mehr emanzipiert als in ihrer ganzen Gewerkschaftsarbeit vorher! Unterschlagen wird bei solcher Betrachtung von Emanzipation die „paradoxe“ Logik, daß Emanzipation durch kollektiven, theoriegeleiteten Klassenkampf erst möglich ist, wenn die, die ihn führen, emanzipiert sind. Emanzipation hat also zwei Dimensionen — und eine fällt bei einigen immer unter den Tisch.

Was aber nicht in den Blick kommt bei solchen Sprüchen wie denen von KT, ist, daß auch das Kollektiv als Voraussetzung wirkungsvoller Kämpfe um die Emanzipation als Klasse erst das Ergebnis von Lernprozessen ist, von Schritten der Kollegen, sich von ihrer bisherigen Haltung, Ansicht, anerzogenen Verunfähigung Schritt für Schritt zu

links

lösen, d. h. zu emanzipieren. Das, so meinen wohl KT, sei anzuschulen. So baut man eine Leiter ohne die untersten Sprossen und „wundert“ sich, daß die jungen Kollegen immer wieder auf die Nase fliegen. „Kollektive Emanzipation“, statisch begriffen als der Punkt der Revolution der endgültigen Überwindung des Kapitalismus, verdrängt die Frage, wie wir dahin kommen, eine Frage, die sich in jedem kleinen Ansatz von Kollegen, sich in ihre eigene Scheiße einzumischen, verbirgt.

Handgreiflich wurde diese Problematik, als es in Frankfurt daran ging, die Frage „was tun?“ auch anhand eigener Erfahrungen zu diskutieren. Keine Betriebsgruppe, kein Ortsjugendausschuß, auch nicht in Niedersachsen, wo das alles, was theoretisch so fugenlos paßte, funktionierte im Sinn von Bewegung an der Basis, nicht von Gremiengeschäftigkeit. Überall die gleichen Erscheinungen, die man gerade noch den LZs als „naturgegeben“ unterstellt hatte: Fraktionskämpfe, Aktionismus, mangelhafte Perspektive, ungenügendes Verhältnis zur Gewerkschaftsverwaltung und zu den Gremien, Aktivität immer nur ganz weniger, Dienstleistungsbewußtsein, kein Qualifizieren zu langfristiger Arbeit, fehlender Brückenschlag zu den älteren Kollegen usw. Das sagen wir nicht mit Schadenfreude. Nur meinen wir, die auch noch keine ausreichende Antwort wissen, daß diese Antwort aber endlich und gründlich gesucht werden muß, daß das Problem „gewerkschaftlicher Sozialisation“ das dringlichste ist, wenn wir uns über den qualitativen und quantitativen Stand der gewerkschaftlichen Lehrlings- und Jugendpolitik nichts in die Tasche lügen wollen. Vor allem glauben wir nicht, wie KT, daß sich diese „persönlichen“ Probleme im Verlaufe „theoriegeleiteten Handelns“ qua von selbst lösen. Das Theorieverständnis, das KT uns fälschlicherweise vorwerfen, wir glaubten, „aus dem hohlen Bauch unzureichender Erfahrung“ entstünde schon von selbst die rechte Theorie, schleicht sich hier umgekehrt als ihr eigenes ein.

Der Unterschied liegt also da, wo wir und andere „dunkel raunend“ (KT) das Problem sehen und anpacken, und wo sie und andere Kollegen diese Diskussion nicht wollen, weil dann die ganzen Leichen im eigenen Keller anfangen könnten zu stinken, weil sich daraus nicht nur Forderungen der jungen Kollegen für vielarbige Flugblätter, sondern auch für die eigene Organisation, für das Funktionieren der auch in Zukunft notwendigen Funktionäre ergeben können und werden. Wir wollen nicht frisch-fröhlich und „theoriegeleitet“ in neue Sackgassen laufen, die wir dann auf einem neuen Kongreß theoretisch klären und mit Parolen kurieren usw. (siehe gewerkschaftliche Praxis seit anno tobak). Eine neue, bessere Praxis der gewerkschaftlichen Selbstorganisation der Betroffenen kann nur aus dieser Diskussion heraus entstehen und aus dem Kampf darum, daß in den LZs, in den Betriebsgruppen, in der Gewerkschaftsorganisation diese Diskussion möglich bleibt und die Schlußfolgerungen dieser Diskussion ein praktisches Erprobungsfeld finden können.

LZ-REDAKTIONSKOLLEKTIV, HAMBURG

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links“ z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer, Klaus Vack (presserechtlich verantwortlich) ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links“ wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei der Spendenaufruf „Solidarität mit Günter Amendt“ mit anhängender Zahlkarte, eine Postkarte an den Präsidenten der CSSR Svoboda, der Prospekt des Verlag 2000 GmbH für Herbst 1972 und die Drucksache „Jetzt abonnieren!“.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links“ sozialistische Zeitung

(Bezugspreis für das restliche Jahr 1972 und für 1973 insgesamt DM 20,—, wobei alle Nummern aus 1972, soweit noch vorrätig, nachgeliefert werden. Einzahlungen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1973 — werden.)

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift